Nr. 134. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 11. Juni 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Quittung.

Im Monat Mai gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Augsburg U. d. G. U. i. St. 20,—. Altona, Maurer 5,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 4. Kr. (Osten) 1000,— (darunter z. Wahlfonds S. G. Z. durch Lerche 20,—, Möbelfabrik von Kümmel zwei Raten 22,80, Tischlerei von Richter, Blumenstr. 30 15,—, Treff 30,—, Brüderlichkeit 15,—, Silberarbeiter von Mosgau 20,—, grüne Laube 20,—, Tischlerwerkstatt v. Wöhler u. Schwab 15,25, Tischlerwerkstatt von Treue 40,—, 9 Tischler v. Böhling u. Hirsch, Bierprozente, 20,—. Landsberger Allee 1,—. Gastwirth Rigaerstraße 1,—. Kranzüberschuß Siemens 3,—. Frühschoppen d. „Kernspitze" 18,10. Ueberschuß der Märzkränze v. 158. Stadtbez. 13,30. Ueberschuß einer Depesche v. M. B. —,75. Damit es besser werde 50,—.) 4. Kreis (Süd-Osten) 1000,— (darunter Kranzüberschuß der Firma Rosenhain 3,—, Gesangverein „Liberté", „Tonblüthe", „Akazia" 13,50, Gonell. z. Wahlfonds 3,—, W. Wöllmer, Bierkonsum 100,—, Skatklub „Namenlos" 5,—, Sparverein „Ameise" 10,—, gesammelt am Biertisch Oranienstraße 204 1,60). 6. Kreis: Wedding und Oranienburger Vorstadt 1000,— (darunter P. K. 46,05. H. R. 6,70. Roth 5,—. Vater d. d. kl. Sohn, Bohnenstraße, 3,—.) 6. Kr.: Rosenthaler Vorstadt 1000,— (darunter z. Wahlfonds Werkstatt Neumann, Schönhauser Allee 122, 2,45). 6. Kreis: Schönhauser Vorstadt 700,— (darunter Kapelle Behnfeld (1. Mai) 4,50, H. R. 5,—, Ernst Schmidt 5,—.) 6. Kr. Moabit 600,— (darunter Unter-Uns 10,—, amerikan. Auktion der Simon'schen Meister 3,55). Berlin diverse Beiträge: Bergolder Wrangelstraße 10,—. Reimer 30,—. Frohe Hoffnung 60,—. Kl. Kr., Brandenburgstraße, 3,—. Auf zur Wahl 1,—. Republikaner 3,—. Personal der Möbelfabrik v. J. u. Pfaff, Krautstr. 52, 10,—. P. H., ein Dummer 1,—. Sitzmöbelfabrik v. S., Pallisadenstraße 77, Bierprozente 5,—. Machetes 5,—. Immergrün, Sandkute, Merseburgerstraße 10,—. G. B., Schildhorn 25,—. Café Schg. 6,—. P. St. 30,—. B. d. Sattlern Alte Schönhauserstr. 3,—. E. G. z. Wahlfonds 5,—. Fünf Hutmacher Königstraße 5,—. B. d. Tischlern d. Tischlerei Schulz, Krautstr. 6,—. Werkstatt Grüber 10,—. Gef. i. Sanatorium Gütergotz 1,15. Ueberschuß v. Kranz der Firma J. A. u. Co. 9,—. Bronze, Ritterstr. 47 (dar. Bierprozente 34,—) 139,55. Dr. Friedberg für einen bei den Metallarb. geh. Vortr. 5,—. Zivilberufsmusiker 31,70. Deutsche Eiche d. Fiebig 20,—. Zigarrenfabr. R. Schulze, Friedrichsfelderstr. 21 9,—. H. Sch. 5,—. Rothe Buchbinder, Grünstraße, 5,—. D. M. E. 20,—. Lustige Berlinerinnen i. Schönw. 1,15. Rehfeld, K. 20,—. A. K. 20,—. Mitglieder d. Deutschen Buchdrucker-Verbandes i. „Vorwärts" 200,—. P. S. 50,—. A. B. 50,—. Buxtehude, v. d. Alten d. Weber 5,—. Bern, L. P. 50,—. Bamberg, Jäcklein Rohrbach 5,—. Bernburg 10,—. Barth, von den Tabakarbeitern 7,55. Coburg, vom Vertrauensmann 15,—. Calau, rothe Hochzeit 3,—. Dresden, Kummer 0,50. Dithmarschen, v. B. aus D. 20,—. Dresden, für volkstreues Wirken 5,—. Dortmund, Fr. 10,—. Durlach, von Genossen (davon v. J. Sch. 1,—) 41,—. Falkenberg (Oberschl.) 8,—. Frankenhausen a. K. 10,—. Freiburg i. B., zum Wahlfonds 25,—. Freiburg i. B., von badischen Genossen 10,—. Gelsenkirchen, Buchbinder O. G. 3,—. Grünberg-Freistadt, auf Sammelliste Nr. 4 4,30. Greiz, Wahlkr. Reuß ä. L. 50,—. Gießen E. K. 10,—. Hamburg, Getränke-Ueberschuß vom Neubau Holst, O'Swaldtai, zwei Raten 99,—. Halbe, äußerste Ecke des Teltower Wahlkreises, (E. H. 8,80. Korbiskung 4,—. Musterhausen —,70) Summa 13,50. Höchst a. M., von Genossen 3,50. Hastedt von Genossen 20,—. Harburg a. E., Ueberschuß vom Bierkonsum der Lederfabrik E. P. 23,80. Hamburg, im „Echo" quittirt 134,55. Hamburg 2. Kr. 1. Distrikt 30,—. Harburg, 17. hannöv. Wahlkr. 300,—. Hamburg, zwei sozialdemokr. gesinnte Staatsbeamte 40,—. Hamburg, E. F. H. 20,—. Königsberg, K. M. 20,—. London, zum Wahlfonds 204,—. München, Waldläufer 5,—. Mann im Mond 3400,—. Marburg, ein Einsamer 10,—. München, durch die Redaktion des „Südd. Postillon" f. d. Wahlfonds 25,—. Neudamm. Auktion bei der Maifeier 11,—. Oberschlesischer Genosse 5,—. Ottensen, durch Poulsen, 10. Rate 10,—. Olten (Schweiz), Stillvergnügt 50,—. Paris, von Genossen 320,—. Plauen i. V., von den 3 Harten 6,—. Pforzheim 10,—. Paris, von Genossen 120,—. Rudolstadt, Glanzgold 1,—. Straßburg i. E. 10,—. Stuttgart, G. U 10,—. Saarabien, a. d. Königreich Stumm 10,—. Sande, Unverdrossen, Eintracht 10,—. Zürich, in der Schweiz für die Wahl der deutschen Genossen gesammelt zwei Raten 802,50. Württemberg 50,—. Warnemünde, am Ostseestrande 40,—.

In der Quittung in Nr. 115 des „Vorwärts" über die Eingänge im Monat April muß es unter den Berliner diversen Beiträgen nicht heißen: Buchdruckerei von M. Bading, Werkabtheilung 30,—, sondern 20,—.

Berlin, den 8. Juni 1898.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Katzbachstr. 9, I.

Das Zentrum als gewerkschaftlicher Störenfried.

Vor den Wahlen geht das Zentrum den Arbeitern besonders liebeswerbend um den Bart; da werden Flugblätter verbreitet des Inhalts, daß alles, was bis heute auf dem Gebiete der gesetzlichen Arbeiterfürsorge erreicht wurde, vielfach der Anregung des Zentrums, sämmtliches aber seiner ausschlaggebenden Mitwirkung zu verdanken sei.

Selbst wenn diese Behauptung wahr wäre, würde damit ein vernichtendes Urtheil gegen das Zentrum ausgesprochen sein; denn, was bis heute für die Arbeiter an Verbesserungen ihrer Lage erreicht worden ist, das ist so wenig, daß eine parlamentarisch so mächtige Partei wie das Zentrum allen Anlaß hätte, sich mit solchen Erfolgen nicht zu brüsten: 1893—1898 kam nicht ein einziges Gesetz zum Schutze der Arbeiter zu stande. Und in diesem Reichstag hatte das Zentrum die parlamentarische Macht.

Das Zentrum kann mehr, wenn es will. Das haben wir jetzt erst wieder bei der Flottenvorlage gesehen. Aber freilich, hier handelte es sich auch um Wünsche der Regierung, nicht um Forderungen von Arbeitern. Den Arbeitern gegenüber sind die Erfolge der Zentrumsthätigkeit so unbedeutend, daß die Vermuthung entsteht, die ganze sozialpolitische Thätigkeit der Partei Lieber sei von wahltaktischen Gesichtspunkten bestimmt, d. h., das Zentrum braucht die Arbeiter als Wähler, und da muß man wohl oder übel den Arbeitern auch ein paar Brocken vorwerfen oder auch nur vorhalten.

In Wirklichkeit müssen wir sagen: Es giebt keine Partei, welche den Arbeitern und ihren wirthschaftlichen Bestrebungen so konsequent Knüppel zwischen die Beine wirft, wie eben das Zentrum. Oder trägt es zur Stärkung der Arbeiter bei, wenn die Zentrumsleute in allen Orten, wo sie konfessionelle Anhänger haben, neben jeder bestehenden wirthschaftlichen Arbeiterorganisation sofort einen katholischen Arbeiterverein ins Leben rufen? Schon längst muß es auch dem verbissensten Kaplan eingeleuchtet haben, daß die Arbeiter nur dann gegen unberechtigte Angriffe ihrer Unternehmer sich wehren können, wenn sie mit einer einheitlichen und geschlossenen Organisation dem Unternehmerthum gegenübertreten können.

Daß das Zentrum diesen Grundsatz nicht nur sehr wohl kennt, sondern ihn auch anerkennt, das geht aus seinem Verhalten gegen die Unternehmer hervor. Ist es dem Zentrum oder einem seiner Sozialpolitiker jemals eingefallen, neben den bestehenden wirthschaftlichen Unternehmer-Organisationen noch katholische Fachvereinigungen der Unternehmer bilden zu wollen? Hat man je schon gehört, daß es einen katholischen Verband der Eisenindustriellen, der Chokoladenfabrikanten u. s. w. erstrebt hätte? Nein, daran haben die klugen Zentrumspolitiker noch nicht einmal gedacht; ein solcher Vorschlag würde auch mit spöttischem Gelächter von den Fabrikanten aufgenommen werden. Daß die Unternehmer sich nur einheitlich nach ihrem Gewerbe organisiren, das gilt für sie so selbstverständlich, daß das Zentrum sich nicht wagen würde, die Unternehmer in ihrer Einheitlichkeit und Geschlossenheit stören zu wollen.

Den Arbeitern gegenüber gelten andere Prinzipien; da erhalten wir auf die Frage: „Warum gründen wir katholische Arbeitervereine?", die erbauliche Antwort, „weil der heilige Vater es will." Es ist eine sehr gefährliche Politik des Zentrums, in dieser Weise den Papst gegen die Arbeiter ausspielen zu wollen. Das Zentrum zerrt den Papst, dessen Ansehen ähnlich wie das Ansehen der Monarchie eigentlich darauf beruhen sollte, daß er über den sozialen und politischen Parteien stehe, in die wirthschaftlichen Kämpfe herein, um die Arbeiter zu trennen, ihren wirthschaftlichen Einfluß zu lähmen. Daß diese Trennungsversuche zu einem Theile gelungen sind, ist für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine traurige Thatsache.

Wir erinnern hier nur daran, daß niemand anders als das Zentrum dafür mitverantwortlich ist, daß die deutschen Bergleute gleichsam mit gebundenen Händen ohne Macht und Einfluß dem Unternehmerthum gegenüber stehen. Das Zentrum hat es verschuldet, daß die Bergarbeiter getrennt organisirt sind, daß die eine Organisation die andere befehdet, daß eine einheitliche Aktion der Arbeiter dadurch ausgeschlossen ist, daß die Aktionäre, daß die Bergwerksbesitzer, daß die Bergwerksverwaltungen auf Kosten der Arbeiter alles thun und alles lassen können, weil sie wissen, die Arbeiter sind, weil gespalten, ohnmächtig, sie sind nicht fähig, ihren Willen einheitlich und energisch zum Ausdruck zu bringen.

Kann man angesichts eines solchen Verhaltens mit gutem Gewissen das Zentrum als einen Freund der Arbeitersache erklären? Keine einzige Partei im deutschen Reichstage betreibt so systematisch und mit so heuchlerischer Maske die Schwächung der Arbeiter dem Unternehmerthum gegenüber, wie eben dieses Zentrum, das großspurig sich für den Schöpfer der „großen" deutschen Sozialreform erklärt. Aber so ist das Zentrum: an schönen Worten hat es ihm nie gefehlt. Die Handwerker wissen auch ein Lied davon zu singen, sie sind von ihrer Zentrumsschwärmerei, in Süddeutschland wenigstens, gründlich geheilt. Hoffen wir, daß auch den Arbeitern, soweit sie den Zentrumsphrasen früher Vertrauen entgegenbrachten, die Augen über ihre Zentrumsfreunde endlich geöffnet werden möchten.

Fünf Jahre hindurch hat das Zentrum allen reaktionären Plänen die Wege geebnet. Es wollte das Umsturzgesetz der Regierung noch verschlimmern, es verhalf dem Militarismus und Marinismus von Sieg zu Sieg, es gab das Budgetrecht des Reichstags verrätherisch preis.

Immer und immer hat es seine große Machtstellung im Reichstag zu gunsten der Reaktion gebraucht. Für das arbeitende Volk hat es nichts gethan.

Möge das arbeitende Volk am 16. Juni die gebührende Antwort ertheilen!

Wahlkampf.

Programmverheimlichung

wird von den verlogenen Gegnern uns vorgeworfen. In den zahlreichen von unserer Partei herausgegebenen Wahlzeitungen, in dem Handbuch für sozialdemokratische Wähler, in Millionen von Flugblättern ist unser Parteiprogramm während des Wahlkampfes verbreitet worden. Alljährlich läßt unsere Parteibuchhandlung Massenauflagen desselben verbreiten, zum Preise von 1 Pfennig ist es für jedermann käuflich, dem alljährlich erscheinenden Protokolle unserer Parteitage wird es vorgesetzt und sonst noch bei jeder passenden Gelegenheit verbreitet. Und da wird den Wählern vorgemacht, wir verheimlichen unser Parteiprogramm!

Wie halten es da unsere erbitterten Gegner? Die Mannen des Königs Stumm und des Geldverschlechterers Kardorff haben überhaupt kein Programm, die haben es gut, die können nichts verheimlichen, und für die Verbreitung der Ansichten des obersten aller Scharfmacher sorgen ja aus purer Dankbarkeit unermüdlich — — die Sozialdemokraten. Und die Konservativen und Nationalliberalen, wo haben die ihr Programm den Wählern kundgegeben. Man muß schon zu einer sozialdemokratischen Schrift greifen, um diese Programme leicht zu finden. Von der freisinnigen Volkspartei abgesehen, haben alle bürgerlichen Parteien ihre Programme verhüllt, und da lügen diese Bursche, um den Wählern Sand in die Augen zu streuen, wir verheimlichen unser Programm. Wenn dasselbe die indifferenten Massen so sehr erschrecken müßte, warum lügen und fälschen die Hülle und Konsorten so viel und so frech über unsere Forderungen, warum verbreiten sie nicht unser Programm in Massenauflagen auf dem Lande? Wir leihen ihnen sofort zu diesem Zwecke Stereotypplatten für Rotationsdruck!

Genossen! Werft Millionen unseres Programms unter die Wähler! Schnell, die Zeit drängt! Unterlasset nicht das letzte Mittel, die Sozialdemokratie zu vernichten! —

Für die Aenderung des Reichstags-Wahlrechts

treten jetzt auch unverhohlen die „Grenzboten" ein. Und da soll der ganze Kampf gegen die Wahlrechts-Umstürzler eitel Lug und Trug sein. Ueberall macht man vorsichtig Stimmung für die Untergrabung des Wahlrechts.

Plötzliche Reservistenfreundlichkeit der Regierung.

Einer offiziösen Mittheilung zufolge, die wir in der „Frankf. Volksstimme" erwähnt finden, sind durch eine neue Verfügung des Kriegsministers die Regimentskommandos angewiesen worden, die zu militärischen Uebungen eingezogenen Reservisten und Landwehrleute, soweit sie nicht selbständig sind, zu befragen, ob sie durch die Einberufung ihre Zivilstellung verloren haben. Im bejahenden Falle haben die Kommandos sofort mit den Arbeitgebern in Verbindung zu treten, um die Entlassung rückgängig zu machen; andernfalls behalten sich die Behörden weiteres vor. Ebenso wichtig wäre es, bei Einberufung der Reservisten überhaupt auf deren Abkömmlichkeit in der Zivilstellung nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen. Was doch die Reichstagswahlen mit der Aussicht auf eine neue, gewaltige Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen alles auch auf diesem Gebiet ausrichten!

Wem nützen die hohen Getreidepreise?

Die Behauptung der Agrarier, daß von Getreidepreisen, wie sie der Antrag Kanitz erstrebt, nicht nur wenige Großgrundbesitzer, sondern auch die kleinen Bauern Vortheil haben, wird schlagend widerlegt in der im Verlage des Bundes der Landwirthe erscheinenden Reichstags-Wahlzeitung für Minden-Lübbecke. In Nr. 2 des Blattes vom 4. Juni heißt es wörtlich:

„Die hohen Preise der letzten Wochen, wie sie stets vor den Wahlen als Schreckmittel künstlich an der Börse gezüchtet werden, haben natürlich für den ländlichen und Industrie-Arbeiter, aber auch für die Bauern nur Nachtheil. Alle essen sie theueres Brot und die letzteren haben von dieser Theuerung als Produzent nichts, weil sie Getreide jetzt nicht mehr zu verkaufen haben."

Bis auf den Passus, der von der künstlichen Züchtung hoher Getreidepreise an der Börse handelt, können wir den Satz völlig unterschreiben. Wenn die Agrarier im Reichstage wieder den Antrag Kanitz einbringen oder wenn sie für höhere Getreidezölle beim Abschluß neuer Handelsverträge eintreten, so wird dieser Ausspruch aus agrarischem Munde der Opposition gute Dienste leisten im Kampfe gegen agrarischen Brotwucher. —

Die „Deutsche Tages-Zeitung"

ist mit den sozialdemokratischen Flugblättern unzufrieden. Dem Organ der Plötz, Hahn und Rösicke behagt es nicht, daß wir einen sachlichen Kampf führen, und ganz besonders erbost ist sie darüber, daß in unseren Flugblättern nicht einmal die Religion angegriffen ist. Wir können dem Bundesblatt seinen Schmerz nachfühlen; sind doch alle von jener Seite ausgehenden Flugblätter schon darauf zugeschnitten, daß von uns im Wahlkampf das „Heiligste der deutschen Nation", die Religion verächtlich gemacht wird. Nun müssen die Herren ihre eigenen Flugblätter wieder umarbeiten, und das erfordert Sachlichkeit, über die die Herren nicht verfügen, und Kosten; so daß der Profit aus dem schwunghaften Thomasphosphathandel recht erheblich geschmälert werden müßte. Im übrigen läßt sich mit Leichtigkeit der Nachweis führen, daß die von der „Deutschen Tageszeitung" zitirten Stellen aus unseren Flugblättern auf Wahrheit beruhen. Wenn sich das Bündlerblatt darüber beschwert, daß wir das Streben nach Durchschnittspreisen für Getreide, wie es in dem Antrag Kanitz zum Ausdruck kommt, als Brotwucher bezeichnen, so können wir uns darauf berufen, daß diese Bezeichnung nicht von uns, sondern, erschrecket Ihr Königstreuen, von Kaiser Wilhelm II. herrührt. Ein Blatt, an dessen Spitze der Wahlspruch „Für Kaiser und Reich" steht, sollte doch ein solches Wort etwas mehr achten. Ebenso ist es nicht richtig, daß wir den Bauern damit Angst einjagen wollen, daß wir ihnen die Möglichkeit der Beschäftigung von Chinesen vor Augen führen; vielmehr hat der durch und durch agrarische Abg. Szmula im preußischen Abgeordnetenhause betont, daß man, wenn dem ländlichen Arbeitermangel nicht gesteuert würde, schließlich Chinesen beschäftigen müßte. Nichts als Bauernfang ist es endlich, wenn das Bündlerblatt der Ansicht Ausdruck giebt, daß in der von der Sozialdemokratie angestrebten Gesellschaftsordnung der Bauer in einer Weise frohnden müßte, wie es noch niemals in der Welt erhört gewesen wäre. Im Gegentheil, dadurch, daß auch die vielen Müssiggänger aus den Kreisen der Edelsten und Besten zur Arbeit angehalten werden, wird der einzelne, sowohl industriell als landwirthschaftlich thätige weit weniger zu arbeiten brauchen, als heute. Auf die gehässigen Ausfälle, die sich die „Deutsche Tageszeitung" gegen unseren Genossen Singer leistet, brauchen wir nicht näher einzugehen, es ist diesem Blatte schon zur zweiten Natur ge-

worden, in jeder Nummer dem Genossen Singer etwas am Zeuge zu flicken. —

Richtig beurtheilt.

Entschiedenes Mißgeschick hatte Herr. Dr. Kropatscheck mit einer kombinirten konservativen und Bauernbunds-Versammlung, die am vorigen Sonnabend in Jänickendorf bei Luckenwalde stattfand. Der Ort hat etwa 200 Wahlberechtigte und hatten sich hiervon um 1/8 Uhr — die Versammlung sollte um 6 Uhr stattfinden — etwa 25 bis 30 Mann eingefunden, von denen noch einige während des Vortrages den Saal wieder verließen und sich in der Gaststube zum „Schafskopf" niedersetzten. Dieselben erklärten auf Befragen, mit den Ausführungen des Herrn Referenten nicht einverstanden zu sein, da er ihnen doch zu viel vormache, deshalb hätten sie die Versammlung verlassen.

König Stumm's Terrorismus.

Gegenüber dem im Wahlkampf beständig wiederkehrenden Geschwätz von dem angeblichen Terrorismus, den die Sozialdemokratie auf die Arbeiter ausüben soll, dürfte es nicht unangebracht erscheinen, eine Aeußerung wiederzugeben, die König Stumm am 24. März 1897 bei Berathung des Marine-Etats gethan hat. Er antwortete unserem Genossen Auer, der die Interessen der Werftarbeiter wahrnahm und sich über unbegründete Entlassungen von Werftarbeitern beschwerte, es scheine ihm Aufgabe der Marineverwaltung zu sein, mindestens zu verhindern, daß Leute, die Vorgesetzte der Arbeiter sind, sich offen zur sozialdemokratischen Partei bekennen, oder wenn sie das thun, sie rücksichtslos zu entlassen. Ich bin nicht blos der Ansicht, daß das ein Recht der Marineverwaltung ist, sondern ich behaupte, daß es Pflicht der Marineverwaltung ist, wie jeder anderen Behörde auch. Meiner Ansicht nach wäre es Pflicht der kaiserlichen Marineverwaltung, jeden Arbeiter, vor allen Dingen aber jeden Werkmeister, der sich notorisch zur Sozialdemokratie bekennt, aus der Arbeit zu entlassen."

Vorsichtigerweise that König Stumm diesen Ausspruch im Reichstage, wo ihn seine Immunität als Abgeordneter vor einer strafrechtlichen Verfolgung schützt. Zweifellos hätte ihn sonst die „schwerste Strafe" treffen müssen, da er ja den offenbaren Versuch gemacht hat, Arbeitswillige an der Arbeit zu hindern. —

Gegen die Koalitionsfreiheit

eifert eins der bekannten Hülle'schen Flugblätter, indem es darauf hinweist, daß der „schrankenlose" Gebrauch des Koalitionsrechts den städtischen Arbeitern bisher nicht nur nicht genützt, sondern sogar sehr viel geschadet hat. Zum Beweis dafür wird angenommen, daß die bisherigen Streiks fast alle mit einer Niederlage der Arbeiter geendet haben. „Lassen solche Beispiele das Koalitionsrecht wohl so sehr entbehrlich erscheinen? Auf diese Frage werden die Arbeiter am 16. Juni Herrn Hülle und seinen Gesinnungsgenossen die gebührende Antwort ertheilen. Nicht das Koalitionsrecht hat, wie Herr Hülle meint, Kummer und Thränen, Elend und Blutvergießen zur Folge, wohl aber könnte die Verkümmerung der geringen Volksrechte, deren wir uns heute noch erfreuen, leicht derartige Mißstände herbeiführen. —

Reaktionäre Heuchler.

Die vereinigten Konservativen, Christlich-Sozialen und Deutsch-Sozialen verbreiten ein Flugblatt, in dem sich folgender Erguß gegen die Sozialdemokratie findet:

„Deutsche Arbeiter und Handwerker, die ihr noch unter dem Banne der Sozialdemokratie steht, rafft euch auf, schüttelt das unwürdige Joch ab und verlaßt die falschen Propheten, die euch wie politische Kinder einschläfern, um euch dann nur um so sicherer ausbeuten zu können, die euren gesunden Sinn verwirren und euch in die Zwangsjacke der Parteipolitik stecken, damit ihr nur ja das Wahre und Rechte nicht kennen lernt, dagegen ihren eigensüchtigen Zwecken unbewußt dient. Eine Partei, deren einer Führer von Vaterlandslosigkeit strotzt, deren zweiter Führer, ein Jude und Großkapitalist ist, eine solche Partei kann und wird euch niemals schützen und euch vertreten, wie es euer wohlverstandenes Interesse erfordert. Deshalb reißt euch los von diesen Wölfen in Schafskleidern, besinnt euch auf euch selbst und kommt zu uns, die wir ein warmes Herz für unser ganzes Volk haben und allen Schutz gewähren wollen, die ihn bedürfen."

Für den Arbeiter Prietz, der im vierten Kreis kandidirt, soll die schöne Anpreisung erst am Tage der Wahl verausgabt werden und in einer Beilage heißt es, daß, wenn alle reichstreuen Wähler auf dem Posten sind, der Arbeiter Prietz den Sieg davontragen wird. Nun, das Renommiren wollen wir den Rittern, die die Sozialdemokratie vernichten wollen, schon verzeihen, aber ihr Trug, daß sie dem Volk Schutz gewähren wollen, ein warmes Herz für das Volk haben, muß als Frechheit gekennzeichnet werden. Die Sippschaft, die sich hier zusammengefunden hat, die bisher die Geschäfte der Brotwucherer besorgten, jede Unterdrückung der Arbeiterklasse mit Jubel begrüßten, gegen die Freizügigkeit wettern und das Wahlrecht mit frevelhafter Hand anzutasten wagen, sind die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse, sind gewissenlose, heuchlerische Beutepolitiker. Nicht im Banne der Sozialdemokratie steht die Arbeiterschaft, sondern in freier selbstloser Bethätigung ihrer Ideale, in der Vertretung ihrer Interessen gegen die Kapitalistenklasse und ihre Söldlinge. —

Nationalliberale Partei.

Vertraulich!

Sehr geehrter Herr!

Am 16. d. Mts., vormittags von 10 Uhr ab, finden die Neuwahlen zum Reichstage statt.

Die Bedeutung der diesmaligen Wahl wird in weiten Kreisen des deutschen Volkes unterschätzt.

Weil keine den Schutz und die Sicherheit des Deutschen Reiches nach außen betreffende Frage zur Entscheidung steht, glauben sehr viele Wähler, daß der Ausfall der diesmaligen Wahl ziemlich gleichgiltig sei und daß es auf ihre Stimme bei derselben nicht ankomme.

Das ist ein großer, **verhängnißvoller Irrthum.**

Bei der Rührigkeit der Sozialdemokraten ist es möglich, daß nicht 60, nein 100 sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag kommen.

Dann wird die Sozialdemokratie (wie das Zentrum, von dem das auch früher kein Mensch geglaubt hat) eine ausschlaggebende Partei im Reichstage werden.

Dann wird die Regierung **gezwungen** sein, auch **unberechtigten** Anforderungen dieser Partei zu entsprechen. Dann werden die berechtigten Wünsche der nicht durch die Sozialdemokratie vertretenen Klassen der Bevölkerung nicht erfüllt werden.

Dann hilft kein Schimpfen auf die Regierung mehr, weil es zu spät ist.

Oder es kommt zur **Revolution.**

Wer eine Ahnung hat von den Schrecknissen, welche auch im günstigsten Falle eine Revolution unausbleiblich zur Folge hat, kann dies nicht wünschen.

Deshalb möge jeder, der eine gesunde und gedeihliche Fortentwickelung des Deutschen Reiches, unseres geliebten Vaterlandes, erwünscht, an seinem Theile dazu beitragen, daß am 16. Juni d. J. wenigstens in unserem Wahlkreise

kein Sozialdemokrat

gewählt werde.

Wir glauben nicht, daß dieser Aufruf in Magdeburg, woher er stammt, die gewünschte Wirkung ausüben wird. Bei richtigem Eifer muß Pfannkuch im ersten Wahlgange glänzend gewählt werden.

Zur Wahltaktik der Freisinnigen.

Die „Freisinnige Zeitung" sucht wieder einmal ihre Leser glauben zu machen, daß die Sozialdemokraten dadurch, daß sie überall Kandidaten aufstellen, die Reaktion stärken. Den Beweis dafür bleibt sie schuldig, er ist auch zu schwer zu erbringen, denn es ist klar, daß durch die Aufstellung eines sozialdemokratischen Kandidaten die Reaktion nicht nur nicht gestärkt, sondern höchstens geschwächt wird. Der Gedankengang des freisinnigen Blattes ist folgender: Kommt es in einem Kreise zur Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Freisinnigen, so siegt voraussichtlich der letztere, weil er in der Stichwahl auch die sozialdemokratischen Stimmen auf sich vereinigt. Kommt aber der Sozialdemokrat in die Stichwahl, so siegt der Konservative, weil die Freisinnigen sich nicht entschließen können, für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Allerdings haben die Freisinnigen, wie wir kürzlich nachgewiesen, bei den letzten Wahlen diese Taktik eingeschlagen und dadurch die Reaktion gestärkt. Die Schuld trifft aber nicht unsere Partei, sondern die Anhänger der Freisinnigen, die in ihrem blinden Haß gegen die Sozialdemokratie für den Konservativen stimmten oder sich der Abstimmung enthielten. Legt der freisinnige Führer wirklich so viel Gewicht darauf, daß im nächsten Reichstage möglichst viele Anhänger der Opposition sitzen, so möge er seine Mannen belehren, welche Taktik sie vernünftigerweise einzuschlagen haben. Thut er das nicht, so fällt der Vorwurf, die Reaktion gestärkt zu haben, lediglich auf ihn und seine Partei zurück. —

Ein Freisinniger über das Wahlrecht.

In Hamm-Soest ist von der freisinnigen Volkspartei Justizrath Windthorst aufgestellt, der in Unna von unseren Parteigenossen befragt wurde, ob er nicht sich seinerzeit gegen das jetzt bestehende Reichstags-Wahlrecht ausgesprochen habe. Herr Windthorst mußte zugeben, er habe sich einmal für das indirekte Wahlsystem ausgesprochen, aber er wolle zur Zeit das Wahlrecht nicht geändert wissen, da die Reaktionäre dann auch das geheime Wahlrecht antasten würden. Diese Erklärung genügt. Es ist also ein freisinniger Kandidat aufgestellt, der das Wahlrecht gern verschlechtern möchte, nur den Zeitpunkt dafür jetzt nicht für passend hält.

Von echt freisinnigem Geiste

legt das Verhalten der freisinnigen Volkspartei bei einer Mittwoch Abend in Wiesbaden stattgehabten Wahlversammlung Zeugniß ab. In den Blättern hat diese Partei eine „große öffentliche Volksversammlung" angekündigt; der Pferdefuß sah jedoch am Schlusse dieser Anzeige etwas deutlich hervor, in dem „die Freunde der Kandidatur Wintermeyer" zu dieser Versammlung eingeladen wurden. Als nach Eröffnung der Versammlung, der unser Kandidat Genosse Dr. Quarck beiwohnte, Genosse Quint anfragte, ob sich an die Rede des Freisinns-Kandidaten Wintermeyer eine freie Diskussion schließen würde, wurde ihm bedeutet, daß das nicht angängig sei, indem man „unter sich sein wolle". Als aller Protest nichts fruchtete, verließen unsere Genossen den Saal. Es waren wohl an 120 Personen, und die Gesichter der Freisinnsmannen wurden zum theil recht lang, als der Saal sich plötzlich um die Hälfte der Besucher entleerte. Sie müssen hier doch eine heillose Angst vor uns haben; sie fürchteten vielleicht eine Wiederholung der Vorgänge, die sich im benachbarten Biebrich am Abend vorher abgespielt hatten, wo unseren Rednern eine Zeit von 10 Minuten zum Sprechen zur Verfügung gestellt war. Genosse Mähr hat diese kurze Zeit auch vollauf ausgenützt, sodaß der weitaus größte Theil der Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie den Saal verließ, als einem weiteren Redner das Wort nicht gestattet wurde.

Ohne Zuschuß von der Innung

muß Herr Bernard seine Kandidatur verfechten. Die Berliner Bäckerinnung Germania hatte bekanntlich beschlossen, 150 M. aus ihrer Wirthschaftskasse für die Wahlagitation ihres Obermeisters Bernard, des konservativen Kandidaten im 1. Berliner Wahlkreise, zu bewilligen. Durch den Magistrat als Aufsichtsbehörde ist der Innung eine derartige Verwendung der Gelder untersagt worden.

Russische Zustände

scheinen noch in gewissen Orten des Wahlkreises Wiesbaden zu herrschen. Unsere Partei entfaltet eine rührige Agitation in sämmtlichen Ortschaften. In Bad Langenschwalbach wurden die Flugzettelvertheiler vor einigen Tagen von Gendarmen angehalten, — sie mußten den Ort verlassen. In Laufenfelden ging's noch besser. Gelegentlich einer konservativen Versammlung sprach Genosse Dörfler-Frankfurt. Der Bürgermeister wollte denselben anfangs nicht sprechen lassen, gab aber schließlich nach, als der Konservative Oberstlieutenant Wilhelmi Redefreiheit zusagte. Kaum hatte unser Genosse begonnen, als der von dem Ortsdiener herbeigerufene Gendarm ihn am Arme packte und mit den Worten: „Nu ist's aber genug, jetzt müssen Sie raus!" zur Thüre schleppte. Erst als man den „pflichttreuen" Beamten auf das Ungesetzliche seiner Handlungsweise aufmerksam machte, ließ er Dörfler los. Dieser „würdige" Vorgang hat einen recht unangenehmen Eindruck gemacht, der den Konservativen am 16. Juni vielleicht sauer aufstoßen wird.

Wahlrechtsverkürzung.

In der Heilanstalt Altenbrack im Braunschweigischen wurde 90 bis 100 Insassen vom Gemeindevorsteher auf ihre Reklamation mitgetheilt, daß sie nachträglich noch in die Wählerlisten eingetragen werden sollten. Kurz vor diesem Termine jedoch machte man den Beschwerdeführern die Mittheilung, daß das herzogliche Staatsministerium ihre von der Ortsbehörde augenscheinlich für berechtigt angesehene Beschwerde abschlägig beschieden hat, daß mithin von ihrer nachträglichen Eintragung Abstand genommen würde.

Wir können nur unsere Verwunderung aussprechen, wie das Ministerium eine solche Anordnung erlassen kann, die unbedingt dem klaren Wortlaut des Wahlgesetzes widerspricht.

Mittel gegen die Wahlunfreiheit.

Wo man Arbeiter oder sonstige abhängige Personen durch kenntliche Wahlzettel um ihr oberstes staatsbürgerliches Recht betrügen will, da streiche man einfach mit dickem Striche den Namen der Gegner vom Stimmzettel und schreibe deutlich und genau den unseres Kandidaten auf, wie das folgende Muster zeigt:

Solche Stimmzettel sind von der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages immer für giltig erklärt worden. —

Ordnungsparteiliche Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Der Kampf der vereinigten Ordnungsparteien gegen die Sozialdemokratie treibt in Straßburg i. E. die übelduftendsten Blüthen. Kein Mittel ist den Herren Bourgeois zu schlecht, um der Sozialdemokratie das Straßburger Mandat zu entreißen. Die große Versammlung, welche Genosse Bebel am verflossenen Sonntag im badischen Dorfe Neumühl zu gunsten der Kandidatur Böhle im Wahlkreis Straßburg-Stadt abhielt, sollte ursprünglich im „Schützenhof" in Königshofen, einem Vorort Straßburgs, stattfinden. Der Wirth hatte seine Zustimmung gegeben und, um auch die letzten Zweifel an seiner Aufrichtigkeit zu beseitigen, sogar einen Zettel unterschrieben, auf welchem er sich zur Hergabe seines Saales verpflichtete. Zwei oder drei Tage vor dem Versammlungstermin kam er zu dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Wahlkomitees und zeigte demselben an, daß er wegen „unvorhergesehener Schwierigkeiten" sein Wort nicht halten könne. Genauere Feststellungen ergaben, daß die Brauereigesellschaft dem Wirth, der nur Zapfler ist, unter dem Eindruck der ordnungsparteilichen Drohungen die Abtretung seines Saales untersagt hatte und zwar lediglich deshalb, weil es sich um eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Versammlung handelte. Noch schmachvoller für unsern bürgerlichen Gegner sind jedoch die folgenden Thatsachen. Am Sonnabend früh wurde in zwei Straßburger Blättern, der vorgeblich demokratischen (!) „Bürgerztg." und den vorgeblich unparteiischen „Neuest. Nachr.", ein Inserat aufgegeben, welches die nackte Anzeige der Neumühler Versammlung mit der Anführung Bebel's als Referenten enthielt. Die Aufnahme des Inseretes wurde jedoch verweigert. Auf Vorbehalt erklärte einer der beiden Herausgeber, es sei zwischen sämmtlichen bürgerlichen Blättern Straßburgs ein Uebereinkommen dahin getroffen worden, vom sozialdemokratischen Wahl-Komitee für Straßburg-Stadt nichts aufzunehmen, selbst keine Annoncen gegen Bezahlung der üblichen Insertionsgebühren. Die Anregung hierzu ging von der „demokratischen" „Bürgerztg." aus. Man muß festhalten, — so bemerkt unser reichsländ. Partei-Organ zu diesem geradezu beispiellos schmählichen Verhalten unserer bürgerlichen Gegner sehr treffend, — daß es dem erwählten Abgeordneten Straßburgs im Reichstage im Verlauf der verflossenen fünf Jahre nicht ein einziges Mal möglich war, sich seinen Wählern in öffentlicher Versammlung in Straßburg selbst vorzustellen; daß Bebel ferner bei alledem derjenige Reichstags-Abgeordnete ist, der bei jeder Gelegenheit mit der größten Energie und mit vollster Hingebung für die Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den übrigen Bundesstaaten und für seine Befreiung vom Drucke des Diktaturregimentes eingetreten ist: man muß sich diese ganze Sachlage vergegenwärtigen, wenn man die Erbärmlichkeit und Scheergesinnung der Straßburger Bourgeoisie in ihrem vollen Umfange ermessen will, die dem Diktaturregiment knechtselig ihre Hilfe leiht, um die einzige für Freiheit und Gleichheit kämpfende Partei in Elsaß-Lothringen mundtodt zu machen. Daß es gerade die sogenannten Demokraten sind, die in diesem Bestreben vorangehen, das beweist von neuem, wie schlecht die wenigen Rechte unseres Volkes selbst bei dem radikalsten Flügel der bürgerlichen Opposition aufgehoben sind. —

Von der Agitation.

Bebel hat in der Zeit vom 1. bis 7. dieses Monats in Leipzig, Plauen i. V., Fürth, Nürnberg, Neumühl (Straßburg) und Wetzlar Wahlversammlungen abgehalten. In Straßburg hatten wir anfangs einen Saal, der uns aber in letzter Stunde abgetrieben wurde, worauf die Versammlung in dem zwei Stunden von Straßburg entfernten Neumühl auf badischem Gebiete stattfinden mußte. In Straßburg haben die sogenannten bürgerlichen Demokraten sich auf einen nationalliberalen Kandidaten geeinigt, der verspricht, für das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht einzutreten, aber über das gleiche Wahlrecht schweigt. Bebel nagelte diese Zweideutigkeit und noch einige andere ähnlicher Art gehörig an und zwang den anwesenden Führer der Straßburger „Demokraten", einen Rechtsanwalt Lange, das Wort zur Vertheidigung zu nehmen. Böhle und Bebel antworteten, worauf Herr Lange eiligst das Feld räumte.

Die „Frankfurter Zeitung" hält sich ganz mit Recht darüber auf, daß auch die Nationalliberalen in Baden über das gleiche Wahlrecht in ihren Reden und Flugblättern sich ausschweigen. Dasselbe ist bei einer Anzahl elsässischer Kandidaten der Fall. Auffallend ist nur, daß die „Frankfurter Zeitung" noch nicht entdeckte, daß ihre eigenen Parteigenossen in Straßburg einem solch zweideutigen Kandidaten ihre Unterstützung leihen.

In voriger und dieser Woche sprach Genosse Pfannkuch in Pößneck und Gräfenthal, im 2. Meininger Kreis und in Peine, Osnabrück, Hannover und Göttingen. Vornehmlich die letztgenannten Versammlungen waren sehr stark besucht. In Göttingen konnten hunderte Einlaß nicht mehr finden. In Dresden referirte Genosse Ledebour in einer gut besuchten Versammlung.

Liebknecht sprach am Mittwoch abend in Düsseldorf in einer Wählerversammlung, wie Düsseldorf eine solche seit Lassalle's Zeiten gewiß nicht erlebt hat. Kopf an Kopf standen die Massen im großen Heckhausen'schen Saale bis draußen im Garten. Selbst die große Martinstraße vor dem Lokal war der ganzen Länge nach schwarz von Menschen. Hier wogte es nur so hin und her. Der Saal mußte eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung schon geschlossen werden. Begeistert wurde Liebknecht, der zum ersten Mal hier sprach, empfangen, und in glänzender Weise verlief die Versammlung. Am Dienstag hatte Liebknecht in Barmen vor einer imposanten Versammlung gesprochen.

In Schwerin und Rostock fanden am Mittwoch und Donnerstag überaus zahlreich besuchte Versammlungen statt. In beiden hatte Genosse Singer das Referat übernommen.

Genosse Auer sprach am Sonntag und Montag in Lichtenstein und Meerane vor Versammlungen, die sich eines starken Zuspruchs erfreuten.

In Altenburg wurde dem Genossen Schoenlank vom überwachenden Beamten das Wort entzogen, als er auf die Ereignisse der Märztage zu sprechen kam. Das gleiche Schicksal ereilte den Genossen Buchwald, der nach Schoenlank zu Worte kam und schließlich wurde die Versammlung, die vom besten Geist für unsere Sache beseelt war, aufgelöst.

Genosse Storch aus Stettin referirte am Sonntag in Stutthof, einem großen Dorfe des Danziger Landkreises. Ueber 400 Personen hatten sich eingefunden, die in voller Spannung den Ausführungen des Redners lauschten.

Am Sonnabend trat Genosse Storch in Danzig dem Abg. Rickert entgegen und am Dienstag gleichfalls in Neufahrwasser.

In Kemberg, einem kleinen Städtchen im Wahlkreis Schweinitz-Wittenberg, referirte Genosse Rohrlack in einer Versammlung, die von 500 Personen besucht war.

Ueber großen Lokalmangel klagen die Genossen in Meißen-Großenhain. Der Schwerpunkt der Agitation muß deshalb auf die Presse und Flugblattvertheilung gelegt werden. Das Wahlflugblatt „Der Wahlmichel" ist bereits in 70 000 Exemplaren verbreitet.

Die Beschlagnahme der Flugblätter geht im Wahlkreis Breslau-Land ungeschwächt fort. Am vergangenen Sonntag hatte der Baron von Reitzenstein in Beilau die Festnahme von Flugblattverbreitern und Beschlagnahme der Flugblätter verfügt und der Amtsvorsteher vollzog den Befehl. Nachdem der Landrath des Kreises seinen Beamten mitgetheilt hat, daß die Verbreitung von Druckschriften jetzt unbehindert vorgenommen werden darf, erscheint es uns doppelt merkwürdig, daß immer noch Beschlagnahmen stattfinden.

Noch kurz vor der Wahl haben unsere Genossen in Posen in einer größeren Versammlung für unseren Kandidaten Morawski eintreten können. Nach dem prächtigen Saale des Zoologischen Gartens war von den Freisinnigen zu Dienstag Abend eine allgemeine Wählerversammlung einberufen, die von Sozialdemokraten sehr stark, im ganzen von ca. 800 Personen besucht war. Unsere Genossen Wiese und Grönig, die wiederholt zum Wort kamen, nahmen die Gelegenheit wahr, wirkungsvoll für unseren Kandidaten gegen den Freisinnigen einzutreten.

Im Reiche Ballestrem — vor der Pistole des Gendarmen! Am 7. Juni begaben sich vom Bahnhof Rudzinitz im Kreise Gleiwitz zwei Genossen auf die Tour zur Wahlagitation in die Dörfer Plawniowitz und Umgegend; Plawniowitz, dort ist der Sitz des großen Ballestrem, des Zentrums-Kandidaten für den Wahlkreis Lublinitz-Tost-Gleiwitz. Dort hat er seinen mächtigen Schloßbau, den er durch ein neues Schloß für Besuche erweitert. Kaum hatten unsere Genossen ihre Arbeit begonnen, als ihnen ein Gendarm nachgelaufen kaum und ihnen Halt! zurief. Da begingen nun unsere Genossen allerdings den unverzeihlichen Fehler, daß sie, wenn auch langsamer als vorher, weitergingen; ja sie waren so dreist, trotz eines nochmaligen „Halt", wenn auch sehr langsam, weiterzugehen. Da geschah etwas Unerwartetes: der Gendarm zog seinen Revolver und drohte mit Schießen. Jetzt blieben die Genossen freilich stehen, aber nach einem heftigen Wortwechsel, in dem der Beamte mit Verhaftung, Wegnahme der Schriften und deren Vernichtung drohte, mußte er sie, da sie ganz energisch gegen diese Art aufzutreten, protestirten, doch ziehen lassen. Sie beendeten nun ihre Tour so wie beabsichtigt

war. Die Stimmung des Landvolkes in und um Plawniowitz war verhältnißmäßig ausgezeichnet. Charakteristisch war besonders ein Ausruf eines Bauern, der den Genossen zurief: „Dobrze tak (gut so), runter mit Franz!“ (Franz ist der Vorname des Grafen Ballestrem.

Reichstags-Kandidaturen.

In Gotha ist von den Antisemiten Kaufmann Schack aus Homburg aufgestellt.

Der Abg. Eugen Richter, der in Essen als freisinniger Zähltandidat aufgestellt war, hat seinen Parteifreunden empfohlen, zur Vermeidung falscher oder überflüssiger Stichwahlen schon im ersten Wahlgang für den Zentrumskandidaten Stötzel gegen Krupp zu stimmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Juni.

Regierungsversprechungen vor dem Wahltage. Das Schlotjunkerblatt, die „Rhein.-Westf. Ztg.“ schreibt:

Staatssekretär Graf Posadowsky plant eine Umgestaltung und Zusammenlegung der Arbeiter-Versicherungs-Gesetze. Weiter wird an dem bereits ausgearbeiteten Entwurf über die Privat-Versicherungs-Anstalten auf grund der eingeholten Gutachten der Sachverständigen die bessernde Hand gelegt. Auch ein Entwurf, betreffend die Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetze auf gewisse Großbetriebe des Handwerks ist in der Ausarbeitung begriffen. Ferner soll dem nächsten Reichstag abermals eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung zugehen, worin verschiedene längst erörterte Fragen einer Lösung zugeführt werden sollen. In erster Linie wird es sich dabei um die Einführung des Befähigungsnachweises für die Bauhandwerker handeln, eine Forderung, die wiederholt von der Mehrheit des Reichstages und von verschiedenen Einzellandtagen, darunter mit besonderem Nachdruck von der bayerischen Kammer der Abgeordneten erhoben worden ist, und von deren Geltendmachung beim Bundesrath die bayerische Regierung in der letzten Tagung nur deshalb Abstand genommen hat, weil die Erfüllung dieser Forderung für die nächste Tagung in bestimmte Aussicht gestellt worden war. Außerdem dürfte in dieser Novelle eine Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gastwirthsgewerbe versucht werden, deren Reformbedürftigkeit anerkannt ist und mit denen sich auch die am 27. d. M. wieder zusammentretende Reichskommission für Arbeiterstatistik näher befassen soll. Auch die allerdings bisher noch nicht genügend geklärte Frage des Achtuhr-Ladenschlusses soll eventuell in dieser Vorlage gelöst werden.

Nach der Wahl wird der Achtuhr-Ladenschluß und der Schutz der Gastwirthsgehilfen vom wackeren Grafen Posadowsky als „zu viel Polizei“ verworfen werden, dagegen wird er bei Beschneidung der Koalitionsfreiheit und Einengung der Freizügigkeit die Erweiterung der Machtvollkommenheiten der Polizei nicht weiter fürchten. Herrn Posadowsky's sozialpolitische Reden sind uns bedeutungsvollere Dokumente als offiziöse Redensarten wenige Tage vor der Wahl. —

Die Umstürzler von oben, die Tag für Tag über Streikterrorismus und ähnliche Schreckensdinge Entrüstung und Grauen markiren, erfahren eine sehr derbe Abfertigung durch den Jahresbericht der Pforzheimer Handelskammer, der in diesen Tagen herausgegeben worden ist. Darin heißt es:

„Ein Bedürfniß, bei Arbeiter-Ausständen den arbeitswilligen Personen gegen Vergewaltigungen und Einschüchterungen seitens der Ausständigen oder anderer für sie eintretender Personen einen kräftigeren Schutz als bisher zu gewähren, besteht für den Bezirk der Kammer nicht.“

Diese Bemerkung verdient angesichts der auf Verschärfung des § 153 der Gewerbe-Ordnung gerichteten Bestrebungen um so mehr hervorgehoben zu werden, als der „Frankfurter Zeitung“ zufolge einerseits die Kammer fast ausschließlich aus Rechtsliberalen und Konservativen zusammengesetzt ist, anderseits der Satz unmittelbar auf die Mittheilung folgt, daß bei dem Ausstand der Gasarbeiter im vergangenen November zwei arbeitswillige Arbeiter von Ausständigen so schwer mißhandelt wurden, daß sie längere Zeit arbeitsunfähig waren, ein Fall, der aber durchaus vereinzelt geblieben ist.

König Stumm mag über ein so reglementwidriges Verhalten baß erstaunt sein und wie seinerzeit dem Reichstags-Abgeordneten Rösicke, auch der Pforzheimer Handelskammer den Fehdehandschuh mit der Bemerkung hinwerfen, daß er ihre Mitglieder nicht mehr für voll ansehen könne. —

Ueber das Thomasphosphatmehl-Geschäft versendet der Vorstand des Bundes der Landwirthe endlich an seine Mitglieder eine Erklärung, in der er jedoch auf die Sache selbst nicht eingeht, sondern an die Treue seiner Anhänger appellirt, die ihn schützen sollen vor der „Schmutzfluth von Verleumdungen, die über ihn ergossen sind“. Die Herren v. Plötz, Rösicke und Plaskuda versuchen, sich einfach damit herauszureden, daß sie wegen der Wahlarbeit nicht im stande sind, rechtzeitig und Schlag auf Schlag die erforderlichen Widerlegungen zu bringen, und lehnen es einfach ab, sich einem von den Gegnern gebildeten Sittengericht zu unterwerfen. Allerdings, eine einfache Taktik, genau so, wie sie der seelige Freiherr v. Hammerstein eingeschlagen hat, der es auch ablehnte, die in der Presse gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu entkräften, bis der Staatsanwalt sich seiner annahm. Im übrigen hätte die Wahlarbeit den Bundesführern wohl Zeit genug lassen können zu der einfachen Erklärung, ob die Behauptung des „Hannoverschen Courier“, daß der Bundesvorstand vertragsmäßig den Mitgliedern gegenüber die Ansetzung eines höheren Preises stipulirt haben soll, als er wirklich vereinbart hatte, auf Wahrheit beruht. Um den Kern der Frage, ob der angebliche auf die Täuschung von Mitgliedern berechnete Vertrag existirt, gehen die Plötz und Genossen geschickt herum. Daß eine solche Erklärung das Mißtrauen nicht zu beseitigen im stande ist, müssen die Herren sich doch selbst sagen; gerade ihre heutige Erklärung ist geeignet, denen, die noch an der Wahrheit der Behauptungen des „Hannoverschen Courier“ gezweifelt haben, auch den letzten Zweifel zu nehmen. —

• • •

Deutsches Reich.

Der Bundesrath überwies in seiner heutigen Sitzung die Petitionen von Zuckerfabriken um Erhöhung ihrer Kontingentsfuß-Ziffern dem zuständigen Ausschusse. Der Entwurf von Bestimmungen über den Nachrichtendienst in Viehseuchen-Angelegenheiten und die Beschlüsse des Landesausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Presse in Elsaß-Lothringen wurde den Ausschüssen überwiesen, der Vorlage betreffend die Handelsbeziehungen zum britischen Reiche wurde zugestimmt. Den Beschlüssen des Landesausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Kapitalrentensteuer wurde die Zustimmung ertheilt, ebenso dem Entwurfe von Bestimmungen über die Feststellung des Börsenpreises von Werthpapieren und dem Entwurfe von Bestimmungen wegen Herstellung einer Statistik der Streiks und Aussperrungen. Den Beschlüssen des Landesausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über den kaiserlichen Rath wurde die Zustimmung ertheilt. Für die allgemeine Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für 1893/94 wurde Entlastung ertheilt. Die Etatsüberschreitungen der Landesverwaltung von 1896/97 wurden genehmigt. Für die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1893/94 nebst den dazu vom Reichstag gefaßten Beschlüssen wurde Entlastung ertheilt. Die Etatsüberschreitungen für die afrikanischen Schutzgebiete für die Etatsjahre 1894/95, 1895/96 und 1896/97 nebst den dazu vom Reichstage gefaßten Beschlüssen wurden genehmigt. Für die Rechnungen über den Haushalt der Schutzgebiete von Kamerun und Togo sowie des südwestafrikanischen Schutzgebiets für die Etatsjahre 1892/93 und 1893/94 wurde Entlastung ertheilt. —

Der bayerische Gesandte, Bevollmächtigte zum Bundesrath, Graf Lerchenfeld-Köfering, läßt, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, feststellen, daß er weder im Jahre 1893, noch vorher oder nachher mit einem Entwurf wegen Abänderung des Wahlrechts beschäftigt gewesen sei.

Nun hat der Gewährsmann der „Hilfe“ das Wort. —

Für Hochschutzzölle sollen die Arbeiter vor allem eintreten, predigten heute des langen und breiten die „Berliner Pol. Nachr.“ der Firma Miquel-Bueck-Schweinburg. Warum haben aber die englischen Arbeiter unter der Herrschaft des Freihandels die höchsten Löhne und die kürzeste Arbeitszeit? —

Neue Militärforderungen in Sicht! Im „Berl. Tageblatt“ wird für den nächsten Winter neben einer durchgreifenden Organisation der Feldartillerie, wobei die Artillerie-Regimenter den Divisionen unterstellt und je zwei Abtheilungen zu drei Batterien formirt werden, der Plan angekündigt, die reitende Artillerie auf den kriegsmäßigen Stand für die Kavalleriedivisionen herabzumindern in Abtheilungen zu zwei Batterien mit wahrscheinlich je vier Geschützen. Endlich sollen Feldhaubitzen für den hohen Bogenschuß zur Einführung gelangen. Aus bereits bestehenden Formationen sollen weiterhin mehrere neue Armeekorps errichtet werden. Und zwar dürfte Sachsen ein zweites Armeekorps mit dem Sitz in Leipzig, Bayern ein drittes Armeekorps mit dem Sitz wahrscheinlich in Nürnberg, und Preußen ein achtzehntes (hessisches) Armeekorps mit dem Sitz wahrscheinlich in Mainz formiren. Die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen soll bestehen bleiben, wahrscheinlich wird aber eine kleine Vermehrung der Kapitulanten gefordert werden. Daneben besteht der Plan der Vermehrung der Kavallerie und der Radfahrertruppen. Für jedes Armeekorps dürfte eine Eskadron Jäger zu Pferde (Meldereiter) gefordert werden. Endlich werde eine Reform der Pioniertruppen dadurch geplant, daß ein Theil der Regimenter, welche jetzt zwei Bataillone haben, künftig auf drei Bataillone gebracht werden.

Auch hierüber haben die Wähler am 16. Juni ein Wörtchen mitzusprechen. Später freilich hilft kein Klagen und kein Beschweren.

Ehren werden nun auf's Zentrum gehäuft, nun ist auch einer der konservativsten Zentrumsmänner, der Landtags-Abgeordnete und Reichstags-Kandidat Dr. Porsch zum königlichen Justizrath ernannt worden. —

Auch ein sozialdemokratischer Erfolg. Seit Jahren hat die Presse unserer Partei und haben unsere Vertreter im Reichstage darauf hingewiesen, daß die vielen Selbstmorde auf den Seeschiffen vornehmlich in der übergroßen Ausbeutung und unzweckmäßigen Behandlung der Schiffsbemannung ihre Erklärung finden. Die Anwälte des Rhederthums suchten diese Anklage stets mit der bequemen Ausrede zu widerlegen, sie sei nur der Ausfluß der (angeblichen) sozialdemokratischen Verhetzungssucht. Jetzt wird nun von der See-Berufsgenossenschaft, deren Vorsitzender der aus dem Hamburger Hafenarbeiter-Streik weiteren Kreisen bekannt gewordene Großrheder Laeisz ist, in einem Bericht an das Reichs-Versicherungsamt erklärt:

„Daß die Selbstmord-Frequenz unter dem niederen Maschinenpersonal auf deutschen Dampfern sechsmal so groß ist wie unter der männlichen Landbevölkerung, scheine der in weiten Kreisen gehegten und anscheinend auch von der Technischen Kommission für Seeschiffahrt in gewissem Maße getheilten Ansicht, dies müsse auf Mißständen an Bord beruhen, für welche Rheder und Schiff anzuschuldigen seien, eine gewisse Berechtigung zu geben.“

In dem Bericht, auf den wir noch zurückkommen werden, wird natürlich der Nachweis versucht, daß die Verhältnisse auf den Schiffen nicht so schlimm liegen. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß dieser Nachweis mißlungen ist.

Breslau, 10. Juni. Der „Schlesischen Zeitung“ zufolge hat der Handelsminister angeordnet, daß für die Regierungsbezirke Breslau, Liegnitz und Oppeln je eine Handwerkerkammer errichtet wird. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Das Sitzenbleiben bei einem Kaiserhoch. Eine Majestätsbeleidigungssache, welche drastisch darlegt, mit welchem Gesindel die Sozialdemokratie theilweise zu kämpfen hat, kam am Donnerstag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Es handelt sich um eine gegen unseren Parteigenossen, den Zeitungsträger Karl Göcke in Groß-Ottersleben gerichtete Anklage. Der Angeklagte ist von dem durch seine Sozialistenprozesse bekannten Landgericht Magdeburg am 26. März wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Er soll diese Strafthat dadurch begangen haben, daß er bei einem auf den Kaiser ausgebrachten Hoch sitzen geblieben ist. Die Umstände dieses Falles sind eigenartig und werfen auf gewisse Verhältnisse ein grelles Licht. Göcke ist, wie das Urtheil des Landgerichts sagt, einer der Führer der Sozialdemokratie in Groß-Ottersleben. Er hatte auf den 1. Dezember v. J. nach dem Rathskeller in Seehausen eine Volksversammlung einberufen, natürlich in der Erwartung, daß recht viele Anhänger der Sozialdemokratie seinem Rufe folgen würden. Nun habe aber in Seehausen, so heißt es weiter in dem Urtheile, die Ordnungspartei die Oberhand. Wie es mit dem Ordnungssinn dieser Ordnungspartei aussieht, erhellt aus folgender Darstellung des Falles: Schon eine halbe Stunde vor Eröffnung der Versammlung erschien ein großer Trupp von Anhängern der Ordnungspartei mit ihrem Reichstags-Kandidaten Zimmermeister Gerlach aus Halberstadt. Göcke als Einberufer eröffnete die Versammlung, mußte aber bald sehen, daß seine politischen Gegner in der Mehrheit waren. Diese riefen energisch: Bureauwahl! Göcke bezeichnete dieses Verlangen als ungerechtfertigt, da er, wie er sagte, als Einberufer das Recht habe, die Versammlung zu leiten. Es entstand nun ein von den Ordnungsparteien verursachter Tumult und es wurde schließlich der erwähnte Herr Gerlach zum Vorsitzenden gewählt. Dieser schlug dann mehrere Nicht-Sozialdemokraten als Beisitzer vor und ersuchte Göcke und seine Beisitzer, den Vorstandstisch zu räumen. Göcke aber wollte sich sein Hausrecht nicht ohne weiteres nehmen lassen und protestirte energisch. Nunmehr erklärte Gerlach, es sei nicht möglich, die Versammlung zu leiten und er schließe sie deshalb, indem er die Anwesenden bitte, mit ihm einzustimmen in den Ruf: Se. Majestät der Kaiser lebe hoch! Alle erhoben sich von ihren Sitzen, nur Görcke, der seinen Unmuth über die ihm zutheil gewordene Behandlung noch nicht verwunden hatte, blieb sitzen. Trotzdem er in der Hauptverhandlung bestritt, absichtlich bei dem Kaiserhoch sitzengeblieben zu sein und nachwies, daß er seinen sozialdemokratischen Genossen stets angerathen habe, bei einem Kaiserhoch nicht sitzen zu bleiben, nahm das Landgericht das Vorhandensein einer Majestätsbeleidigung an und erkannte auf die erwähnte Strafe. — Auf die Revision des Angeklagten hob nun am Donnerstag das Reichsgericht das Urtheil auf, und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Begründung des angefochtenen Urtheils, so wurde ausgeführt, erscheine in mehrfacher Hinsicht unklar. Das Landgericht spreche von der Verletzung der schuldigen Ehrfurcht und lasse nicht genügend erkennen, ob es sich darüber klar geworden sei, daß Ehrfurchtverletzung noch nicht Ehrverletzung zu sein braucht. Dann sage das Urtheil zwar, es sei üblich, bei einem Hoch auf den Kaiser aufzustehen, lasse aber eine schärfere Hervorhebung des Gesichtspunktes vermieden, daß für jeden einzelnen die Pflicht begründet sei, sich dieser Ehrenbezeugung anzuschließen. Nun habe aber das Urtheil die Thatsache mit herangezogen, daß der Angeklagte durch sein Verhalten auch eine Demonstration beabsichtigt hatte gegen seine Mißhandlung von seiten der Mehrheit der Versammlung. Dadurch gerathe man in völlige Unklarheit darüber, was denn der entscheidende Wille des Angeklagten gewesen sei, ob sein Dolus wirklich die Majestätsbeleidigung umfaßt habe oder ob er nicht etwa blos seinem Unmuth über die ihm zu theil gewordene Behandlung habe kundgeben wollen.

Man darf gespannt sein, wie das Landgericht Magdeburg nach diesem reichsgerichtlichen Dämpfer urtheilen wird. Das schofle Verhalten der Ordnungshelden aber wird, wie wir denken, der Sozialdemokratie im Wahlkreise die vortrefflichsten Dienste leisten.

Die Urtheile gegen Peters, Schröder, Leist und Wehlan scheinen der Abtheilung Berlin der Deutschen Kolonialgesellschaft recht sehr zu mißfallen, sie hat deshalb für die Hauptversammlung der Deutschen Kolonisationsgesellschaft in Danzig den folgenden Abtrag gestellt:

Die Deutsche Kolonialgesellschaft möge bei der kaiserlichen Regierung beantragen, den Disziplinargerichtshof für Beamte in den deutschen Schutzgebieten in der Weise zu reformiren, daß die Mehrheit aus nicht richterlichen Personen besteht, welche die Menschen und Dinge in der jeweilig in betracht kommenden Kolonie aus eigener Anschauung und Erfahrung kennen.

Sie hätten klüger gethan, diese traurigen Fragen nicht wieder auf die Tagesordnung zu setzen. —

Oesterreich.

Wien, 9. Juni. Einem Communiqué des Polenklubs zufolge faßte derselbe einstimmig einen Beschluß, in welchem das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß die Haltung der Oppositionsparteien die Regierung zur erneuten Anwendung des § 14 der Verfassung behufs Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse des Staates zwingt. Der Beschluß spricht ferner die Ueberzeugung aus, daß eine gesunde Entwickelung des verfassungsgemäßen Lebens den Bedürfnissen des Staates sowie der einzelnen Länder entspricht und bringt das heiße Verlangen nach möglichst baldiger Schlichtung des deutsch-czechischen Nationalitätenstreites in gemeinsamem Einvernehmen beider Völker zum Ausdruck. Der Klub erklärt sich bereit, die diesbezüglichen Bestrebungen der Regierung des Grafen Thun unausgesetzt zu unterstützen und verharrt unerschütterlich auf den Grundsätzen, die die Grundlage des Bestandes der Rechten des Abgeordnetenhauses bildeten. —

Die Christlich-Sozialen, die so sehr und sicherlich nicht mit Unrecht über die Korruption der Liberalen gewettert haben, erleben nun das Pech, daß einer nach dem anderen von ihren „besten Männern“ als schmutziger Geselle entlarvt und zum Rücktritte aus dem öffentlichen Leben gezwungen wird. Heute wird aus Wien gemeldet: Stadtrath Purscht, ein hervorragender Parteigänger der Christlich-Sozialen, über den kürzlich kompromittirende Verhältnisse aus seinem Privatleben erzählt wurden, legte sein Stadtraths- und Gemeinderathsmandat nieder.

Herr Purscht, einer der ersten Rufer im Streite unter den Wiener Antisemiten, hat nicht nur persönlich die „freie Liebe“, freilich nicht die, welche Sozialdemokraten wollen, in schrankenlosester Weise gepflegt, er hat auch von ihr als Miteigenthümer eines der am besten florirenden — — Bordelle ein arges Lotterleben führen können. —

Lemberg, 10. Juni. Der Statthalter sandte an sämmtliche Bezirkshauptmannschaften Zirkulare, in welchen er sie für die Ausschreitungen des Pöbels gegen die Juden verantwortlich machte und sie anwies, jede Propaganda im Keime, eventuell mit Waffengewalt, zu unterdrücken. —

Ungarn.

Budapest, 10. Juni. In Dal, nahe bei Klausenburg, kam es zwischen rumänischen Bauern und der Gendarmerie zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Gendarmerie machte von der Feuerwaffe Gebrauch, wobei drei Personen erschossen und viele schwer verwundet wurden.

Schweiz.

Genf, 9. Juni. (Eig. Ber.) Die Zahl der italienischen Flüchtlinge, die hierher kommen, wird eine immer größere. Es sind Leute der verschiedensten Bevölkerungsklassen, Handarbeiter, Kopfarbeiter ꝛc. Gestern kam ein großer Trupp hier an, der zu Fuß die Alpen überschritten hatte. Im ganzen mögen gegenwärtig wohl zwei tausend Italiener in der Schweiz sich aufhalten, die nach den letzten Revolten entflohen sind.

Einen von den italienischen Machthabern nicht gewünschten Erfolg hat die brutale Gewalt für die Sozialisten gehabt. Bereits 35 Sektionen italienischer Sozialdemokraten haben sich in der Schweiz gebildet; in Genf ist ein internationaler Zirkel, eine Bibliothek und eine Buchhandlung gegründet, die sich die Herausgabe von Propagandaschriften angelegen sein lassen wird. Die freie Schweiz wird also noch einmal der Boden sein, wo sich die Kräfte sammeln können zur Bekämpfung der Reaktion. Heute ist eine kleine Schrift eines der Flüchtlinge erschienen, eines Professors, der in brillanter Weise die Mailänder Tage beschreibt. Der Verfasser beschränkt sich nicht darauf, die Vorgänge in Mailand zu schildern, er weist auch mit großer Schärfe die Ursachen auf und kommt zu dem Schluß, daß der Politik der Regierung und den herrschenden Klassen alle Verantwortlichkeit für die traurigen Ereignisse beizumessen ist. Die 40 Seiten starke Broschüre wird ins Deutsche und Französische übertragen werden. —

Bern, 9. Juni. (Eig. Ber.) Das Industriedepartement, in dessen Ressort die Kranken- und Unfallversicherung gehört, hat in einem Bericht an die Bundesversammlung die finanzielle Tragweite derselben für die eidgenössischen Finanzen dargestellt. Danach hätte der Bund zu leisten für die obligatorische Versicherung mit 600 000 Versicherten und einer anrechenbaren Lohnsumme von 435¾ Millionen Franken einen Beitrag von 5 164 000 Fr. und für die freiwillige Versicherung mit 400 000 Versicherten einen Beitrag von 2 081 000 Fr., zusammen 7 245 000 Fr. Zirka fünf Millionen hattte seinerzeit Bundesrath Hauser aus den ordentlichen Einnahmen zugesagt; nun hat aber Sourbeck im Nationalrath die Einführung des Tabakmonopols, das 8 Millionen abwerfen werde, beantragt, woran aber auch nach dem Antrage die Kantone partizipiren sollten. Auffallend ist nur, daß man jetzt, in dem letzten parlamentarischen Berathungsstadium, mit dem Tabakmonopol kommt und damit bei den Arbeitern den Verdacht weckt, es auf eine weitere Verschleppung der Versicherung abgesehen zu haben. Nachdem 1893 der Arbeiterbund mit der unentgeltlichen Krankenpflege auch zugleich das Tabakmonopol verlangte, wäre in den seitdem verflossenen fünf Jahren allerdings Zeit genug gewesen, die Frage so oder so zu erledigen.

Die Erörterungen der Presse über das italienische Spitzelwesen in der Schweiz dauern fort und die meisten Blätter verlangen scharfe Ueberwachung und Ausweisung. Dabei wird auch darauf hingewiesen, daß man den Italiener Peduzzi ohne weiteres aus der Schweiz ausgewiesen habe, die Spitzel aber dulden wolle.

In Sachen der Italiener-Auslieferung fanden weitere Protestversammlungen in Lausanne und Bern statt, die ebenfalls energisch gehaltene Resoluttionen annahmen. —

Bern, 10. Juni. Der Ständerath beschloß einstimmig, in die Berathung der Gesetzentwürfe betreffend die Einführung der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung einzutreten. —

Frankreich.

Mit einem Pyrrhussiege für das Ministerium Meline haben die Wahlen des Kammerpräsidiums geendet. Der Vertrauensmann Meline's, der öde Sozialistentödter Deschanel, wurde mit 287 Stimmen gegen 277 Stimmen, die auf Brisson fielen, zum Kammerpräsidenten gewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Georg Leygues mit 315, zum zweiten Sarrien mit 298, zum dritten Kranz mit 272 Stimmen gewählt; für den Posten des vierten Vizepräsidenten ist Stichwahl

erforderlich. Die „Libre Parole erklärt heute, antisemitische Deputirte hätten gestern für Deschanel gestimmt, um ihren Dank für die Amnestirung der Manifestanten in Algier zu bezeugen. —

Italien.

Rom, 10. Juni. („Voss. Ztg.") Die geplante Verschärfung der Gesetze über Presse und Vereine zielt hauptsächlich auf die Eindämmung der klerikalen Propaganda und Unterbindung der zahlreichen katholischen Vereine, Komitees, Konsum- und Kooperativgesellschaften, ländlichen Kassen u. s. w., durch welche die Gesetze, betreffend die Aufhebung der religiösen Körperschaften, Einziehung des Kirchenvermögens und Aufhebung der todten Hand umgangen werden. —

Rom, 9. Juni. Durch ein Dekret des Königs vom heutigen Tage ist der Wiederzusammentritt des Parlaments auf den 16. d. M. festgesetzt worden. —

Genua, 8. Juni. (Eig. Ber.) Die Reaktion fängt an zu begreifen, daß allzu unverhüllte Brutalität, ein allzu schamloses Pochen auf den Geldsack und seine heiligen Rechte, doch nicht ganz die richtige Politik seien, sondern dazu beitragen, die anständigen Menschen jeder Farbe zu ihren Gegnern zu machen. Das angesehene Genueser Blatt, der „Caffaro", das in allen seinen Berichten über die Revolten und über die Repressionen der Regierung nicht ein Wort, nicht eine Silbe des Mitleids für die Opfer gehabt hat, das mit breiter Befriedigung die Ergebnisse ausmalte, jedes mal, wenn die „Truppen genöthigt gewesen waren, von der Waffe Gebrauch zu machen", wie diese Phrase lautet, fällt plötzlich wie auf Kommando in eine andere Stimmung. Der Leitartikel vom 7. Juni läßt sich über die Ursachen des Mailänder Aufstandes und über die Elemente, aus denen sich die Aufständischen zusammensetzten, wie folgt vernehmen:

„Der größte Theil dieser Masse sind verpfuschte Existenzen. Aber von wem verpfuscht? Nicht allein von den Volksverhetzern verschiedenster Art, die unter rother, schwarzer, weiß und gelber oder auch trikolorer Fahne kämpfen.

Unser „Praktiker" (es handelt sich um die Besprechung einer in diesen Tagen erschienenen Studie) sucht die Schuldigen, die ihm nicht weniger schuldig erscheinen, als diese Verpfuschten, nicht auf der Straße, nicht den Soldaten gegenüber, sondern in den Häusern verborgen und von den Truppen gedeckt, denn gerade ihnen drohte der Sturm am schlimmsten und gefährlichsten.

Es sind, leider, nicht wenige von denen, die das Volk die Vornehmen (Signori) nennt. Der Krösus alten oder neueren Datums, der mit seinem — Gott weiß woher stammenden — Reichthum nichts anzufangen weiß, als weiter zu schachern, um ihn zu vermehren, oder ihn am grünen (Spiel-) Tische oder in der Jagd nach jeder Form von Genuß zu vergeuden, einschließlich des Sports, die Frauen der armen Schichten zu verführen, der sich nicht entblödet, einen Luxus an den Tag zu legen, dessen freche Schamlosigkeit den Neid entfesselt und das Elend der Proletarier höhnt. Und man erfindet eine bequeme Entschuldigung in der Lehre mancher Nationalökonomen, daß der Prunk und die Lust der Reichen Quellen des Verdienstes für die Armen seien, während in Wirklichkeit ein großer Theil dessen, was der Reiche ausgiebt, um ein fideles Leben zu führen, in die Hände anderer Reichen wandert und der Rest sich unter einige Arme verkrümelt, so daß das, was von Tausenden den Hunger fernhalten könnte, vielleicht nur zehn Menschen zu gute kommt; nur die Gutgesinnten finden das alles sehr natürlich und sind daran gewöhnt, sie nehmen keinen Anstoß daran, sondern sehen sich nur von Zeit zu Zeit um, ob die Gewehre in Ordnung sind. Und sie glauben, reichlich alle Schuld abgetragen zu haben, wenn sie einige Hunderte von ihren vielen Tausenden jährlichen Einkommens zu diesem oder jenem an die große Glocke gehängten Wohlthätigkeits-Unternehmen beigesteuert oder zu ihren Vergnügungen das Amusement eines Festes zu gunsten der Armen hinzugefügt haben. . . . Wer fühlt die Verpflichtung, ihnen immer von neuem zu sagen, daß sie auf einem Vulkan tanzen, da sie selbst sich nicht darum kümmern?

Sie sagen: wir gehen einfach früher aufs Land, früher in die Bäder . . . schade, daß es mit den Rennen ꝛc. nichts geworden ist, bei denen doch so viele Menschen Geld verdienen!

Denkt an den kommenden Tag! Diesmal hat man die Dinge noch wieder in Ordnung bringen, die Unruhen noch unterdrücken können, aber man wähne nicht, daß das leichte Arbeit sei. Und außerdem ist's eine kostspielige, nicht so sehr für den Geldsack des Krösus, als für den des Staates." —

Wenn die Hälfte davon im „Avanti" gestanden hätte, wäre er sicher konfiszirt worden!

Der „Corriere della Sera" meldet, daß in dem durch den Tod des Ministers Brin freigewordenen Wahlkreise die Sozialisten den Genossen Edmondo de Amici aufstellen werden.

Der „Caffaro" bringt aus Mailand die Nachricht von einer Haussuchung in der klerikalen Druckerei Bertarelli's, die eine sehr reiche Ernte brachte: es wurden nicht weniger als 16 000 Bildnisse Leo XIII. beschlagnahmt, deren Rückseite Verse und klerikale Sinnsprüche trugen. Don Davide Albertone hatte sich einem sehr langen Verhör zu unterwerfen, das sich namentlich um einige Artikel des jetzt unterdrückten „Osservatore Cattolico" drehte. —

Die Urtheile der italienischen Kriegsgerichte. Aus Rom wird uns geschrieben: Bis zum 4. d. M. hat das Mailänder Kriegsgericht in 19 Prozessen gegen 106 Angeklagte unterhandelt. Von den Angeschuldigten befanden sich 89 im Alter von unter 20 Jahren; verurtheilt wurden 95, freigesprochen 11. Die Strafen bewegen sich zwischen 14 Tagen Haft und 8½ Jahren Kerker. Im ganzen sind 157 Jahre und 2 Monate Gefängniß verhängt worden. Das alles in zwölf Tagen und dabei sollen angeblich die schlimmsten Prozesse noch bevorstehen. In Neapel und Florenz das gleiche traurige Schauspiel! In Neapel wurde ein Zimmermädchen, das ein Zimmer bewohnte, aus dessen Fenster nach Behauptung einiger Offiziere Revolverschüsse gefallen seien, zu zwölf Jahren zwei Monaten und zwanzig Tagen Gefängniß verurtheilt; zwei Jahre soll sie in Einzelhaft gehalten werden. Solche Urtheile zeugen von einem brutalen wilden Haß der militärischen Richter, die ihrem brutalen Rachegelüste die Zügel schießen lassen.

Der Chefredakteur des katholischen Organs „Vero Guelfo" wurde zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt, weil er zur Revolte aufgereizt haben soll. Ebenfalls zwei Jahre Gefängniß erhielt ein armer Zeitungsverkäufer, der in einer Gastwirthschaft beleidigende Aeußerungen über die Regierung ausgestoßen haben sollte. Während der Verhandlungen selbst spielen sich oft erschütternde Scenen ab, Frauen werden ohnmächtig oder fallen in Krämpfe; selbst kranke und schwangere Frauen hat man in großer Zahl arretirt.

Der sozialistische Deputirte Pescetti wird fortgesetzt von einigen Spitzeln verfolgt. Der Haftbefehl ist noch immer nicht zur Ausführung gelangt, weil die Autorisation der Kammer nicht ertheilt werden konnte. —

Rußland.

Aus Kiew erhalten wir eine Korrespondenz, welche darüber Aufklärung giebt, wie die letzten großen Massenverhaftungen in Rußland von der Regierung eingeleitet worden sind. Man schreibt uns:

Ende März sind hier mehr als 150 Personen, zum größten Theile Arbeiter verhaftet worden. Anlaß zu den Verhaftungen haben ausschließlich die Aeußerungen der Geheimpolizisten gegeben. Das Polizeidepartement, beunruhigt durch die erfolgreiche Thätigkeit des Kiewer „Vereines für den Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klasse" hat im August des vorigen Jahres 50 erfahrene Geheimpolizisten hierhergeschickt, welchen der spezielle Auftrag ertheilt wurde, die Fäden der Arbeiterbewegung in Kiew aufzudecken. Ende Februar haben die Geheimpolizisten ihre Berichte eingereicht und um an der Besprechung derselben theilzunehmen, kam der Gehilfe des Direktors des Polizeidepartements Semjakin nach Kiew. Unter seinem Vorsitz fand eine Sitzung der Kiewer Gouvernement-Gendarmerie-Verwaltung statt, in welcher die Zahl der zu Verhaftenden und der Zeitpunkt der Verhaftungen festgesetzt wurde. Zwei Wochen nach den Verhaftungen kam Semjakin wieder nach Kiew, er war sehr unbefriedigt von dem Erfolge der Verhaftungen. In der That war die Beute der Gendarmen trotz aller ihrer Bemühungen keine große. Bei dem einen und bei dem anderen sind einzelne Exemplare verbotener Schriften gefunden worden und nur an einem Orte ist ein kleines Schriftenlager aufgedeckt worden. Das Bedeutendste, womit sich die Gendarmerie rühmen konnte, war die Entdeckung einer Quantität von Setzmaterial. Semjakin erklärte aber dem Kiewer Gendarmerie-General Nowitzky, daß die Entdeckung eines Theiles der Schrift noch nicht die Entdeckung einer Druckerei sei. Bis Mitte Mai wurden 70 Personen entlassen, 80 blieben in Haft. Ende Mai sind aber wieder einzelne Verhaftungen vorgenommen worden, dabei wurden auch einige von den kürzlich Entlassenen wieder verhaftet. Da die Einzelzellen nicht ausreichen, befindet sich ein Theil der Verhafteten in gemeinsamen Zellen. In Einzelhaft befinden sich zwei Frauen: Smedowitsch und Tschernomskaja; Krylschanowskaja und die folgenden Männer: Polonsky (stud. med. des V. Kursus), Sehen (Rechtsanwalt), Edelmann, Tetzler (Stud.), Wassilenko (stud. jur.), Petrussewitsch (Rechtsanwalt), ist in Jekaterinoslaw verhaftet worden), Salewsky (Student), Werschbizky und Bist (beide Studenten aus Zürich), Michailow (stud. rerum natur.), Petrow (stud. rerum natur., ist zum zweiten Male verhaftet), Rabtschewsky (stud. jur. des IV. Kursus), Tutschapsky (Beamter der Staatskontrolle). —

Griechenland.

Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Redakteur des Blattes „Kairos", der wegen Majestätsbeleidigung zu sechsmonatlicher Haft verurtheilt worden war, ist in zweiter Instanz freigesprochen worden. Das Blatt hatte einen Artikel gebracht, worin die Geschichte des Attentats als erfunden bezeichnet worden war. Ein anderes, ebenfalls auf Majestätsbeleidigung lautendes Strafverfahren gegen den Redakteur des Blattes „Palingenisia" wird zur Verhandlung kommen, wenn die Behörden die dazu nöthigen Zeugen bekommen haben. Sie beeilen sich dabei so wenig, daß die Untersuchungshaft des Redakteurs, der zugleich Deputirter von Attika ist, sich immer länger hinauszieht. Es ist verwunderlich, daß Delyannis für seinen Parteigenossen nicht die Hand rührt.

Die „Frankf. Zeitung", die diese Nachrichten aus Athen bringt, theilt auch mit, daß an einem neuen Preßgesetze gearbeitet wird. Jedenfalls soll es reaktionärer sein, als das bestehende. —

Türkei.

Konstantinopel, 9. Juni. Die Pforte richtete an die Botschafter ein Zirkular, in welchem sie nachsucht, ihre Truppen auf Kreta, deren Dienstzeit zu Ende ist, durch neue ersetzen zu dürfen. —

Die Rückführung der flüchtigen Armenier. Aus Konstantinopel erhält die „Int. Korr." die folgende Meldung:

Auf die von russischer Seite erhobene Forderung, die Rückkehr von etwa 13 000 in Südrußland lebenden flüchtigen Armeniern nach den kleinasiatischen Provinzen zu gestatten, hat die Pforte bisher ausweichend geantwortet. Sie schlug vor, eine besondere Kommission einzusetzen, welche über die Person jedes einzelnen Flüchtlings entscheiden solle, und möge die russische Botschaft einen Beauftragten zu der Kommission entsenden. In Petersburg scheint man jedoch entschlossen zu sein, die Pforte zu einer schnellen Erledigung in dem von Rußland vorgeschlagenen Sinne zu zwingen. —

Asien.

China. Die „Times" melden aus Peking vom 9. d. M.: Durch das heute unterzeichnete Abkommen erhält Großbritannien auf 99 Jahre vom 1. Juli d. J. ab rings um Hongkong herum Gebiete in einer Gesammtausdehnung von 200 Quadratmeilen in Pacht. In diese Gebiete sind auch die Landstrecken hinter der Halbinsel Kaulung und die Insel Langtao inbegriffen. China behält die Küstengebiete nördlich der Mirsbay und der Deepbay, die Wasserfläche beider Buchten wird aber an England verpachtet. — Japan hat China notifizirt, daß es als ausschließlich für Japaner bestimmte Niederlassungsorte in Futschau Wusung, Schaschi, Funing, Jotschau und Tschingwan Landstriche verlangt und außerdem eine Entschädigung von 300 000 M. beansprucht für den bei den Aufständen in Schaschi dem japanischen Eigenthum zugefügten Schaden.

Im englischen Unterhause erklärte gestern der Parlaments-Untersekretär des Aeußeren, Curzon, die Regierung habe gehört, daß den Franzosen die Konzession für den Bahnbau von Pakhoi nach Nanning ertheilt worden sei. Ueber die Maßnahmen, welche die englische Regierung gegenwärtig in Südchina zu ergreifen beabsichtige, könne er keine Mittheilung machen. Der Bahnbau zur Grenze von Birma werde gegenwärtig betrieben, aber die Frage, welche Richtung die Fortsetzung der Bahn nach Erreichung der chinesischen Grenze nehmen solle, sei sehr schwierig, und solange sie nicht entschieden sei, könne man keine Konzession bei der chinesischen Regierung beantragen. Ein Schriftwechsel mit der französischen Regierung habe über die Angelegenheit nicht stattgefunden, derjenige mit China sei noch im Gange.

Mit bezug auf Port Arthur und Talienwan erklärte Curzon, die Regierung besitze den Text des russisch-chinesischen Abkommens nicht, jedoch beabsichtige Rußland nach der Erklärung des Ministers Murawjew, China's Souveränetätsrechte über die beiden Häfen aufrechtzuerhalten und die zwischen China und anderen Staaten bestehenden Verträge zu achten. Graf Murawjew habe ferner erklärt, die Achtung der chinesischen Souveränetätsrechte schließe gewissenhafte Erhaltung des status quo vor der Verpachtung der beiden Häfen, sowie den Punkt in sich, daß die durch die Verträge für fremde Kriegs- und Handelsschiffe in gewissen Fällen vorgesehene Erlaubniß zur Einfahrt selbst in die geschlossenen Häfen China's denselben durch die neuen Bestimmungen zugesichert würde. Hieraus folge, wie Graf Murawjew hinzugesetzt habe, daß Port Arthur englischen Schiffen unter denselben Bedingungen wie immer bisher geöffnet sein werde. Curzon bemerkte hierzu, unter diesen Umständen habe die Regierung an Rußland eine Anfrage betreffend die genaue Fassung des Vertrages gerichtet. Die englischen Kriegsschiffe werden sich auch weiterhin des vertragsmäßigen Rechtes des Zugangs zu allen Häfen in China, wenn immer die Interessen des britischen Dienstes es wünschenswerth machen, bedienen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte Parlaments-Untersekretär des Aeußern, Curzon, die Frage des Bahnbaues Hankau-Peking habe, wie er glaube, das Interesse einiger englischer Kapitalisten erregt, doch sei es ihm nicht bekannt, daß der chinesischen Regierung irgend ein ernstgemeinter Vorschlag zum Bau dieser Bahn von englischer Seite gemacht worden sei. In der dem belgischen Syndikate im vorigen Jahre ertheilten Konzession sei die Verwendung von fremdem und chinesischem Kapital und fremden wie einheimischen Arbeitskräften vorgesehen; die Oberleitung verbleibe dem Generaldirektor der chinesischen Eisenbahnen. Es werde lange dauern, setzte Curzon hinzu, bis die Bahnlinie Peking-Hankau, wenn sie je gebaut werde, das Thal des Yangtsekiang erreiche; deshalb sei es verfrüht, darüber zu reden, ob durch den Bau dieser Bahn Rußland in den Stand gesetzt werde, Truppen nach dem Yangtse-Thal zu schaffen. Indessen würde die Sendung von Truppen dorthin ohne die Zustimmung China's ein kriegerischer Akt sein, und in diesem Falle werde die englische Regierung die erforderlichen Schritte zum Schutze der britischen Interessen thun.

Die innere Lage China's wird dabei immer trostloser, das Land leidet unter Elend, Hungersnoth, Steuerdruck und Beamtenkorruption. Aus zwei Provinzen meldete gestern der Telegraph den Ausbruch von Unruhen.

Afrika.

Tanger, 10. Juni. Es geht das Gerücht, der Dampfer „Sid el Turki", welcher dem Sultan von Marokko gehört, sei von Riffpiraten in der Bucht von Bocohas aufgebracht worden. —

Amerika.

Ottawa, 9. Juni. Das Unterhaus nahm einstimmig die Regierungsvorlage an, wonach für die Einfuhr von Rohzucker aus allen Theilen des britischen Reiches Vorzugs-Zollsätze bewilligt werden.

Dementsprechend wird das Deutsche Reich nun auf grund seines provisorischen Handelsvertrages mit England Kanada von der Meistbegünstigung ausschließen. —

Der Krieg.

Die Hoffnung der Spanier beruht jetzt blos auf die Intervention der europäischen Großmächte, sie erwarten, daß die Festsetzung der Vereinigten Staaten auf den für die Machtstellung im Stillen Ozean so wichtigen Philippinen von den in Ostasien um die Vorherrschaft ringenden Mächten nicht geduldet werden wird. Die Art, wie die Spanier fremde Staatsangehörige behandeln, dürfte die Sympathie für die Spanier sicherlich nirgends erhöhen. Das „Evening Journal" meldet aus St. Thomas, daß der Gouverneur von Portorico, General Macias, den englischen Konsulatssekretär Bett in San Juan ausgewiesen habe unter der Beschuldigung, daß er den Vereinigten Staaten Nachrichten geliefert habe. Vorher sei Bett sehr übel behandelt und 56 Stunden eingekerkert worden. Auf den Protest des englischen Generalkonsuls habe Gouverneur Macias die britische Kolonie in San Juan offen beschuldigt, die Pläne über die im Hafen gelegten unterseeischen Minen verrathen zu haben; er habe dann auch dreißig britische Unterthanen vorgeladen, sie einem eingehenden Verhör unterworfen und eine Anzahl derselben 24 Stunden eingesperrt. In der Depesche wird hinzugefügt, in Wirklichkeit seien die Pläne durch mehrere Macias untergebene Offiziere verrathen worden, die mit den Amerikanern sympathisiren.

Ueber die Lage auf Kuba liegen folgende Nachrichten vor: „Daily Mail" berichtet über Kap Haiti, daß mehrere Gefechte zwischen spanischen Vorposten und amerikanischen Landungstruppen stattgefunden haben.

Die „Morning Post" meldet, in Washington erhalte sich das über Port au Prince verbreitete Gerücht, die amerikanischen Truppen seien in Agadores und Darguiri gelandet und hätten den Spaniern eine Schlacht geliefert, in der diese geschlagen wären. Die Amerikaner hätten sodann die Höhen um Santiago besetzt. — Die „Times" berichten aus New-York, ein amerikanisches Kanonenboot habe in der Nähe von Santiago auf einen Eisenbahnzug, auf dem sich ein Truppentransport befand, mit Granaten geschossen. Viele Soldaten seien getödtet worden.

Von dem amerikanischen Geschwader vor Santiago eingegangene Meldungen besagen, die Enden der abgeschnittenen Kabel seien aufgenommen. Admiral Sampson werde somit bald eine direkte telegraphische Verbindung mit Washington herstellen können, während alle Telegraphenverbindungen der Spanier in Kuba mit dem Mutterlande abgeschnitten sein sollen. Von spanischer Seite wird dies vorerst noch bestritten. Es verlautet, daß am Dienstag bei dem Angriff auf Caimanera, wo die Amerikaner ihre Operationsbasis zu errichten gedenken, auch die Aufständischen mitgewirkt hätten. Santiago soll vor der Hungersnoth stehen, da alle Nahrungsmittel für das spanische Heer und die Marine mit Beschlag belegt sind. Jede Möglichkeit des Postverkehrs Europas mit Kuba hat aufgehört, auch ein Zeichen für die verzweifelte Situation auf Kuba.

Ueber die Situation auf den Philippinen wird heute weniger berichtet als gestern. Die Unglücksbotschaften für die Spanier werden aber von keiner Seite in ernsthaften Zweifel gezogen. Die Vertuschungsversuche der spanischen Regierung verdienen keinen Glauben. Das San Franziskoer Blatt „Post" meldet, der Kreuzer „Charleston" erwarte in Honolulu die nach Manila bestimmten Truppentransporte. Alle Schiffe würden zunächst nach den Ladronen fahren, welche besetzt werden sollen. Die Insel Guahan solle als Kohlenstation dienen. Der „Charleston" würde sodann mit den Transportschiffen nach Manila weitergehen, nachdem die Ladronen der Herrschaft der Vereinigten Staaten unterstellt seien.

„Morning Post" meldet aus Hongkong, die englische Behörde habe mehrere Schiffe, welche Waffen und Munition für Manila an Bord hatten, beschlagnahmt.

Die Lösung der Kriegskostenfrage in den Vereinigten Staaten hat mit einem Erfolge der Bimetallisten geendet. Aus Washington wird hierüber telegraphirt:

Der Beschluß des gemeinsamen Ausschusses beider Häuser des Kongresses betreffend die Kriegskostenvorlage geht dahin, daß sowohl die im Besitze des Schatzamts befindlichen Silberbarren, als das durch den Prägungsgewinn aus der Windom-Bill erhaltene Silber zu Dollars im Betrage von 1½ Millionen monatlich ausgeprägt werden sollen. Es wird veranschlagt, daß auf diese Weise das gegenwärtig im Schatzamte vorhandene Silber in fünf Jahren ausgeprägt sein wird. Ferner wurde beschlossen, Regierungsbonds bis zum Betrage von 400 Millionen Dollars auszugeben. Das Repräsentantenhaus nahm mit 154 gegen 107 Stimmen den Bericht des gemeinsamen Ausschusses über die Kriegskostenbill an.

Aus Madrid wird gemeldet: Sämmtliche Karlistenführer hielten hier gestern eine geheime Konferenz ab, welcher auch ein Abgesandter Don Carlos' beiwohnte. Es sollen sehr wichtige Beschlüsse gefaßt worden sein. — Da die Hierherkunft Don Carlos' befürchtet wird, so erhielten die Grenzbehörden seitens der Regierung strikte Befehle, alle Reisenden scharf zu beobachten.

Weiteren Nachrichten aus Washington zufolge ist eine starke Flotte von 16 Schiffen in den Gewässern von Florida versammelt, um die Truppentransporte ungesäumt nach Kuba zu geleiten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 10. Juni. (W. H.) Das in der Mosel-, in der Eifel-, sowie namentlich in der Sieg-Gegend herniedergegangene schwere Unwetter hat überall großen Schaden angerichtet. Der Verkehr rheinaufwärts ist gegenwärtig nur noch eingleisig, da bei Boppard eine große Strecke der Eisenbahn mit Geröll überzogen ist. Auch bei Bleichenberg an der Sieg stürzte ein Bergabhang herab und überschüttete das Bahngeleise. Ein Haus stürzte ein. In Eitorf an der Sieg wurde der untere Stadttheil durch die von allen Seiten hereinbrechenden Wassermassen vollständig zerstört und drei Brücken weggerissen.

London, 10. Juni. (W. T. B.) Unterhaus. Balfour erklärt, die Regierung würde gern eine günstige Gelegenheit zur Förderung der Einstellung der Feindseligkeiten sowie zu Friedensunterhandlungen zwischen Spanien und Amerika ergreifen; derartige Schritte seien aber nur möglich, wenn eine billige Aussicht vorhanden sei, daß dieselben von beiden Parteien gut aufgenommen und voraussichtlich zu einem Einvernehmen führen würden. Leider sei kein genügender Grund zur Annahme vorhanden, daß diese Bedingung bestehe.

Bei der Erörterung des Etats des Auswärtigen Amtes beantragt Dilke einen Abstrich von 100 Pfund Sterling, damit das Haus über die auswärtige Politik seine Entscheidung abgeben könne. Redner erklärt, die auswärtige Politik der Regierung sei überall von Mißerfolg begleitet gewesen. Die Politik der Zugeständnisse habe die Nichtachtung der Rechte Großbritanniens zur Folge gehabt. Die Allianz mit den Vereinigten Staaten könne kein Bündniß für den Kriegsfall sei. Falls die Politik der Isolirung, wie Chamberlain es angedeutet habe, aufgegeben werden solle, so sei es unwahrscheinlich, daß Deutschland je England ein permanentes Bündniß für Kriegszwecke anbieten werde, das für England von Werth wäre. Wie wäre es möglich, daß Deutschland einwilligen würde, die Verantwortlichkeit für die Vertheidigung Indiens zu übernehmen. Es sei unmöglich zu glauben, daß die englische Regierung vor Deutschland eine permanente Allianz gegen Rußland erlangen werde.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Nr. 134. 15. Jahrgang. **1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Sonnabend, 11. Juni 1898.

Eine sozialistische Massenkundgebung in Paris für die Einigung der Partei.

Paris, 8. Juni 1898.

Das Pariser Proletariat hat soeben eine neue glorreiche Seite in seine Geschichtsannalen geschrieben. Die gestrige Massenversammlung im größten Pariser Lokal des Tivoli Vauxhall war, was die Zahl der Theilnehmer betrifft, eine der imposantesten, wo nicht die imposanteste, die je in Paris abgehalten wurden. Sie ist die bedeutsamste in bezug auf den Zweck, den Charakter und die bleibenden Folgen.

Die Versammlung war einberufen, wie seinerzeit gemeldet, von der „Petite République" mit dem Zwecke einer Massenkundgebung für die organisatorische Einigung aller sozialistischen Richtungen. Der Erfolg hat alle Erwartungen übertroffen.

Wohl nicht weniger als 10- bis 12 000 Proletarier folgten dem Einigungsrufe der „Petite République". Der an die 7000 Personen fassende Saal war bereits eine halbe Stunde vor der angesetzten Zeit bis zum Erdrücken voll. Mehrere tausend Personen fanden keinen Eingang mehr. Und welche Begeisterung, welche Einstimmigkeit und welche imposante Ruhe zugleich im Menschenmeere drinnen und draußen!

Die Reden der Vertreter der verschiedenen Richtungen athmeten denselben Geist der brüderlichen Einigung der sozialistischen Kräfte gegen die verbündeten Mächte der offenen Reaktion der Ordnungsparteien und der verkappten Reaktion der antisemitisch-chauvinistischen Demagogie. Zwei Grundtöne durchzitterten sämmtliche Reden: Nothwendigkeit der Vereinheitlichung der sozialistischen Kräfte unter Ausschluß und Bekämpfung der Rochefort'schen Demagogie, die sich unter der sozialistischen Maske versteckt; kräftige Betonung der Abwehr der in der Luft schwirrenden Staatsstreichs-Pläne — friedlich, wenn es geht, mit Gewalt, wenn es nothwendig ist. Die sozialistischen Abgeordneten gelobten unter dem enthusiastischen Beifall der Zuhörer, ihre Pflicht bis ans Ende, bis in den Tod zu thun, wenn es gelten wird, die bedrohte Republik, das nothwendige Werkzeug der vollständigen sozialen Befreiung, mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen . . .

Der Gipfelpunkt der Versammlung war die Rede von Jean Jaurès, der den Vorsitz führte. Es war eine prinzipienklare, rückhaltlose Darlegung des international-proletarischen Sozialismus in allen seinen Konsequenzen, ohne Verschweigungen, ohne Abschwächungen, ohne Rücksichtsträgerei — eine Sprache, wie sie dem revolutionären Temperament des großen Volkstribuns und dem Wahrheitsdurst des klassenbewußten Pariser Proletariats angemessen war. Vom Standpunkte des unverfälschten international-proletarischen Sozialismus kritisirte ferner Jaurès die zwei verwandten und durcheinander gewürfelten Spielarten der neuesten Demagogie: den Antisemitismus und den „Nationalismus" der Drumont und Rochefort. „Der Nationalismus," schloß Jaurès seine bezüglichen Ausführungen, „ist weiter nichts, als ein Ablenkungsmittel zu gunsten des Kapitals, wie der Antisemitismus ein Ablenkungsmittel zu gunsten der Kirche," welch' letztere „es versucht, den ökonomischen Forderungen (der Masse) den religiösen Stempel aufzudrücken, um die Empörung des Volkes auszubeuten, nachdem sie das Volk selbst ausgebeutet hat. . ."

Und zum ersten Mal hörte man einen französischen Sozialisten einen Unterschied machen zwischen dem Geldjudenthum und dem arbeitenden, proletarischen und kleinbürgerlichen Judenthum, während noch bis vor kurzem das jüdische Proletariat auch für die Sozialisten Frankreichs hinter den Rothschild's, den Reinach's, den Cornelius Herz' 2c. verschwand.

Jaurès kehrte treffend den Spieß der „Verjudung" um, den Drumont immer frecher gegen die französischen Sozialisten richtet: „Wir sind es vielmehr, die unseren Gegnern vorwerfen dürfen, mit den Juden, mit den großen Juden gemeinsame Sache zu machen. Denn schließlich giebt es innerhalb der Judenheit wie innerhalb der Christenheit große und kleine. Auch dort hat die ökonomische Entwicklung Klassengegensätze herbeigeführt. Wir sehen nun, daß in der neuesten Agitation des Prozesses Zola das jüdische Proletariat und das jüdische Kleinbürgerthum in einem Lager und das Hochjudenthum im anderen war. Herr v. Rothschild bedarf der Generäle, um sein Kapital zusammen mit dem christlichen Kapital zu vertheidigen: Herr v. Rothschild war gegen die Ruhestörer, er stand auf seiten der Kriegsgerichte mit den de Pellieux, Boisdeffre, Esterhazy, Drumont und Rochefort. . . ."

Ebenso muthig waren die internationalistischen Erklärungen des sozialistischen Wortführers. Es ist wohl das erste Mal in Paris seit 1871, daß ein Redner in öffentlicher Massenversammlung laut und hoch auch die brüderlichen Bande, die das französische und das deutsche Proletariat verbinden, proklamirt — und das unter dem widerspruchslosen Beifall der Menge, und das trotz der intensivsten chauvinistischen Hetz der letzten Monate: „Ungeachtet der Heuchelei der patriotischen Deklamationen, welchen von nun an die Maske abgerissen ist, bekräftigen wir recht laut mitten in Frankreich, mitten in Paris unser internationales Glaubensbekenntniß. Jawohl, Ihr alle, die Ihr mich anhört, ich wünschte von Euch für einen Augenblick die Ermächtigung, in Eurem Namen über die Landesgrenzen hinweg den Gruß des volksthümlichen und sozialistischen Paris den Lohnarbeitern aller Länder zu entbieten."

Und er begrüßte nach einander die italienischen, die belgischen und die deutschen Sozialisten, letztere in folgenden warmen Worten unter Anspielung auf die Reichstagswahlen: „Wir entbieten unsere glühendsten Glückwünsche (los voeux los plus ardents) den Sozialisten Deutschlands, die in dieser Stunde gegen den Feudalismus und die kapitalistische Bourgeoisie kämpfen."

Jaurès ging noch weiter: „Unser Internationalismus beschränkt sich nicht auf einen Sympathienaustausch über die Grenzen hinweg. Wir wollen auf eine gemeinsame Aktion, auf eine gemeinsame Organisation der Proletarier aller Länder hinarbeiten." Damit kam er zugleich auf den Hauptzweck der Versammlung, die Anbahnung der sozialistischen Einigung in Frankreich, zu sprechen — die nothwendige Vorbedingung der internationalen Einigung des Sozialismus.

Jaurès, wie alle anderen Redner, stellt sich die nächste Etappe der Einigung des französischen Sozialismus vor in der Form etwa einer Föderation der verschiedenen Organisationen mit gemeinsamen Kongressen unter Belassung der vollen Selbständigkeit der einzelnen Organisationen. Das würde ungefähr an die neue Organisation der österreichischen Sozialdemokratie erinnern.

Die gestrige Versammlung hat gezeigt, daß der Einigungsgedanke in den Reihen des Pariser Proletariats bereits tiefe Wurzeln geschlagen hat. Die letzten Wahlen, in denen die Sozialisten aller Richtungen sich einer hier beispiellosen Koalition sämmtlicher antisozialistischer Elemente zu erwehren hatten, haben den seit Jahren im stillen wirkenden Einigungstendenzen mit elementarer Gewalt zum Durchbruch verholfen.

Die mit begeisterter Akklamation votirte Resolution lautet: „Die in der Stärke von über 10 000 Mann versammelten Sozialisten, von der Ueberzeugung ausgehend, daß die sozialistische Partei, ohne im mindesten die Festigkeit der bestehenden Cadres zu kompromittiren, eine höhere organische Einheitlichkeit anstreben muß, laden die verschiedenen Organisationen ein, das Mittel eines effektiven und ständigen Uebereinkommens zu bestimmen."

Die Tivoli-Versammlung dürfte demnach einen Wendepunkt in der Geschichte des französischen Sozialismus bedeuten. Ich sage nur: „dürfte", denn gerade die stärkste Organisation, Guesde's Arbeiterpartei, ist der Kundgebung fern geblieben.

Andererseits hat Jules Guesde dem Schreiber dieses heute auf Befragen erklärt, im Prinzip für die Einigung zu sein. Nur hätte die Zentralleitung der Arbeiterpartei nicht aus eigenmächtiger Initiative die Partei im voraus engagiren wollen. Die Frage solle auf dem nächsten Parteitage (im September des laufenden Jahres zu Montluçon) berathen und entschieden werden.

Jedenfalls erscheint die Einigung der Pariser Sozialisten, die derselben ja am dringendsten bedürfen, von nun an durchaus unzweifelhaft, wie auch die Entscheidung des Parteitages von Montluçon ausfallen mag. Denn in Paris ist Guesde's Richtung am schwächsten vertreten.

* * *

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die Versammlung zugleich eine mächtige Kundgebung gegen Rochefort war. Die Rufe: „Nieder mit Rochefort!" wollten bei jeder Anspielung der Redner auf die Person des Demagogen gar nicht aufhören. Und die draußen gebliebene Menge durchlief die benachbarten Straßen und einen Theil der Boulevards bis zum Redaktionsgebäude des „Intransigeant" (an der Montmartre-Straße) unter Absingung im Massenchor des Stichwortes: „Bespucket Rochefort! Bespucket Rochefort! Bespucket ihn!" Nach Schluß der Versammlung wurden diese und ähnliche Straßenkundgebungen gegen Rochefort von der gesammten Masse veranstaltet. Die Polizei, verstärkt durch einige Kompagnien Infanterie, nahm Rochefort's Namen, wie neulich auf dem Père-Lachaise-Kirchhofe, mit einer Brutalität in Schutz, die sie dem Helfershelfer der klerikal-militaristischen Reaktion wohl schuldig war.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Vom Schöffengericht in Halle a. S. war der verantwortliche Redakteur des „Volksblattes", Genosse Weißmann, wegen „groben Unfugs" zu 14 Tagen Haft verurtheilt worden, weil er eine Notiz veröffentlicht hatte, des Inhalts, daß in Bitterfeld die Arbeiterschaft den Boykott über das Lokal „Stadt Berlin" verhängt habe. Die Notiz enthielt lediglich die Mittheilung dieser Thatsache. Wir nahmen an, daß das Landgericht das Urtheil kassiren werde, weil die Mittheilung von Thatsachen das Lebenselement der Presse ist; das Landgericht ist aber der Ansicht des Schöffengerichts beigetreten und hat die Berufung Weißmann's verworfen. Es erblickte in der Notiz eine „versteckte" Aufforderung zum Boykott. Man wird nun abwarten müssen, wie das Oberlandesgericht in Naumburg entscheidet.

— Der Lieutenant Oppeln v. Prawlowsky in Dessau, früher Bataillons-Adjutant in Bernburg, hat gegen das „Volksblatt für Anhalt", gegen die Magdeburger „Volksstimme" und auch gegen den „Vorwärts" Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Es handelt sich um die Schilderung eines Rencontres, das der genannte Offizier in Bernburg mit einer Frau und deren Mann gehabt hat. Die Schilderung soll den Thatsachen nicht entsprechen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Kenntniß der Maurer Berlins und der Provinz Brandenburg. Der Streik der Maurer von Landsberg ist siegreich beendet. Erreicht ist ein Minimallohn von 35 Pf. pro Stunde (vorher 28 Pf.), für Ueberstunden 5 Pf. Zuschlag, desgleichen Lohnerhöhung bei Nacht-, Wasser- und Sonntagsarbeit; Verbesserung der Baubuden, Aborte und Rüstungsbau, sowie Einsetzung einer Kommission von 3 Meistern und 3 Gesellen, welche Differenzen jeder Art, die aus dem Arbeitsverhältniß entstehen, zu prüfen und wenn möglich zu schlichten hat. Außerdem ist Anerkennung der Gesellenorganisation errungen. — In Neusalz i. Schl. haben die Kollegen ihre Forderung, 30 Pf. Stundenlohn und Anerkennung der Organisation, in dreiwöchentlichem Kampfe durchgesetzt. Durch diesen recht muthigen Kampf wurden die Arbeitgeber in Grünberg veranlaßt, die Forderung ihrer Maurer, zehnstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde, zu bewilligen. Diesen Respekt vor der Gesellenorganisation flößte ihnen die Haltung der Maurer in Neusalz ein, darüber hatten sie sich täglich per Telephon informirt. — In Brandenburg befinden sich noch von den am 9. Mai ausgesperrten 625 Kollegen 113 am Orte. — In Briezen a. O. befinden sich die Maurer seit 1. Juni im Streik, sie fordern eine Lohnerhöhung von 27½ auf 30 Pf. pro Stunde, Sonnabends ½ Stunde und an den Tagen vor den hohen Festen 1½ Stunde früher Feierabend; Beschaffung von ordnungsmäßigen Baubuden und Aborten. Diese bescheidenen Forderungen sind von den Meistern abgelehnt. Die Haltung der Streikenden, 64 an der Zahl, die sämmtlich dem Verbande deutscher Maurer angehören, ist ein guter. — In Ketzin fand es Maurermeister Meißner für gut, den Kassirer der Organisation, der für die Interessen der gesammten Kollegen eingetreten war, am 4. Juni zu maßregeln. Hierauf legten am Montag, den 6. Juni, sämmtliche bei diesem Herrn beschäftigten Maurer die Arbeit nieder; nachdem durch den Vertreter des Verbandes dem Herrn gesagt wurde, daß eine solche Handlung die Organisation sich nicht gefallen lasse, stellte er nach vielem Sträuben den Kollegen wieder ein. — Gesperrt sind die Bauten des Herrn Hanitzsch-Potsdam, Hilsebeck-Spandau, Lauran, sowie der Ziegeleibau von Dr. Möller in Heegermühle und die Bauten des Herrn Lehmann in Steinfurth bei Heegermühle. — Im Interesse sämmtlicher Maurer der Provinz und besonders der Berliner Maurer muß es liegen, den Zuzug von obigen Orten fernzuhalten. Im Auftrage der Agitationskommission: H. Silberschmidt, Frankenstr. 83.

Die Holzarbeiter Berlins werden ersucht, folgende Resolution zu beachten: „Die in der heute am 9. Juni 1898 tagenden öffentlichen **Holzarbeiter**-Versammlung Anwesenden verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu agitiren, daß kein Holzarbeiter, gleichviel welcher Branche, den Arbeitsnachweis der Freien Vereinigung Berliner Pianoforte-Fabrikanten und verwandter Berufsgenossen in Anspruch nimmt, bevor die zur Beschlußfassung demnächst einzuberufende öffentliche Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat." Der Vertrauensmann.

Musikinstrumenten-Arbeiter! Wir unterbreiten Euch folgende Resolution zur Beachtung: „Die heute, am 8. Juni 1898, tagende Versammlung der Werkstatt-Delegirten der Musikinstrumenten-Arbeiter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (Zahlstelle Berlin) fordert sämmtliche Kollegen auf, den am 1. Juni von der Freien Vereinigung Berliner Pianoforte-Fabrikanten und verwandten Berufsgenossen für ihre Mitglieder errichteten obligatorischen Arbeitsnachweis bis zum Beschluß einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter und -Arbeiterinnen Berlins unter allen Umständen zu meiden." Die Branchen-Kommission der Musikinstrumenten-Arbeiter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Die Veltener Ofenfabrikanten haben die Forderung der Arbeiter, 10stündige Arbeitszeit und 10 pCt. Lohnerhöhung, abgelehnt. Der Ausstand scheint unausbleiblich.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Bauhandwerker und -Arbeiter in Brandenburg ist zu berichten, daß die Meister ihr Erscheinen vor dem Gewerbegericht an die Bedingung geknüpft haben, daß zu dieser Unterhandlung von seiten der Arbeiter nur solche delegirt werden, die bis zum Eintritt des Streiks resp. der Aussperrung bei ihnen beschäftigt wurden. In den Lohnkommissionen sitzen nämlich einige Arbeiter, welche schon früher entlassen oder überhaupt in der letzten Zeit von Innungsmeistern nicht mehr beschäftigt wurden. Mit diesen wollen die Arbeitgeber nichts mehr zu thun haben, da „es ja nicht ihre Gesellen sind". Das ist der gewöhnliche kurzsichtige Standpunkt der Unternehmer, diejenigen nicht anerkennen zu wollen, denen die Arbeiter ihr Vertrauen schenken. Wenn das vielfach Leute sind, die vom Unternehmerthum nicht mehr abhängig sind, so trägt dieses selbst die Schuld, da jeder Arbeiter, der für die Interessen seiner Mitarbeiter eintritt, in der Regel gemaßregelt wird.

Wegen Aussperrung organisirter Bergleute stellten sämmtliche auf der Grube „Gnadenreich" bei Petersdorf (Provinz Brandenburg) Beschäftigten die Arbeit ein. Zuzug ist fernzuhalten.

Zu den Gewerbegerichts-Wahlen in Torgelow, wo, wie bereits mitgetheilt, die Kandidaten der Gewerkschaften gewählt wurden, wird uns noch geschrieben: „Das Resultat ist um so bemerkenswerther, als von seiten der Behörden unterlassen war, die Zeit des Ausliegens der Eintragelisten für die Wähler und ebenso den Tag der Wahl „ortsüblich bekannt zu machen." Die Folge davon war, daß die Wähler erst kurz vor Schluß des Ausliegens der Listen davon erfuhren. Erst am 3. Juni konnte der Beschluß gefaßt werden, sich an den Wahlen zu betheiligen und event. die Wahlen zu beanstanden. Da die Kandidaten der Gewerkschaften nun doch als Sieger aus der Urne hervorgegangen, erübrigt sich das letztere."

In Nordhausen befinden sich noch 30 Maurer im Ausstand, 46 Mann befinden sich bei Unternehmern, welche die Forderungen bewilligt haben, 38 Mann arbeiten noch zu den alten Bedingungen und 107 sind abgereist.

Zum Glaserausstand in Gera ist zu berichten, daß die Innung sich veranlaßt gesehen hat, die wöchentliche Arbeitszeit von 60 Stunden ohne Lohnabzug zuzugestehen und 5 pCt. Lohnerhöhung zu bewilligen. Die Ausständigen verlangen aber auch, daß sie sämmtlich wieder eingestellt werden.

Die Tischler von Burgdorf haben am vorigen Montag die Arbeit eingestellt. Sie fordern 10stündige Arbeitszeit und Abschaffung von Kost und Logis beim Meister.

Die drückende Noth unter den Glasarbeitern am Isergebirge hat bereits zu einem Streik der Krystallglas-Schleifer in Morchenstern geführt. Diese stellen folgende Forderungen auf: 1. Einführung der Minimallöhne vom Jahre 1890 für alle Lusterartikel; 2. 30prozentigen Lohnzuschlag auf die Schleiferlöhne für Artikel auf Rosa- und Rosalinglas; 3. Lohnzuschlag von 10 pCt. auf alle anderen Artikel aus farbigem Glas; 4. Abschaffung des Dreherlohns; 5. Abschaffung der Erzeugung von geschmirgelten Waaren. In der Streikversammlung am 7. d. Mts. in Morchenstern machten die anwesenden Exporteure gegenüber den Arbeitern geltend, daß nur eine friedliche Lösung der Frage das Elend der Arbeiter bessern könne. Der spanisch-amerikanische Krieg lege ein großes Absatzgebiet für die Glasindustrie vollständig lahm. Ein längerer Streik könne nur für beide Theile ein unabsehbares, furchtbares Unglück zur Folge haben, vor allen Dingen würde ein gänzlicher Mangel an Arbeit für lange Zeit eintreten. Doch fanden Exporteure wie Lieferanten die Forderung einer Lohnerhöhung ganz selbstverständlich, dieselbe könne aber erst nach und nach durchgeführt werden. Die Lieferanten machten geltend, daß ihre Lage ebenso trostlos sei, wie die der Arbeiter. Sie seien das Mahlkorn, welches zwischen zwei Mühlsteinen — den Exporteuren und Arbeitern — zerrieben werde. Die Streikenden beschlossen, unter allen Umständen an ihren Forderungen festzuhalten und die Arbeit einzustellen. Man erwartet Staatshilfe und will eventuell eine Massenpetition an den Kaiser richten.

Der in Mülheim a. Rh. ausgebrochene Maurerstreik ist vorläufig beendet. Die Ausständigen nahmen die Arbeit unter den bisherigen Bedingungen wieder auf, soweit die Stellen nicht durch auswärtige Arbeiter besetzt worden waren.

Ausland.

Die kürzlich gemeldete Aussperrung der Hufeisen-Nagelschmiede-Arbeiter in Christiania ist dadurch hervorgerufen, daß die Arbeiter sich genöthigt sahen, ihre Plätze zu kündigen, wenn sie dem entgehen wollten, unter einem neuen Arbeitsreglement zu arbeiten, gegen das die Arbeiter protestirt hatten. Dasselbe wollte unter anderem eine längere Arbeitszeit einführen. — Während der Kündigungszeit — 14 Tage — wurde aber bereits von den Arbeitern verlangt, nach dem neuen Reglement zu arbeiten, so daß sie bereits am ersten Tage der Kündigungszeit die Arbeit niederlegen mußten. In ihre Atteste wurde eingetragen, der Betreffende habe ungesetzlicher Weise die Arbeit verlassen. Infolgedessen haben die Arbeiter Rechtsverfolgung gegen die Fabrik eingeleitet. Speziell werden die Bergendorfer Hufeisen-Nagelschmiede-Arbeiter auf diese Sache aufmerksam gemacht, da diese Fabrik derselben Gesellschaft gehört. Im Namen des Nagelschmiede-Arbeiter-Verbandes. Andersen, Vorsitzender. Saxesen, Sekretär.

Zum Bergarbeiterstreik in Wales wird aus London vom 9. Juni berichtet: Die Streikenden wollen den Kampf bis aufs Messer fortsetzen. Ihre Delegirten haben das sogenannte provisorische Komitee mit 79 gegen 7 Stimmen angewiesen, keinerlei Frieden mit den Bergwerksbesitzern zu schließen, der sich auf die Wiedereinführung der verschiebbaren Lohnskala gründet. In Newport kam es gestern zu Ruhestörungen. Die Ausständigen haben lange keine Miethe mehr bezahlt. Als die Hauseigenthümer sie gerichtlich aus ihren Wohnungen zu vertreiben versuchten, drohten sie, die Häuser abzureißen. Die Gerichte haben dies nur dadurch verhindert, daß sie keinen Ausweisungsbefehl gewähren wollen, bis der Ausstand vorüber ist.

Eine italienische Arbeiter-Zeitung wird in nächster Zeit im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erscheinen. Das Blatt ist vornehmlich für die Maurer und Bauarbeiter bestimmt und wird vorläufig 14tägig erscheinen.

Soziales.

Der Arbeitsmarkt im Mai stand, wie die Redaktion der Berliner Monatsschrift „Der Arbeitsmarkt" mittheilt, unter dem widersprechenden Einfluß einer noch immer anhaltend günstigen Konjunktur in der Bergwerks- und Eisenindustrie einerseits und den Einwirkungen des spanisch-amerikanischen Krieges andererseits. Die letzteren zeigen sich in der schlesischen und sächsischen Textilindustrie, in der ganzen Kammgarnbranche, sowie in einer Reihe von Hamburger Export-Industrien, während die Seefahrt und die damit verbundenen Gewerbe die befürchteten Störungen bis jetzt nicht erlitten haben. Mit Ausnahme von Rheinland-Westfalen zeigen die Ergebnisse der deutschen Arbeitsnachweis-Verwaltungen, wie sie in der erwähnten Monatsschrift „Der Arbeitsmarkt" veröffentlicht werden, an den größten Plätzen zumeist bereits die Einwirkungen der ungünstigeren Konjunktur, während dieselben bis in die mittleren und kleineren Arbeitsnachweise weniger eingedrungen sind und vielfach noch andauernden Aufschwung zeigen. So kommt es, daß im Durchschnitt sich um 100 offene Stellen im Mai d. J. ungefähr ebenso viel Arbeitsuchende (118,2) bewarben, wie im Mai v. J. (118,0). Von 56 Arbeitsnachweisen liegen vergleichbare Daten vor. Von diesen weisen im Vergleich zum Mai vorigen Jahres 29 (darunter 1 ausländischer) eine Zunahme und 27 (darunter 3 ausländische) eine Abnahme des Andranges auf.

Zugenommen hat die Zahl der Arbeitslosen in Posen, Breslau, Frankfurt a. O., Berlin, Halle a. S., Erfurt, Hannover, Münster, Essen, Köln, Trier, Kreuznach, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Mainz, Darmstadt, Worms, Kaiserslautern, Straßburg i. E., Freiburg

burg, Schopfheim, Karlsruhe, Pforzheim, Stuttgart, Heilbronn, Ulm, Fürth, München und Winterthur in der Schweiz.

Eine Abnahme war zu verzeichnen in Rixdorf, Kiel, Quedlinburg, Gera, Osnabrück, Dortmund, Elberfeld, Düsseldorf, München-Gladbach, Aachen, Gießen, Heidelberg, Lahr, Offenburg i. B., Mannheim, Konstanz, Kamstatt, Ludwigsburg, Eßlingen, Reutlingen, Göppingen, Schwäb. Hall, Nürnberg, Augsburg, ferner in Wien, Brünn und Bern.

Arbeiter-Risiko. Ein schweres Unglück hat die Familie unseres im Gefängniß weilenden Parteigenossen Georg Horn, des Reichstags-Abgeordneten für Dresden-Land, betroffen. Sein bei der Aktiengesellschaft vorm. Kühn u. Co. in Löbtau beschäftigter Sohn hatte in der Geyer'schen Dampfziegelei in Omsewitz die Aufstellung eines aus Granitsteinen bestehenden sogenannten Kollerganges zu besorgen, von dessen Theilen einige bis 50 Zentner schwer sind. Bei dieser Arbeit erlitt der Sohn unseres Genossen derartige Quetschwunden, daß ihm im Krankenhause drei Finger der rechten und vier Finger der linken Hand abgenommen werden mußten. Außerdem erlitt er Verletzungen am Fuße. Der Verunglückte ist für die Zukunft völlig erwerbsunfähig.

Der Grundbesitz des fürstlichen (schwäbischen) Hauses Hohenzollern beträgt nach dem Handbuch der Hofkammer-Verwaltung insgesammt 87 700 Hektar = 16 Quadratmeilen. Davon liegen in Hohenzollern 15 200 Hektar (über 1/7 der Bodenfläche des Ländchens), in Brandenburg und Schlesien 22 900, in Pommern und Posen 31 200, in Böhmen und den angrenzenden Theilen Niederbayerns 16 200, in Holland 1600, in Baden und Württemberg 600 Hektar. Die Waldungen, die mit 67 200 Hektar über drei Viertel des gesammten Besitzes ausmachen, ergeben eine jährliche Hauptnutzung von 175 000 Festmeter Holz. Die fürstliche Verwaltung, zu der unter der Hofkammer in Sigmaringen 8 Rentämter und 26 Oberförstereien gehören, zählt 284 Beamte. Der Fürst ist Patron von 85 katholischen, 11 evangelischen und 3 holländisch-reformirten Pfarreien und von 56 Lehrerstellen. An Größe des Grundbesitzes dürfte das Haus Hohenzollern in Süddeutschland nur von den Fürsten von Fürstenberg und vielleicht denen von Thurn und Taxis übertroffen werden.

Das Weichbild der deutschen Reichshauptstadt umfaßt rund eine Quadratmeile. Der Grundbesitz jenes einen fürstlichen Hauses ist also 16 Mal so groß wie ganz Berlin.

Kommunales.

Der Ausschuß der Stadverordneten-Versammlung zur Vorberathung der Magistratsvorlage wegen Abschlusses eines Vertrages der Stadtgemeinde mit den Berliner Elektrizitätswerken setzte heute unter Vorsitz des Stadtverordneten-Stellvertreters Michelet und in Anwesenheit des Bürgermeisters Kirschner, des Stadtraths Zabels und des Stadtelektrikers Dr. Kallmann seine Berathungen fort und hat den Rest des Vertrages in erster Lesung unverändert nach dem Entwurf festgestellt. Ebenso wurde der mitvorgelegte Vertrag zwischen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und den Berliner Elektrizitätswerken durchberathen und mit der Aenderung angenommen, daß dieser Vertrag zugleich mit dem zwischen der Stadtgemeinde und den Berliner Elektrizitätswerken geschlossenen Vertrage seine Endschaft erreichen soll.

Lokales.

An die Parteigenossen des vierten Reichstags-Wahlkreises! Genossen! Am Donnerstag nächster Woche bedarf es der Anspannung aller Kräfte, wenn sich der Sieg so glänzend, wie wir wünschen, gestalten soll. Jeder Parteigenosse, dessen Verhältnisse es irgendwie gestatten, hat sich am Tage der Wahl in den Dienst der Partei zu stellen. Wer bereit ist, am 16. Juni dem Wahlkomitee seine Kraft zur Verfügung zu stellen, meide sich an einer der folgenden Stellen:

Für die Wahlbezirke 162—169, 172—177, 183—197 im Wahlbureau bei Streit, Naunynstr. 86.

Für die Wahlbezirke 178—182, 216—227 im Wahlbureau bei Golz, Gerlnauerstr. 3 part.

Für die Wahlbezirke 198—215 im Wahlbureau bei Erbe, Cuvrystraße 25.

Achtung, fünfter Wahlkreis! Die Parteigenossen werden ersucht, morgen, Sonntag, früh 7 Uhr an folgenden Stellen zur Flugblattverbreitung pünktlich zu erscheinen: Greifswalderstraße 3 bei Eichhorn; Mendelssohnstr. 16 bei Kuhnow; Hirtenstr. 10 bei Knötzsch; Kl. Hamburgerstr. 27 bei Wittchow; Luisenstr. 5 bei Schmidt. Parteigenossen, thut Eure Pflicht und erscheint Mann für Mann! Das Wahlkomitee.

Achtung, sechster Wahlkreis! Parteigenossen, welche gewillt sind, sich an der am Sonntag stattfindenden Flugblatt-Vertheilung zu betheiligen, mögen sich an dem genannten Tage früh 1/2 8 Uhr in folgenden Lokalen einfinden: Joh. Pfarr, Putlitzstr. 10; Fr. Gleinert, Müllerstr. 7a; H. Schulz, Schwartzkopffstr. 11; W. Brinkmann, Prinzen-Allee 21; Hermann, Putlitzerstraße 45; Bachgänger, Swinemünderstr. 96; Rosin, Schönholzer- und Ruppinerstraßen-Ecke; Hoppe, Ackerstraße 145; R. Augustin, Kastanien-Allee 11; Schmidt, Ecke Treskow- und Diedenhofenerstraße; Schönfeld, Fehrbellinerstr. 9.

Die Antisemiten zeigen in ihren Versammlungen, daß sie aus demselben Holz geschnitzt sind, wie die Konservativen. Hier wie dort Handwerksmeister, kleine Beamte und sonstiger „Mittelstand", hier wie dort dieselbe Ignoranz, dieselbe Unverständigkeit der ökonomischen und politischen Entwickelung gegenüber. Nur lauter, prahlerischer. Ihr ganz überhebendes, unverschämtes Wesen kommt zum Ausdruck, wenn sie zum Schluß der Versammlung ihr „Deutschland, Deutschland über alles!" singen, das ein kennzeichnendes Beispiel für anmaßenden Egoismus und patriotischen Dünkel sowie nicht minder ein Ausdruck blinden Nationalitätsdusels ist. Und zwischen diesem germanischen Schlachtgesang erklingen Schimpfwörter, die sie den an ihnen vorbeigehenden Gegnern zurufen, die von einer recht erfreulichen Grobheit, ja oft sogar von ausgesuchter Gemeinheit sind. Unter derartig gesitteten Männern zu arbeiten, diese als Arbeitgeber zu haben, muß ein außerordentlicher Genuß sein.

Während sich unter den Konservativen aber mehr solche Handwerksmeister befinden, denen die wirthschaftliche Entwickelung noch nicht zu sehr ihre Kreise gestört hat, sieht man bei den Antisemiten mehr Handwerksmeister, deren anständiger Rock schon fadenscheinig ist, und der die Gedrücktheit und Unzufriedenheit ihrer Träger durchaus nicht verdecken kann. Man möchte wohl Mitleid mit ihnen haben, wenn man nicht, während sie nach Schluß der Versammlung vorüber defiliren, ihre Anschauungen hören würde. Mit bewundernswürdiger Kühnheit verlangt hier einer, daß ihm sein Ausbeutungsrecht monopolisirt werde, sodaß er, der einzelne, ein Dasein, herrlich und in Freuden, vom Staate garantirt, genießen könne. Was aus den vielen Tausenden seiner arbeitenden, nationalen Brüder wird, ist ihm gleich. Seine engherzige Selbstsucht krönt er mit dem Ausspruch: „Wir wollen nicht noch unten kolettiren!" Es sind jene verknöcherten Kriegervereins-Typen, die sich aus Denkfaulheit in ihrem ganzen Leben um keine Politik gekümmert haben, deren Interesse am öffentlichen Leben sich nur auf Paraden, Einzugsfeste und Jubiläen beschränkte — bis sie jetzt mit einem Male merkten, als ihr wirthschaftliches Fundament naturnothwendig zu schwanken anfing, daß es auch noch andere Dinge giebt, als Schafkopfspiel und patriotische Festereien. Und was sie sich nun ausbrüteten, zeigt, daß der spanische Don Quixote in den deutschen Handwerkern einen modernisirten Ersatz gefunden hat. Schon ihre heiße Verehrung des Alten im Sachsenwalde ist das lächerlichste, was die Politik hervorgebracht hat. Sie, die für Schaffung von möglichst vielen selbständigen Brotstellen schwärmen, rutschen vor dem eifrigsten Förderer des Großunternehmerthums, der selber durch seinen riesigen Besitz die Schaffung und Erneuerung des „Mittelstandes" hindert, auf dem Bauch herum, wie orientalische Sklaven vor dem Großmogul. Und ebenso leicht, wie sie sich auf den „Erbfeind" hetzen lassen, lassen sie sich auf ein anderes Gespenst hetzen. Und wenn sie tausendmal von den christlich-germanischen Kapitalisten übervortheilt und gedrückt worden sind — es ist der Jude, der schuld an ihrem Unglück hat!

Kann es wohl einen besseren, bequemeren Stoff für einen Satirdichter geben? — —

Und die kleinen Kaufleute, die auch in großer Zahl nach einer antisemitischen Versammlung an uns vorbeigehen, haben dieselbe politische Entwickelung hinter sich. Im ganzen Leben haben sie sich um nichts gekümmert. Die blödeste Indifferenz brütet noch in ihrem Gesicht. Nun aber, da sich bei dem lebhafteren Handelsleben ihre kaufmännische Unfähigkeit herausstellt, da es sich zeigt, daß ihnen jeder kaufmännische Witz und Biegsamkeit, überhaupt die händlerische Intelligenz fehlt, müssen sie mit der Forderung nach Schutz ihrer Interessen ihre Schwäche und auch zugleich die Nothwendigkeit sozialer Gesetze eingestehen. Aber über den Kampf für die Erhaltung ihres engen, unfreundlichen Kramlädchens geht ihr Verstand nicht hinaus.

Außer diesen Männern kommen aus den antisemitischen Versammlungen auch ganze Trupps ziemlich junger Leute. Sie möchten gar zu gern für Studenten oder Reservelieutenants gehalten werden. In affektirter Weise ahmen sie deren Manieren nach. Sie tragen die Nase so hoch, als sie nur können. Arroganz und Eitelkeit sind die Hauptbestandtheile ihres Wesens und ihre Ideale. Und wenn sie ihre Nase noch höher tragen könnten — das wäre das Schönste für diese jungen Herren Handelsbeflissenen und Beamten.

Und nun denke man sich, daß die nationalliberalen jüdischen Kaufleute in vielen Kreisen mit diesen Leuten zusammenwählen, denselben Kandidaten ihre Stimme geben müssen! Und die Herren Antisemiten verachten diese Stimme, wie es durch Berliner Wahlkreise zu beweisen ist, garnicht. Diese Erfolge der Sammelpolitik sind doch zu erheiternd, weil sie die Korruption, das Untergehen ganzer Schichten in komischster Weise darstellen.

Das neue Gefängniß in Tegel, welches, da das Gefängniß in Rummelsburg den Anforderungen schon seit Jahren nicht mehr genügt, erbaut werden mußte, wird am 1. Oktober bezogen werden. In den neuen Gefängnißgebäuden finden 1620 Zellengefangene Unterkunft, außerdem sind jedoch noch Barackengebäude errichtet, welche bei Ueberfüllung besetzt werden und die 400 Gefangene fassen. Das eigentliche Gefängniß besteht aus drei Zellengebäuden mit je 520 Zellen, die eine Bodenfläche von 6—10 Quadratmetern besitzen. In jedem Gebäude befinden sich außerdem 4 Säle von je 90 Quadratmetern. 2 Säle dienen als gemeinsame Arbeitsräume, ein Saal als Lagerraum und ein Saal als Baderaum. Die größeren Zellen bilden auch gleichzeitig Arbeitsräume für die gesondert arbeitenden Gefangenen. In dem Zellengebäude B. sind die Strafzellen für widerspenstige Gefangene gelegt. Diese haben nur eine Breite von 1,50 Metern und eine Länge von 3 Metern. Die Bewegungsfreiheit dieser Gefangenen wird jedoch durch ein eisernes Gitter um 1 Meter verkürzt. Dieses Gitter ermöglicht es gleichzeitig, daß der Gefangenen-Aufseher zu jeder Zeit sich in die Zelle hineinbegeben kann, ohne der Gefahr eines Angriffes seitens des tobenden Gefangenen ausgesetzt zu sein. Innerhalb der Gefängnißmauern befinden sich außerdem Gebäude für die Wasch- und Kochküche, die erwähnten beiden Baracken, Pferdestall und ein großer Wagenschuppen. Die 6 Dienstgebäude mit dem Direktionshause befinden sich außerhalb der Gefängnißmauern an der Tegeler Chaussee. Die Strafgefangenen werden sämmtlich vom Polizeipräsidium aus nach dem Gefängniß abgeliefert. Ihre Entlassung aus demselben erfolgt nicht direkt, vielmehr werden sie zu diesem Zwecke wieder nach dem Polizeipräsidium gebracht. Der Transport nach und von dem Gefängniß erfolgt mittels der Pferdebahn. Es sind zu diesem Zwecke eigene Pferdebahnwagen gebaut worden; auch wird die Gefängnißverwaltung eigene Pferde und Kutscher erhalten.

Nach dem Berichte des Kuratoriums des städtischen Vieh- und Schlachthofes sind im Monat Mai 1898 auf dem städtischen Schlachthofe 55 689 Schweine gegen 58 773 im Mai 1897 auf Trichinen untersucht worden. Davon sind 6 Stück wegen Trichinen und 26 Stück wegen Finnen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet zurückgewiesen worden.

Für die Errichtung eines zweiten Verwaltungsgebäudes hatte, wie bereits mitgetheilt, eine Subkommission des Magistrats den Häuserblock zwischen der Jüden-, Parochial-, Kloster- und Stralauerstraße in Aussicht genommen. Auf Bericht dieser Kommission hat nunmehr das Kollegium beschlossen, den bezeichneten Häuserblock, welcher aus 34 Grundstücken sich zusammensetzt, die 32 Besitzern gehören, für den Preis von 6 173 750 M. zum Ankauf zu empfehlen.

Nothleidende Apotheker. Für die Einführung einer Nachttaxe hat sich, wie die „Voss. Ztg." meldet, dieser Tage hier eine Delegirtenversammlung preußischer Apotheker ausgesprochen. Gleichzeitig wurde die Aufnahme einer Bestimmung in die Einführungsverordnung der Taxe verlangt, die ein Unterbieten der Taxpreise verbietet. Endlich erklärte man eine Erhöhung der Arbeits- und Dispensationspreise für erforderlich, während die anderen Bestimmungen der neuen Taxe als genügend anerkannt wurden. Allzugroße Sympathien wird das Publikum diesen Forderungen nicht entgegenbringen.

In der Frage der Zuleitung des elektrischen Stromes auf der Linie der Dampfstraßenbahn bei der auch durch die Angelegenheit zu gewisser Berühmtheit gelangten Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche ist die Entscheidung endlich gefallen. Das Berliner Polizeipräsidium sieht demgemäß davon ab, oberirdische Zuleitung an der Stelle zu untersagen. Dem Dampfstraßenbahn-Konsortium wird es dadurch ermöglicht, auf seinen sämmtlichen Linien ausschließlich Oberleitung einzuführen.

Das Polizeipräsidium theilt mit, daß am 18. d. M. aus Anlaß der Feier des 50jährigen Bestehens der hiesigen Schutzmannschaft sämmtliche Bureaus des Polizeipräsidiums einschließlich der Polizeihauptkasse, der Rezeptur, des Einwohner-Meldeamtes, des Paßbureaus u. s. w. von 12 Uhr mittags ab in allen keiner besonderen Beschleunigung bedürfenden Angelegenheiten für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen sein werden.

Die ersten Werderschen Kirschen sollen am Montag auf dem Berliner Markte erscheinen.

Prüfung der Bierdruckapparate. Unter bezug auf den § 4 der Polizeiverordnung vom 5. Januar 1893, betreffend die Einrichtung und den Gebrauch der beim Bierausschank zur Anwendung kommenden Druck-, Leitungs- und Zapfvorrichtungen, wird bekannt gemacht, daß außer den bereits zugelassenen Sachverständigen der Ingenieur Otto Krüger zu Charlottenburg, Schillerstraße 114, ermächtigt worden ist, die nothwendigen Prüfungen der Bierdruckapparate vorzunehmen und hierüber Bescheinigungen zu ertheilen.

Keine Droschkenkonzessionen mehr! Das Polizeipräsidium theilt mit: Die zur Zeit im Betriebe befindliche Anzahl von Droschken (rund 8000) genügt, wie die erfolgten Feststellungen ergeben haben, dem vorhandenen Bedürfnisse in vollem Maße. Die Einstellung weiterer Droschken würde eine unnöthige Belastung der öffentlichen Straßen und Plätze herbeiführen und daher — abgesehen von anderen Unzuträglichkeiten — die verkehrspolizeilichen Interessen schädigen. Mit Rücksicht hierauf hat das Polizeipräsidium beschlossen, bis zum 1. Oktober 1899 Droschkenkonzessionen nicht mehr zu ertheilen. Nach Ablauf dieses Termins wird in eine erneute Prüfung der Frage eingetreten werden, ob die Vermehrung der Droschken im öffentlichen Interesse erwünscht ist. Indem dies zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, erwartet das Polizeipräsidium, daß die Droschkenbesitzer, welche einstweilen eine Vergrößerung der Konkurrenz nicht zu befürchten haben, es sich angelegen sein lassen, die Beschaffenheit ihrer Betriebsmaterialien nach Kräften zu heben.

Eine auffallende Parade fand gestern Nachmittag auf dem nach der Jüdenstraße gekehrten Hofe des Rathhauses statt. Dort versammelten sich einige hundert Schutzleute, um unter Anführung ihrer Lieutenants diverse militärische Exerzitien auszuführen. Wie es heißt, sollen die an so ungewohntem Orte angestellten Uebungen mit dem großen Schutzmanns-Jubiläum zusammenhängen, das am 13. Juni auf dem Schloßhofe begangen wird.

Die kleine Hedwig Lamfried, über deren Ermittelung wir wiederholt berichtet haben, ist jetzt in der elterlichen Behausung wieder angelangt. Sie giebt an, daß sie von ihren beiden Entführern gut und liebevoll behandelt worden sei. Ihre Reise ging vom Anhalter Bahnhof aus über Leipzig, Pilsen, Franzensbad, Eger und Prag nach Wien, wo die lustige Irrfahrt ein jähes Ende fand, indem alle drei, gerade als sie vom Besuch der Jubiläums-Ausstellung nach ihrem Absteigequartier zurückkehrten, verhaftet wurden. Das Mädchen behauptet zwar, daß sich in sittlicher Beziehung niemand an ihm vergangen habe, doch wird es ärztlich untersucht werden, um eine Basis für die Anklage wegen Kuppelei gegen Holzbauer und die Pieper zu gewinnen.

Im Moabiter Untersuchungsgefängniß sitzt seit mehreren Wochen der Lehrer W. von einer hiesigen städtischen Gemeindeschule unter der Beschuldigung, sich an den Mädchen seiner Klasse in zahlreichen Fällen sittlich vergangen zu haben.

Zwei entsprungene Verbrecher werden behördlich gesucht. Der 19 Jahre alte Arbeiter Gustav Schulz aus Kainscht, der zu 4 Jahren Zuchthaus verurtheilt ist, ist aus dem Gefängniß zu Meseritz entwichen. Wegen schweren Diebstahls hatte der 27 Jahre alte Inspektor Albert Nagel aus Neuenhagen eine Zuchthausstrafe von 9 Jahren erhalten. Wegen Geisteskrankheit wurde er später in der brandenburgischen Landesirrenanstalt zu Neu-Ruppin untergebracht. Aus dieser ist er entwichen.

Diebstahl. Drei Säcke mit Abfällen von Kolophonium im Gesammtgewicht von 150 Kilogramm sind in einem Roggenfelde in der Nähe des Friedrichshains gefunden. Die Abfälle dürften zweifellos gestohlen sein. Der unbekannte Eigenthümer wolle sich in den Vormittagsstunden auf dem Polizeipräsidium im Zimmer 326 melden.

Einbrecher wollten in der vergangenen Nacht das Zigarrengeschäft von Kaphun an der Ecke der Linien- und Prenzlauerstraße heimsuchen. Als heute Morgen um 7 Uhr der Geschäftsführer den Laden öffnete, fand er die Vorthür am Flur ordnungsmäßig verschlossen, die zweite Thür dahinter jedoch erbrochen. Spitzbuben hatten die Vorthür mit einem Nachschlüssel geöffnet und dann die beiden Sicherheitsschlösser an der zweiten Thür mit einem Stemmeisen bearbeitet und die Thür oben aus dem Angelhaken gehoben. Bei der Arbeit gestört oder aus einem anderen Grunde von der Ausführung ihres Planes Abstand nehmend, hatten sie die Vorthür mit dem Nachschlüssel wieder verschlossen.

Die Urania giebt in ihrem biologischen Saal in der Taubenstraße vom Sonntag, den 12., bis Sonntag, den 19. Juni, allen Besuchern Gelegenheit, das Ausschlüpfen künstlich erbrüteter Hühnchen zu beobachten. Zur Zeit sind fünf „Kouvensen" mit Eiern und zwar in solchen Zwischenräumen beschickt worden, daß in der angegebenen Woche täglich und ziemlich zu jeder Tageszeit „Hühnchengeburten" sich vor den Augen der Besucher abspielen werden. Der vielseitig geäußerte Wunsch, auch einmal Hühnchen auskriechen sehen zu wollen, kann also jedem Berliner erfüllt werden.

Das Passage-Panoptikum hat angeordnet, daß an bestimmten Tagen das Institut für die Hälfte des üblichen Eintrittspreises, nämlich für 25 Pf., besichtigt werden kann. Der erste dieser Tage ist auf heute festgesetzt worden.

Feuerbericht. Donnerstag Abend 7 Uhr entstand Fruchtstraße 36 durch Selbstentzündung von Benzin ein kleiner Brand, der Kleidungsstücke und eine Thür zerstörte. Kurz darauf brannten Yorkstr. 62 Preßkohlen in einem Keller. Zu gleicher Zeit wurde die Wehr nach Rostizstr. 10 gerufen, wo ein Haufen Bergabfälle in Flammen aufging. Ausgeflossenes Petroleum hatte um 9 1/2 Uhr Mulackstr. 15 ein Thürgerüst in Brand gesetzt, der aber schnell gelöscht werden konnte. Um 11 Uhr erfolgte gleichzeitig Alarm nach Petersburgerstr. 86 und Eberswalderstr. 3. Im ersten Falle brannten Späne vor einer Kesselheizung, im anderen Falle war eine Petroleumlampe explodirt, ohne jedoch erheblichen Schaden anzurichten. Freitag Nachmittag 1 Uhr war Lindenstr. 44 eine Bretterwand in einem Stallgebäude in Brand gerathen, der aber von der schnell herbeigerufenen Wehr rasch beseitigt wurde.

Aus den Nachbarorten.

Weißensee. Die Parteigenossen machen wir nochmals auf die am heutigen Abend 8 1/2 Uhr stattfindenden 2 Versammlungen aufmerksam. Dieselben finden bei Häbling, Langhansstr. 108, und Parkstr. 13, Albrechtshof (nicht Dewein) statt. — Gleichzeitig ersuchen wir die Parteigenossen, welche am Wahltage sich dem Komitee zur Verfügung stellen wollen, sich in den am heutigen Abend stattfindenden Versammlungen oder bei Pfeifenmüller, König-Chaussee 88 zu melden. Ebenfalls ersuchen wir die Genossen, sich morgen, Sonntag, früh 6 Uhr, recht zahlreich zur Agitationstour bei Pfeifenmüller, Königs Chaussee 88, einfinden zu wollen. Berliner Parteigenossen, welche daran theilnehmen wollen, sind willkommen. Das Wahlkomitee.

Rixdorf. Dienstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr, finden in der Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214/219, und Gröpler's Salon, Bergstraße 147, zwei Wählerversammlungen statt. Tagesordnung: Die bürgerlichen Parteien und die Reichstags-Wahlen. Referenten Genossen Fritz Zubeil und Obst. 2. Diskussion. Der Reichstags-Kandidat Genosse Fritz Zubeil wird in beiden Versammlungen Ansprachen halten. Pflicht eines jeden Wählers ist es, in den Versammlungen zu erscheinen. Zugleich weisen wir darauf hin, daß am Sonntag im Orte Flugblattverbreitung stattfindet; die Genossen, welche sich daran betheiligen, mögen Sonntag früh 6 1/2 Uhr nach den Lokalen gehen, wo sie das letzte Mal gewesen sind. Diejenigen, welche noch nicht geholfen haben, sich aber betheiligen wollen, können sich Sonntag morgens 6 1/2 Uhr im Restaurant Thomas, Bergstr. 162, und Klein, Kaiser Friedrichstr. 236, melden. — Liste Nr. 58 ist verloren gegangen. Gezeichnet sind 3,40 Mark; abzugeben bei Klein, Restaurant, Kaiser Friedrichstr. 236.

Das Wahlkomitee.

Pankow. Nieder-Schönhausen. Die Genossen werden auf die am Sonntag stattfindende Flugblatt-Vertheilung aufmerksam gemacht. Treffpunkt früh 7 Uhr bei Störr, Pankow, Mühlenstr. 25. Gleichzeitig wird auf die am Montag, den 13. Juni, in Nieder-Schönhausen bei Kranz, Lindenstraße 25, tagende Wählerversammlung hingewiesen. Dr. L. Arons hat das Referat übernommen. Die Wortführer der am letzten Donnerstag abgehaltenen konservativen Versammlung werden brieflich eingeladen werden. (Näheres siehe Annonce in der Sonntagsnummer.)

Das Wahlkomitee.

Mariendorf-Tempelhof. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag ein Flugblatt zur Verbreitung gelangt. Wir bitten die Genossen, sich zahlreich daran zu betheiligen. Treffpunkt früh 5 Uhr im Lokal von Ebel, Mariendorf, Chausseestraße. — Ebenso richten wir an die Parteigenossen beider Orte die Aufforderung, sich am Tage der Wahl, Donnerstag, den 16. d. M., dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen. Diejenigen, welche den ganzen, sowie halben Tag helfen wollen, werden gebeten, ihre Adressen in Mariendorf bei Lehmann, Bergstr. 7, Schüttekop, Chausseestraße, und Senger, Ackerstr. 12; in Tempelhof bei Grufe, Friedrich-Wilhelmstr. 20 I, und Jeeziorsky, Dorfstr. 48, niederzulegen.

Das Wahlkomitee.

In Niederschöneweide-Johannisthal findet heute Abend im Saale des Herrn Rau eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl."

Der Vertrauensmann.

Ein freisinniger Duellwütherich. Eine wunderliche Duellaffäre, welche drei Jahre zurückliegt, ist anläßlich der Charlottenburger Bürgermeister-Wahl hier jetzt bekannt geworden. Als man sich im Jahre 1895 in Nordhausen rüstete,

den 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck durch einen Kommers zu feiern, begab sich der Vorsitzende des dortigen konservativen Vereins, Oberstabsarzt a. D. Dr. Goldhorn, zu dem Bürgermeister Schustehrus und bat ihn, an dem von jenem Vereine veranstalteten Kommers als Stadtoberhaupt offiziell theilzunehmen. Bei der unter vier Augen geführten Unterredung hatte der Bürgermeister seine Theilnahme zugesagt, jedoch nur in der Voraussetzung, daß die festliche Kundgebung als eine allgemeine und nicht als eine parteipolitische aufgefaßt würde. Bald nach dieser Unterredung theilte aber der Bürgermeister dem Oberstabsarzt Dr. Goldhorn mit, daß er sich außer stande sehe, dem Kommers beizuwohnen, nachdem er aus der Art und Weise der an die Einwohnerschaft Nordhausens erlassenen Einladung zu dem Kommers die Ueberzeugung gewonnen habe, daß der Veranstalter desselben der konservative Verein sei. Die Kundgebung werde danach unzweifelhaft eine politische sein. Die Theilnahme an dem Kommers würde also der in der Unterredung mit Dr. Goldhorn getroffenen Vereinbarung widersprechen, werde jedoch ihm, dem Bürgermeister, noch besonders dadurch unmöglich gemacht, daß er zur freisinnigen Volkspartei gehöre, und dies auch niemals zu verhehlen gesucht habe. Auf diese Erklärung erwiderte dann Oberstabsarzt Dr. Goldhorn, es sei bei der Unterredung mit dem Bürgermeister der Ausdruck „politisch“ oder „parteipolitisch“ überhaupt nicht gefallen und demgemäß von dem Bürgermeister eine Bedingung für seine Theilnahme an dem Kommers garnicht gestellt worden. Diese seine Angaben wiederholte dann Dr. Goldhorn auch in Bekanntenkreisen. Dies erfuhr Bürgermeister Schustehrus, worauf er nun Dr. Goldhorn zum Duell auf Pistolen forderte. Dr. Goldhorn ging jedoch auf die Forderung nicht ein, sondern unterbreitete die Angelegenheit den zuständigen Behörden zur Entscheidung. Der Bürgermeister Schustehrus wurde von einem Militärgerichtshof, dem er in seinem Verhältniß als Reserve-Offizier unterstand, zu einem Tage Festungshaft verurtheilt. Doch wurde von dem Kaiser diese Strafe in einen eintägigen Stubenarrest verwandelt. Als nun Bürgermeister Schustehrus für das Amt des ersten Bürgermeisters von Schöneberg kandidirte, wurde den in Nordhausen zur Auskunfteinholung anwesenden drei Schöneberger Stadtverordneten u. a. auch jene Duellaffäre zur Kenntniß gebracht. Am letzten Sonnabend ist die Angelegenheit auch in der geheimen Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung, über deren Resultat schon berichtet worden ist, sehr eingehend erörtert worden und hat schließlich dazu geführt, daß eine Anzahl von Stadtverordneten, die sich vordem für die Kandidatur Schustehrus erklärt hatten, nunmehr für Bürgermeister Matting stimmten. Desgleichen wurde am Mittwoch, als die Wahl des ersten Bürgermeisters vorgenommen werden sollte, in der nicht öffentlichen Verhandlung über den Antrag auf Hinausschiebung der Wahl die Duellaffäre nochmals in die Debatte gezogen. Wesentlich diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß, wie seinerzeit in Schöneberg, nun auch in Charlottenburg die Kandidatur Schustehrus fallen gelassen und hier die ganze Wahlangelegenheit vertagt wurde.

Aus Rixdorf. Wegen Sittlichkeitsvergehens, begangen gegen ein 11jähriges Mädchen, wurde der Kommis K., welcher in einem hiesigen Drogengeschäft in Stellung war, zur Haft gebracht. — Durch einen Sturz von der Eisenbahnbrücke in der Kirchhofstraße ist der 10jährige Knabe Otto Funk aus der Ziethenstraße schwer verunglückt. Der Kleine war auf das Brückengeländer geklettert und lief auf demselben hin und her, verlor aber dabei plötzlich das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe, wo er auf den Schienen mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb. Ob das Kind am Leben bleiben wird, ist zweifelhaft. — Zwei Fahrraddiebe wurden vorgestern in Rixdorf festgenommen. — Vermißt wird seit dem 7. d. M. der Steinmetzstr. 3 hierselbst wohnhafte 47jährige Klempner Fritz Pöhlke. P. war in der Lampenfabrik von Hecht, Fürstenstr. 4 in Berlin, beschäftigt, wohin er sich am letzten Dienstag früh begeben wollte, doch ist er dort nicht eingetroffen. Der Familie ist das Verschwinden ihres soliden Ernährers, der keinerlei Gründe zum heimlichen Entfernen hatte, ein völliges Räthsel, und man vermuthet, daß dem Vermißten ein Unglück zugestoßen ist.

Gegen die „Kölnische Zeitung“ hat, wie von der „Volks-Ztg.“ berichtet wird, der Rixdorfer Gemeindevorstand Strafantrag gestellt wegen „Beleidigung der Rixdorfer Einwohnerschaft“. In der Sonntagsnummer vom 5. Juni brachte die „K. Z.“ einen Artikel, überschrieben: „Die Hasenhaide“, welcher Rixdorf als eine Proletarier-vorstadt schildert, welche die Wohlhabenden, die „Glücklichen“, ängstlich meiden. Seitens des Rixdorfer Amtsvorstandes ist an die Polizeidirektion in Köln das Ersuchen gerichtet worden, den Verfasser jenes Artikels zu ermitteln. Wenn der Artikel nichts anderes enthält, als die hier mitgetheilte Wahrheit, so dürfte der Rixdorfer Gemeindevorstand mit seinem wunderlichen Eifer, just den Verfasser kennen zu lernen, nicht sehr viel Glück haben.

Prozeß Fritsch.

Im Prozeß gegen den Buchhändler Wilhelm Fritsch ist die Beweisaufnahme gestern ein wesentliches Stück vorwärts gekommen. Die gesammten Betrugsfälle sind erledigt worden. Das Ergebniß der Zeugenvernehmungen über diesen Punkt ist dahin zusammenzufassen: Einer Anzahl von Damen, die auf der Reise Gelder zugesetzt haben, standen andere gegenüber, die behaupteten, vorzügliche Geschäfte gemacht und einen durchschnittlichen Monatsverdienst von 200—600 M. erzielt zu haben. In bezug auf die Gehalts- und Provisionsbezüge wurde durch die Aussage der Buchhalterin, der reisenden Damen und mehrerer Angestellten nachgewiesen, daß der Angeklagte in dieser Beziehung nichts versäumt hat und auch auf Wunsch die Gehälter und Provisionen vorher ausgezahlt hat. Der Sachverständige Bücherrevisor Ohm stellte fest, daß eine ordentliche kaufmännische Buchführung nicht erfolgt war. — Längere Erörterungen erforderte der Punkt der Anklage, wonach der Angeklagte eine 16jährige R. durch List ihren Eltern entzogen und sie zu unsittlichen Zwecken benutzt haben soll. Der Angeklagte bestritt auch hier jede Schuld und behauptete, daß von einer Entführung gar keine Rede sein könne. Das junge Mädchen, die Tochter eines Hausbesitzers, habe sich auf eine Annonce bei ihm gemeldet und er habe sie angestellt, nachdem ihm versichert worden sei, daß der Vater mit der Thätigkeit der Tochter als Reisende einverstanden sei. Das Mädchen habe ihm gesagt, daß sie es wegen unerquicklicher Familienverhältnisse zu Hause nicht mehr aushalten könne und froh sei, wenn sie von ihrem Vater, der im Konkubinat lebe, fortkäme. Es sei deshalb auch nicht auffällig, daß das Mädchen schon, bevor sie auf Reisen ging, fast täglich zu ihm kam und bei ihm blieb. Einen Tag vor der Reise habe er mit ihr eine Promenade durch den Thiergarten gemacht, ihr eine Blouse, einen Umhang, Goldsachen 2c. gekauft und es habe sich ein intimer Verkehr entwickelt. Das Mädchen hatte seine Sachen noch beim Vater stehen, und um keine weiteren Unannehmlichkeiten zu haben, schickte Frl. R. ihrem Vater ein Telegramm des Inhalts: „Bin eben abgereist, Brief folgt.“ Am anderen Morgen sei der Vater mit diesem Telegramm bei ihm erschienen und es habe sich eine längere Unterhaltung zwischen beiden entwickelt, welche das Mädchen, das sich im Nebenzimmer verborgen hielt, mit anhörte. Der Vater habe sich dabei angeblich mit der Reisethätigkeit der Tochter einverstanden erklärt und soll nur verlangt haben, daß ihm Mittheilung über den Aufenthalt der Tochter gemacht werde. Der Angeklagte ist dann mit dem Mädchen auf die Reise gegangen und hat Thüringen durchreist, wobei sich das Mädchen als außerordentlich tüchtige Geschäftsdame erwiesen haben soll. Schließlich sei sie mit ihm nach Magdeburg gelangt, wo sie von ihrem Hotel aus plötzlich den Vater auftauchen sahen. Das Mädchen sei vor Angst schleunigst in ihr Zimmer geflüchtet und von dort spurlos verschwunden. Er habe schließlich alle Restaurants nach ihr durchsucht, sie aber nicht finden können. Das Mädchen sei auf den Bahnhof geeilt, dort habe sie der Vater ertappt und furchtbar geschlagen, so daß das Mädchen zu Boden stürzte und um Hilfe schrie. Der Vater hat dann das Mädchen mit nach Berlin genommen. Der Angeklagte ist allein weiter gereist und empfing in Hannover einen Brief von der R., in welchem es heißt: „Lieber süßer Willy! Ach, ich bin so glücklich; mein Vater hat mir wieder die Erlaubniß gegeben. Ich habe ihm den Mund wässrig gemacht, indem ich ihm sagte, er solle die 80 M., die ich noch von Dir zu fordern habe, erhalten. Auf frohes Wiedersehen!“ Der Angeklagte erzählt, daß er am 9. August v. J. von Hannover nach Berlin zurückgekehrt sei und dem Mädchen seine Ankunft mitgetheilt habe. Sie ist dann sofort wieder in seine Wohnung gekommen und hat ihm die Versicherung gegeben, daß ihr Vater das Reisen wieder erlaubt habe. Darauf hat sich dann dasselbe Spiel noch einmal wiederholt. Das Mädchen bestätigt im wesentlichen die Angaben des Angeklagten. Der Vertheidiger stellt fest, daß das Mädchen selbst keinen Strafantrag gestellt habe, ein solcher auch nach seiner Meinung nicht seitens des Vaters vorliege. Hier tritt eine kurze Pause ein.

Die Verhandlung wurde dann durch die Vernehmung des Polizeilieutenants Kubon fortgesetzt. Derselbe bekundete, daß zu ihm wiederholt weibliche Reisende des Angeklagten gekommen seien, die sich darüber beschwerten, daß er seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei und ihn als brutal, roh und unsittlich schilderten. Der Zeugin R. habe er ins Gewissen geredet, die Anerbietungen des Angeklagten nicht anzunehmen. — Staatsanwalt Dr. Hertzsch glaubt die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß der Angeklagte bei der Vernehmung der Zeugin R. diese durch Zwinkern mit den Augen zu instruiren sich bemühe. Der Gerichtshof beschließt deshalb, die Zeugin R. nach Entfernung des Angeklagten noch einmal zu vernehmen. Die Zeugin bleibt aber in jeder Beziehung bei ihrer ersten Aussage und behauptet namentlich, daß, als sie sich bei Fritzsch gemeldet, der Vater auch zu diesem gegangen sei, um sich nach der ganzen Sachlage zu erkundigen, und daß er dem Plane des Reisens mit den Worten: „Na meinetwegen!“ zugestimmt habe. Nachher habe der Vater zu ihr allerdings gesagt, daß die Sache doch nichts für sie sein dürfte, er habe ihr aber keineswegs das Reisen direkt verboten. — Der als Zeuge vernommene Maurermeister R., Vater der Zeugin R., befindet sich in einigen Punkten im Widerspruch mit seiner Tochter. Er habe allerdings das Reisen der Tochter zunächst durch die Aeußerung „meinetwegen“ indirekt gebilligt, nachträglich aber der Tochter davon abgerathen. Er habe das Reisen nicht genehmigt. Als die Tochter am zweiten Pfingstfeiertag nicht nach Hause kam und er am nächsten Morgen die angebliche Depesche der Tochter erhalten, sei er sofort zum Angeklagten geeilt, habe ihn aus dem Bett geklingelt und seine Tochter von ihm verlangt. Der Angeklagte habe erklärt, daß das Mädchen schon abgereist sei, er habe es aber nicht glauben wollen, und dem Angeklagten schon damals direkt gesagt, er scheine seine Tochter zur Dirne gemacht zu haben. Die übrigen Vorgänge schildert der Zeuge ziemlich übereinstimmend mit den Vorzeugen. Wenn er seiner Tochter den Brief an den Angeklagten nach Hannover diktirt und darin in Aussicht gestellt habe, daß die Tochter wieder reisen könne, so habe das nur ein Lockmittel sein sollen, um den Angeklagten zur Herausgabe der 80 M. zu bewegen. Auf Befragen des Vertheidigers giebt der Zeuge an, daß seine erste Frau gestorben sei; aus dieser ersten Ehe stamme seine als Zeugin vernommene Tochter. Mit seiner zweiten Frau lebe er seit 5 Jahren nicht mehr zusammen und liege mit ihr in Scheidung. Richtig sei es, daß er, nachdem er die Tochter das erste Mal aus Magdeburg zurückgeholt, einen Strafantrag nicht gestellt und das zweite Mal den Strafantrag zurückgenommen habe. Er sei froh gewesen, seine Tochter wieder zu haben. Die Behauptung, daß er im Konkubinat mit einer anderen Frau lebe, sei eine dreiste Erfindung. — Die zweite Tochter des Zeugen R., die jetzt 16jährige Hedwig R., ist der Meinung, daß der Vater beide Male seine Einwilligung zur Reise der Schwester gegeben habe. — Die Stiefmutter, Frau R., überreicht einen Brief, den sie von ihrer Stieftochter von der zweiten Reise derselben erhalten. Das Mädchen beschwört darin die Stiefmutter, ihr mit ihrem klaren Verstande beizustehen, da sie sich in einer entsetzlichen Lage befinde. Der Vater habe ihr das Reisen erlaubt, habe sie dann verfolgt und schon einmal nach Magdeburg unter heftigen Mißhandlungen zurückgeholt, er habe ihr dann zum zweiten Male die Erlaubniß zum Reisen ertheilt und nun, wo sie unterwegs sei, geberde er sich wieder wie rasend und stelle ihr nach. Die Mutter möge ihr helfen. Sie gehe unter keinen Umständen zum Vater zurück und würde sich lieber vor seinen Augen todtschießen. Da sie ihm damit aber wahrscheinlich eine große Freude bereiten würde, so würde sie ihm dies Vergnügen doch nicht machen. Ihre Beschäftigung gefalle ihr auch recht gut 2c. 2c. Auf Befragen des Vorsitzenden giebt die Zeugin zu, daß sie eine ganze Reihe von Denunziationen gegen ihren Ehemann erstattet habe. Letzterer ist in einem Falle freigesprochen, alle übrigen Sachen sind niedergeschlagen worden. Der Ehemann hat den Antrag auf Ehescheidung gestellt, weil die Ehefrau, die er eines unsauberen Gewerbes beschuldigt, jene Strafanzeigen erstattet hat. — Die weitere Beweisaufnahme über diesen Anklagepunkt ist dem Angeklagten nicht ungünstig; mehrere Zeugen bekunden, daß der Angeklagte in Hannover die Zeugin R. dringend aufgefordert habe, zu ihrem Vater zurückzukehren und daß er ihr auch Reisegeld zu diesem Zweck angeboten habe. — Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme über diesen Punkt regt Rechtsanwalt Dr. Löwy an, das Verfahren nach dieser Richtung hin einzustellen, da nach seiner Meinung ein ordnungsgemäßer Strafantrag nicht vorliege, der Antrag vielmehr zurückgezogen sei.

Staatsanwalt Dr. Hertzsch hält einen solchen Antrag mindestens für verfrüht, seine Begründung auch rechtlich nicht haltbar. Zunächst sei ein Strafantrag nur bei § 236 St.-G.-B. (Entführung einer minderjährigen Person wider Willen) nothwendig, während es sich hier um § 235 handelt: („Wer eine minderjährige Person durch List, Drohung und Gewalt ihren Eltern entzieht 2c.) Außerdem habe der Vater den Strafantrag — der gar nicht zurückgenommen werden kann — auch nicht zurückgenommen, sondern nur erklärt, daß er an der Sache weiter kein Interesse habe. — Es folgt der Anklagepunkt, in welchem der Angeklagte beschuldigt wird, ein Mädchen, welches er in der Friedrichstraße kennen gelernt und in seine Wohnung mitgenommen hatte, dort vergewaltigt und so mißhandelt zu haben, daß sie in Geisteskrankheit verfallen sein soll. Sie ist am nächsten Tage im Nebenhause auf der Treppe in einem Zustande aufgefunden worden, der ihre sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus und von dort nach Herzberge nothwendig machte. Der Angeklagte bestreitet auch hier entschieden jede Schuld. Die Einzelheiten der Beweisaufnahme über diesen Punkt entziehen sich auch nur andeutungsweise der Wiedergabe. Die Darstellung des Mädchens, welches aus Leipzig hierher gekommen war, klingt kaum glaublich und läßt sich nur erklären, wenn man annimmt, daß der Angeklagte die Zeugin gewissermaßen hypnotisirt und mit seinen Blicken in seinem befehlenden Tone eine unwiderstehliche Gewalt auf sie ausgeübt hat, so daß sie thun mußte, was er verlangte, sich sogar von ihm verprügeln ließ. Da die wiederholt in Schluchzen ausbrechende Zeugin auch bei ihrer Aussage unter dem Banne des Angeklagten zu stehen scheint, wird auf Anregung der Geschworenen der Angeklagte vorübergehend aus dem Saale entfernt. Das Schlußergebniß dieses Abenteuers stellt die Zeugin so dar: Von dem Augenblicke an, als sie das Haus des Angeklagten verlassen, wisse sie nicht mehr, was mit ihr geschehen, sie sei erst nach längerer Zeit im Krankenhause Herzberge wieder zum Bewußtsein gekommen. — Die Beweisaufnahme über diesen Fall ist sehr eingehend. Der Angeklagte, welcher die sittlichen Eigenschaften des Mädchens bemängelt, behauptet, daß, wenn es wahr ist, was sie erzählt, er sich in unzurechnungsfähigem Zustande befunden haben müsse. Die Verhandlung soll am Sonnabend zu Ende geführt werden.

Gerichts-Zeitung.

Gegen den Schriftsteller Fritz Brentano war bekanntlich im Februar d. J. infolge einer Strafanzeige des bekannten Normann-Schumann ein Verfahren wegen angeblich im Jahre 1888 begangener Urkundenfälschung eingeleitet worden. Nachdem die sorgfältig geführte Untersuchung die vollständige Haltlosigkeit der Verdachtsgründe ergeben hat, ist nun das Verfahren gegen B. endgiltig eingestellt worden.

Wahlversammlungen.

Die Handlungsgehilfen und die Reichstagswahl lautete das Thema einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung von Handels-Angestellten, die am 9. Juni in den Arminhallen stattfand. Von den eingeladenen Kandidaten des ersten Kreises waren Genosse H. Pötzsch und Herr Obermeister Bernard erschienen; Herr Tischendörfer hatte sich entschuldigt. Genosse Maaß kennzeichnete die Stellung der einzelnen Parteien zu der sozialen Gesetzgebung im allgemeinen und zu denjenigen Maßnahmen im besonderen, die eine Verbesserung der Lage der Handlungsgehilfen erstrebten, und wies nach, daß nur die Sozialdemokratie für die Handlungsgehilfen eingetreten ist. Die Handlungsgehilfen müßten aber auch als Staatsbürger die ihnen präsentirten Kandidaten darauf prüfen, wie sie sich zum allgemeinen Wahlrecht, zur Koalitionsfreiheit, zur Freizügigkeit, zum Militarismus 2c. stellen. Der nächste Reichstag erfordere ganze Männer und die seien in keiner derjenigen Parteien zu finden, die sich im ersten Kreise um das Mandat bewerben, außer in der Sozialdemokratie. Ja die konservativ-antisemitische Partei habe dem Kreise einen Kandidaten präsentirt, der nach eigenem Geständniß seit acht Jahren jeder Politik ferngestanden habe. (Herr Obermeister Bernard verläßt den Saal.) Genosse A. Kohn nagelt das neueste Flugblatt der freisinnigen Partei an die Handlungsgehilfen als ein perfides und schmutziges Machwerk fest, das bewußt Unwahrheiten, Verleumdungen und Verdächtigungen in die Welt setzt. Genosse Pötzsch deckt gleichfalls die Lügen des freisinnigen Flugblattes auf, dem jede Originalität abgehe, da es ja nur ein wortgetreuer Abklatsch der „Freisinnigen Zeitung“ sei. Nichts könne deutlicher illustriren, wie der Anhang der Freisinnigen in den Kreisen der Handlungsgehilfen zusammengeschmolzen sei, als dieses Flugblatt. Die Handlungsgehilfen würden ihre eigenen Interessen mit Füßen treten, wollten sie für den Freisinnigen stimmen. Herr Frauendienst ergreift für den verhinderten Herrn Tischendörfer das Wort. Den sozialpolitischen Forderungen des Referenten könne auch seine Partei zustimmen. Sie glaube aber, daß gerade der Handel das größte Interesse an einer starken Flotte habe, folglich müßten die Handlungsgehilfen für den Nationalsozialen eintreten. Die Kollegen E. Simmel, Eberhardt und Maaß wiesen das Absurde dieser Anschauung in treffender Weise nach und forderten zur Wahl des Genossen Pötzsch auf. Gegen eine Stimme wurde eine Resolution im Sinne des Referats angenommen und die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie geschlossen.

Die staatserhaltenden Parteien des dritten Wahlkreises hatten am Donnerstag alle Gewerbetreibenden, alle Handwerker, alle Kaufleute durch Riesenplakate zu einer Wählerversammlung eingeladen, zu der sich denn auch etwa 200 Personen eingefunden hatten. Um die Handwerker zu gewinnen, trat Oberneister Brutel auf den Plan, und um die Kaufleute für Herrn Dr. Bachler einzufangen, hatte man einen antisemitischen Kaufmann, den Herrn Sinderhof, als Referenten aufgestellt. Während Herr Beutel immerhin in verständlicher Form die Wünsche der Zünftler vortrug, war die Redeübung des Herrn Sinderhof eine fürchterliche Mißhandlung der deutschen Sprache; sie stellte ein Gemisch von konfusen, unverständlichen Redensarten und blühendem Unsinn dar. Unter anderm behauptete der Herr, in Berlin werde dem kleinen Kaufmann durch sozialdemokratische Konsumvereine das Leben schwer gemacht. Die Sozialdemokratie sei schuld daran, daß im neuen Handelsgesetz die Konkurrenzklausel aufgenommen und den Handlungsgehilfen nicht eine vierteljährliche Kündigungsfrist gewährt sei. Zum Schluß empfahl er auf das angelegentlichste die Broschüre des Korbmachers Fischer. Hierauf ließ Dr. Bachler eine Schmährede gegen die Sozialdemokratie vom Stapel und eine Anzahl seiner antisemitischen Parteigenossen übertrumpften ihn noch in den ödesten Schimpfereien auf Sozialdemokraten und Juden. Unsere anwesenden Parteigenossen waren so verständig, auf die Provokationen der antisemitischen Maulhelden nicht zu antworten und den Pöbeleien derselben schweigende Verachtung entgegenzusetzen.

Britz. In der am 5. Juni im Güldner'schen Lokal abgehaltenen Volksversammlung hielt Genosse Obst aus Schöneberg einen Vortrag über: Die bevorstehende Reichstagswahl. Durch die Statistik wies Redner nach, wie der deutsche Militarismus von Jahr zu Jahr sich mehr ausgedehnt hat, und die Kosten für denselben eine ungeheuere Höhe erreicht haben, welche nicht etwa von den besitzenden Klassen getragen, sondern auf die Schultern der ärmeren Bevölkerung durch indirekte Steuern abgewälzt sind. Dann beleuchtete unser Genosse das Verhalten der anderen Parteien und wies nach, daß nicht das Kapital den Arbeiter ernähre, sondern umgekehrt, und daß nur der Arbeiter die Kosten für die bis jetzt bestehenden Sozialreform-Gesetze (Krankenkassen-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversorgungs-Gesetz) zu tragen habe. Da Gegner nicht anwesend waren, fand keine Diskussion statt. Unter „Verschiedenem“ wies der Vorsitzende des Volks-Bildungsvereins auf die Tagung des Vereins bei Dorn, Bürgerstr. 4, hin und wurde dann die Versammlung mit einem Hoch auf das geheime, gleiche und direkte Wahlrecht geschlossen.

In Mariendorf fand am Dienstag, den 7. d. M., nachdem es trotz aller Chikanen geglückt war, ein Lokal zu erhalten, im „Seebad“ eine Versammlung statt, die sehr stark, namentlich auch von Frauen, besucht war. Viele mußten dem Vortrage des Genossen Obst vom Garten aus zuhören. In vortrefflicher Weise schilderte der Referent die Bestrebungen der Sozialdemokratie und die Bedeutung der bevorstehenden Reichstags-Wahlen für das Proletariat. Nachdem der Referent die Pläne der Reaktion beleuchtet, kennzeichnete er an der Hand der gegnerischen Flugblätter die feige Haltung der bürgerlichen Parteien, welche nur noch mit elenden Verleumdungen und Verdrehungen den Kampf gegen uns zu führen vermögen. Nach etlichen trefflichen Illustrationen des Herrn Bernstein, Kandidat der Freisinnigen Volkspartei, welcher sich in Verleumdungen gegen uns schon das denkbar möglichste geleistet hat, schloß der Referent unter brausendem Beifall der Anwesenden seinen Vortrag. Eine Diskussion fand nicht statt. Nach Annahme einer Resolution, worin die Versammlung verspricht, für die Wahl Zubeil's einzutreten, wird dieselbe geschlossen.

Wilhelmsberg. Am 6. Juni fand hier eine gutbesuchte Versammlung der Frauen statt, in welcher Frl. Baader das Referat über „Die Reichstagswahlen und die proletarischen Frauen“ übernommen hatte. Referentin legte in sehr drastischen Worten die wichtigsten Punkte der heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse deutlich auseinander. Eine Resolution, worin sich die Versammlung für die Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten ausspricht, wurde einstimmig angenommen. Mit einem kräftigen Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Eines außergewöhnlich zahlreichen Besuches hatte sich die Wählerversammlung vom 8. d. M. in Rummelsburg zu erfreuen. Der Kandidat des Kreises Arthur Stadthagen beleuchtete in seinem Vortrag die geplante Verschlechterung des Wahlrechts und des Koalitionsrechts, Verbot der Freizügigkeit. Gleichfalls verurtheilte Redner die Sammelpolitik aufs schärfste, welche nur den Zweck haben soll, die Arbeiterbewegung und die Kulturerrungenschaften auf Jahre zurückzuwerfen und lahmzulegen. Redner appellirte in kräftiger Weise an die Wählerschaft und forderte die sehr zahlreich erschienenen Frauen auf, da man denselben das Wahlrecht verwehrt, mit den Männern zu agitiren und dafür zu sorgen, daß der Kandidat der Arbeiterpartei den Sieg erringen möge; denn, betonte Genosse Stadthagen, bekommen wir einen regierungsfreundlichen Reichstag, so ist es um das gleiche, freie, geheime und direkte Wahlrecht geschehen und die Schraube der Zölle auf die nothwendigsten Lebensmittel wird aufs neue angezogen und dem arbeitenden Volke somit alle Möglichkeit genommen, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Unter Verschiedenem machte das Wahlkomitee noch bekannt, daß am Tage der Wahl der Sitz des Lokal-Wahlkomitees im Restaurant Ritter, Goethestraße 17, sich befindet und daß am Sonntag, den 12. Juni, Flugblatt-Verbreitung ist, zu welcher sich Genossen, welche mit thätig sein wollen, früh 7 Uhr bei Bentling, Goethe- und Kantstraßen-Ecke, einfinden mögen. Um 11 Uhr wurde die imposante Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 37. Heft des 16. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Wahlbewegung. — Die Vorbereitung neuer Handelsverträge. Von Rich. Calwer, Berlin-Charlottenburg. (Schluß.) — Gladstone. Von Ed. Bernstein. — Das italienische Komplott. Von Exul. — Die Kammerwahlen in Frankreich. Von Ch. Bonnier. — Notizen: Mechanische Melkmaschinen. Von P. M. Grempe. Die Baumwollarbeiter von Lancashire und die Kinderarbeit. — Feuilleton: Donatienne. Von René Bazin. Autorisirte Uebersetzung aus dem Französischen von Ina Bach. (Schluß.)

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 12 des 8. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Wider den Brotwucher! — Aus der Bewegung. — Ueber Kleider. — Feuilleton: Die Reinen. Von Dorothee Goebeler. (Fortsetzung.) — Notizentheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und des Verkehrswesens. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Vereins- und Versammlungsrecht. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenbewegung.

„Der Arbeitsmarkt", Monatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jastrow), Berlin, Verlag von H. S. Hermann. Die nunmehr als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise" erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 9: Die Zentralisirung des Arbeitsnachweises in Bayern. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Kommunale Arbeitsnachweise; Regelung des gewerblichen und gemeinnützigen Arbeitsnachweises in Luzern: Arbeitsnachweis-Statistik der deutschen Gewerkvereine; Fliegende Arbeitsnachweise in Berlin. — Situationsbericht aus einzelnen Plätzen: Hamburg, Einwirkungen des Krieges; Braunschweig. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Textilindustrie. — Lage des Arbeitsmarktes: Lebensmittelpreise; Wohnungsmiethen; Streiks in Deutschland im Mai; der Arbeitsmarkt im Mai. — Mittheilungen aus deutschen Arbeitsnachweis-Verbänden: Verband deutscher Arbeitsnachweise. Ausschußsitzung; Verband deutscher Arbeitsnachweise. Beitrittserklärung.

Vermischtes vom Tage.

— Ein Wolkenbruch ging am Donnerstag bei Boppard nieder, der große Verheerungen anrichtete. Der Bahnverkehr ist gesperrt. Brücken und Wege sind zerstört. —

— Die Frau eines Waldarbeiters in Heiligendorf (Kreis Gifhorn) verunreinigte ein unbedeutendes Geschwür durch Kratzen mit den Fingernägeln, es trat Blutvergiftung ein und sie starb. Einige Tage darauf zeigten sich die gleichen Vergiftungserscheinungen bei dem Ehemann, der in der letzten Zeit seine Frau verbunden und dabei eine kleine Wunde an seinem rechten Daumen infizirt hatte. Die Vergiftung schritt so rasch fort, daß auch dieser nicht mehr zu retten war, und am Mittwoch hat man ihn begraben. Die beiden unverheiratheten Töchter sind inzwischen gleichfalls erkrankt und man vermuthet, daß auch auf sie der Giftstoff übertragen ist. —

— In der Nähe von Sissek versuchten Bauern, den vollbesetzten Agram-Semliner Personenzug durch vorgelegte Balken und Steine zum Entgleisen zu bringen. Der Zugführer brachte indeß den Zug noch rechtzeitig zum Stehen. —

— Die Spielwuth in dem belgischen Ostseebad Ostende nimmt mit jedem Jahre zu. Stadt und Pächter machen immer bessere Geschäfte. Früher waren die Spielsäle des Kurhauses gegen 80 000 bis 100 0000 Frks. jährlich verpachtet. 1894 wurde die Verpachtung öffentlich versteigert, und die Stadt erzielte 861 000 Franks. Jetzt steht eine neue Versteigerung bevor. Hierfür sind schon Angebote von einer Million und 1½ Million jährlicher Pacht eingereicht worden. —

— 10 000 Lire erhält Mascagni für eine Hymne, die er zu der bevorstehenden Zentenarfeier Leopardi's komponiren soll. —

— In Redona bei Bergamo ist eine große Getreidemühle total abgebrannt. Der Schaden beträgt rund eine Million. —

— Ein neues Gas hat Londoner Blättern zufolge Professor Ramsay, der mit Lord Raleigh das Argon entdeckte, in der Luftschicht gefunden, als er die flüssig gemachte Luft verdampfte. Die Ueberbleibsel sind eine bisher nicht bekannte Gasart. Sie ist durchsichtig. Im Spektrum hat das neuentdeckte Gas eine gelbe und eine grüne Linie. Der Entdecker nannte es „Krypton." —

— Ein großer Moorbrand wüthet in Jütland. Mehrere tausend Morgen Land stehen in Flammen. —

— Die Zahl der persischen Wallfahrer zu den schiitischen Heiligthümern in der Provinz Bagdad beträgt nach neueren zuverlässigen Mittheilungen etwa im Durchschnitt der letzten zehn Jahre jährlich etwa 40 000. In den Jahren 1894 und 1895 waren es mindestens 70—80 000. Wenigstens einmal in seinem Leben sucht jeder Schiite die Wallfahrt zu diesen „erhabenen Schwellen" zu unternehmen, und viele lassen ihre Leichen an der heiligen Stätte bestatten. Jährlich mögen so 6000 Leichen dort hingeschafft werden. Für die Provinz Bagdad bedeutet dieser Pilgerstrom eine sehr wichtige Einnahmequelle. Ein Theil der Pilger läßt sich auch an den heiligen Orten dauernd nieder und hat insbesondere in Kerbela eine vollkommen persische Stadt geschaffen, deren Einwohner mit den eingeborenen Türken in steter Fehde leben. Etwas Nennenswerthes für die Verkehrsverhältnisse ist trotz dieser regelmäßigen Wallfahrten noch nicht geschehen. —

— Zwischen Tschungking und Itschang fand ein starker Felsrutsch statt, der den Verkehr auf dem oberen Yangtsekiang arg behinderte. Die Mandarinen waren rathlos und ließen Sachverständige aus Shangai kommen, die die im Flusse liegenden Felsen mit Dynamit sprengen sollten. Als diese bei der Arbeit waren, ließ sich in dem brausenden Wirbeln des Stromes plötzlich ein mächtiger Stör sehen. Die abergläubischen Chinesen hielten das Thier für einen Drachen. Besorgt fragten sie telegraphisch beim Vizekönig der Provinz an, ob die Arbeit unter einem so ungünstigen Wahrzeichen fortgesetzt werden dürfe. Die Antwort war, man sollte dem Drachen eine Ziege opfern und dann weiter arbeiten. —

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

A. Franke. 1 000 000 000 000. Sie scheinen den „Vorwärts" nicht zu lesen. Wir haben diese Frage schon wiederholt beantwortet.

Cato. Leider nicht verwendbar. Manuskript steht zu ihrer Verfügung.

F. D. Beschweren Sie sich bei der Post.

Witterungsübersicht vom 10. Juni 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = ° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = ° R.
Swinemde.	767	NO	1	wolkenl	15	Haparanda	769	NO	4	wolkenl	16
Hamburg	766	OO	2	wolkenl	19	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	766	O	2	wolkenl	20	Cork	768	Still	—	heiter	14
Wiesbaden	761	—	—	Regen	16	Aberdeen	771	N	2	wolkig	13
München	763	O	2	Regen	16	Paris	762	W	2	Dunst	14
Wien	763	—	—	bedeckt	16						

Wetter-Prognose für Sonnabend, 11. Juni 1898.
Vorwiegend heiter und sehr warm bei mäßigen südöstlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur traurigen Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Tischler 238/10

Fritz Balze

am 7. Juni nach langem Leiden im Krankenhaus Am Friedrichshain verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Heute früh 1½ Uhr verschied nach längerem Leiden am Herzschlag mein herzensguter Mann, unser sorgsamer lieber Vater, der Zeitungsspediteur

Th. Kutzleb

im 43. Lebensjahre.

Berlin, 10. Juni 1898.
Gr. Frankfurterstr. 36.

Um stilles Beileid bitten
Agnes Kutzleb, geb. **Wolny**, als Gattin.
Elsbeth Kutzleb, **Kurt Kutzleb**, als Kinder.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Juni, Nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes (Landsberger Allee) aus statt.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler rc.
Oertliche Verwaltung Berlin C.

Mitglieder-Versammlung

Montag, 13. Juni, ab. 8½ Uhr, bei Zubeil, Lindenstraße 106.

Tagesordnung:

1. Festsetzung des Gehalts und der Vergütigung an die Mitglieder der Ortsverwaltung. 2. Neuwahl der gesammten Ortsverwaltung, des Vertrauensarztes und der Beitragssammler. 3. Andere Kassenangelegenheiten. 182/9

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt.

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler
u. and. gewerbl. Arbeiter.
(E. H. Nr. 3, Hamburg).
Filiale Berlin F.

Sonntag, 12. Juni, Vorm. 10 Uhr, bei **Gründel,** Brunnenstr. 188:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Festsetzung des Gehalts und Vergütigung der Ortsverwaltung.
2. Wahl der gesammten Ortsverwaltung, der Vertrauensärzte und der Beitragssammler.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimirt.

183/2 **Die Ortsverwaltung.**

Für sozialistische Literatur.

Neue Zeit, Sozial. Monatshefte, für jede irgendwo angezeigte literarische Erscheinung empfehle mich den Genossen und Bibliotheken unter günstigen Bedingungen.

Marx, Das Kapital,
auf Theilzahlung.
Uhland's Dramen und Gedichte elegant gebunden 1 M.

Hugo Warschawski,
Buchhandlung,
Steinstrasse 11,
an der **Rosenthalerstrasse.**

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 12. Juni, vormittags 11½ Uhr:

Volks-Versammlung

in Mirke's Volksgarten, Schönhauser Allee 102.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Genosse **Dr. Freudenberg.** 2. Diskussion. 219/19

Um zahlreichen Besuch ersucht **Das sozialdemokr. Wahlkomitee.**

Rixdorf!

Dienstag, d. 14. Juni, abends 8 Uhr:

2 Wähler-Versammlungen

in der **Vereins-Brauerei, Hermannstr. 214—219,**
und **Gröpler's Salon, Bergstr. 117.**

Tages-Ordnung: 204/9

1. **Die bürgerlichen Parteien und die Reichstagswahlen.**

Referenten: Genossen **Fritz Zubeil** und **Obst.** 2. Diskussion.

Der Reichstagskandidat Genosse **Fritz Zubeil** wird in beiden Versammlungen Ansprachen halten. Pflicht eines jeden Wählers ist es, in den Versammlungen zu erscheinen. **Das Wahlkomitee.**

Achtung! Britz. Achtung!

Montag, den 13. Juni 1898, abends 8½ Uhr:

Volks-Versammlung

in Bethge's Salon, Chausseestraße 39.

Tagesordnung: 1. Die Reichstagswahlen und die bürgerlichen Parteien. Referent: Genosse **Richard Fischer** (Berlin). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben. [204/8] **Das Wahlkomitee.**

Verband der Möbelpolirer.

Montag, den 13. Juni, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Neumann, Brunnenstraße 150:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Wiese** über: Arbeiter-Konsumgenossenschaften. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Billets zum

Sommerfest.

Dasselbe findet am **16. Juli** im **Schweizergarten** statt.

146/8. **Der Vorstand.**

Töpfer Rixdorfs und Umgegend.

Sonntag, den 12. Juni, vormittags 11½ Uhr,
im Lokale von Lankner, Bergstrasse No. 151/152:

Oeffentliche Versammlung.

Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. 193/8

Der Vertrauensmann.

Zimmerer!

Sonntag, den 12. Juni 1898, mittags 12¼ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Oeffentl. Versammlung
der Zimmerer Berlins und der Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Gewerbegerichtsbeisitzer. 2. Wahl der Kandidaten zur Gewerbegerichtswahl. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

254/15 **Der Einberufer:** H. Kubo, Charlottenburg, Schillerstr. 82.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.

Sonntag, den 12. Juni, vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstrasse No. 26:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Pörsch** über die beabsichtigte Einschränkung der Koalitionsfreiheit. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Neue Mitglieder werden aufgenommen. 31/6

J. A.: **Der Vorstand.**

Achtung! Schäftebranche! Achtung!

Sonnabend, den 11. Juni, abends 8½ Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 171/3

1. **Wahl eines Vorsitzenden.** 2. **Vortrag des Kollegen Hamacher.** 3. Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Oeffentliche
Steinarbeiter-Versammlung

am Sonntag, den 12. Juni, vormittags 10½ Uhr,
im Lokale des Herrn Hoffmann, Alexander-Straße Nr. 27c.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung über die neu zu gründende Kranken-Zuschußkasse für Berlin und vom Kongreß. 2. Wahl eines Gewerbegerichts-Beisitzenden und eines Gewerkschafts-Delegirten. 3. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. 172/12

Der Vertrauensmann.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Berlin.

Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am

Montag, den 20. Juni, abends 8½ Uhr,

bei **Feuerstein, Alte Jakobstraße 75,** statt. 24/11

Tagesordnung siehe Inserat am nächsten Sonnabend.

NB. Am Donnerstag, den 16. Juni, bleibt unser Bureau geschlossen.

Der Bevollmächtigte.

Wohin machen wir unsere **Landpartie** (per Kremser oder per Schiff)? Zum alten **Freund** auf Pichelswerder.

Bei Gesellschaften Brücken-Rückgang vergütet.

Rohtabak: Kottbuserstr. 3a, nahe Sanssouci, von **Carl Roland,** wirkl. geh. Rath erhält jedermann, wie man eine gute Cigarre billig zusammenstellen kann. Ich offerire heute: **Sumatra,** tadelloser Brand, enorme Deckfähigkeit, per Pfd nur **M. 3,20.**

Für 2—3 Mark

Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. ff. Cheviot- auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste so lange der Vorrath reicht

im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Kinderwagen Kranken-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kinderklappstühle, Kinder-Holzmöbel. Sämmtliche Korbwaaren. **Theilzahlung nach Uebereinkunft. Brunnenstrasse 95,** vis-à-vis Humboldthain, a. Nordbahnh. Gesundbrunnen. Telephon III, 1767.

Jede Uhr repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur **1 Mark 50 Pf.** ausser Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pincenez **Carl Lux, Uhrmacher. 35 Chaussee-Straße 35.**

Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.

Möbel

verliehen gewesene und neue, **staunend billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 4995b*

Neue Königstraße 59
und **Gneisenaustraße 15.**

Portemonnaie m. Trauring gez. J. D. gefunden. Abzuholen bei **Bahlau,** Tegelerstr. 15, 2 Tr.

Patzenhofer
½10 Liter 10 Pf.
3912b **Pootstr. 30.**
Es ladet ergebenst ein Der Wirth.

Kl. Villen-Terrain. 90 Quadratruthen, habe billig bei halber Anzahlung zu verkaufen, ½ Stunde von Berlin, hart a. d. Bahn. Sozialdemokraten erhalten Baumpfähle gratis. Strelitzerstr. 62, Schlächterladen. [3876b

---

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Schneiderin.
Für die Leitung unseres Maß-Ateliers technische Kraft gesucht per sofort. Dauernde Stellung.
Kaufhaus Weißensee,
Neu-Weißensee, König-Chaussee 51a.

Redegewandte Tischler,
welche ihre Befähigung als Reisende nachweisen können, als Stadtreisende gesucht. Sofortige Offerten L. B. Postamt 19. 3906b

---

Ia. Lederpunzer
finden dauernde Beschäftigung bei **O. Schellin,** Oranienstr. 119. 24/12*

Tüchtig. **Packer,** der schon in einer Goldleisten-Fabrik gearbeitet hat, sucht **Werkmeister,** Brunnenstr. 194.

Ein tüchtiger, nüchterner

Wächter

für Fabrikhaus gesucht. Nur Leute, die ähnliche Stellungen schon bekleidet und darüber Zeugnisse aufzuweisen haben, wollen sich melden im Bureau

Molkenmarkt 5, I.

Kleidung für Maler, Bildhauer, Mechaniker, Stuckateure u. s. w.

Kittel mit Steh- und Umlegekragen, vorn und auf der Schulter zum Knöpfen!

Aus Klötzelleinen		Aus braun Nova	
Qual. II	I	Qual. II	I
2,25	2,50	2,40	2,75

Drell-Jackets (Naturfarbe)

Qual. II	Qual. I
2,25	2,75

Drell-Hosen (Naturfarbe)

Qual. II	Qual. I
1,35	1,90

Als Maass genügt Angabe der Brustweite, Leibweite und Schrittlänge.

Baer Sohn
Chausseestr. 24a Brückenstr. 11 Gr. Frankfurterstr. 16.

Aufträge v. M. 20,— an franco. Obige Preise gelten für normale Figuren.

Umsonst erhält Jedermann das 11. reich illustrirte Preisbuch mit 12 Seiten Inhalt.

Altes gangbares Materialgeschäft mit Milch und Backwaare ist preiswerth zu verkaufen. Näheres **Kläge,** Kohlengeschäft, Grüner Weg 38.

Gaskocher, Sparsystem 2½, Zweiloch 6, Dreiloch 15, Gasbratofen 10 Mk. Gasplätteisen billig. 3906b*

Wohlauer,
26/27. Wallnertheaterstraße Nr. 26/27

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Versammlungen.

Die Holzarbeiter beschäftigten sich in einer am 9. d. Mts. bei Stechert stattgefundenen öffentlichen Versammlung mit der Arbeitsniederlegung bei der Firma Rückwarth u. Riegel. Aus den von verschiedenen Rednern gegebenen Schilderungen ergiebt sich übereinstimmend, daß die Hauptursache des Streiks in der Einführung neuer Fabrikationsartikel zu suchen ist, für welche jedoch die Bearbeitungsmaschine und das gemeinsame Werkzeug der Firma unzureichend sind, so daß die Arbeiter dadurch in ihrem Verdienst ganz erheblich geschmälert seien. Infolge dessen haben sich die letzteren gezwungen gesehen, auf verschiedene Artikel Akkordaufschläge zu verlangen, die an sich nicht als besonders hoch zu betrachten seien, welche jedoch von den Firma-Inhabern brüsk abgelehnt worden seien. Auch protestirten sämmtliche Redner energisch gegen den Inhalt einer Annonce in der „Volks-Zeitung", wonach die Tischler bei genannter Firma einen Durchschnittsverdienst von 27 M. pro Woche erzielten. Von einem Redner wurde festgestellt, daß sich der Durchschnittsverdienst innerhalb der letzten sechs Monate nur auf 22,02 M. pro Woche belaufen habe. Daß der Streik nicht frivol vom Zaune gebrochen sei, wie behauptet werde, ergebe sich am besten daraus, daß alle älteren Kollegen, welche zum theil schon 15 und 17 Jahre und noch länger dort beschäftigt sind, sich dem Streik angeschlossen haben. Die Inhaber der Firma waren zwar schriftlich eingeladen, jedoch nicht erschienen. An stelle derselben versuchte es der Werkführer, das Verhalten derselben zu rechtfertigen. Derselbe meinte, die letzten geringfügigen Auszahlungen seien darauf zurückzuführen, daß die betreffenden Arbeiter zu Pfingsten je 50—70 M. Vorschuß genommen hätten. (Allgemeines Gelächter.) Im übrigen könne er versichern, daß von den alten Gesellen keiner mehr eingestellt würde. Die Gefühle der Kollegialität, welche dieser Herr für die Streikenden zu hegen vorgab, wurden dadurch in das richtige Licht gestellt, daß er selber schon längst den Wunsch geäußert habe, die alten Arbeiter aus der Werkstatt entfernt zu sehen und ferner, daß derselbe heute seinen Sohn, der vor einem halben Jahr wegen Untüchtigkeit entlassen wurde, der Firma als Arbeitswilligen zur Verfügung gestellt habe. Zwei weitere „Vertreter" der Firma, welche ganz merkwürdige Ansichten über die Pflichten des Arbeiters zu tage förderten, mußten es sich gefallen lassen, von der Versammlung in gebührender Weise ausgelacht zu werden. Es gelangte schließlich eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in welcher das Vorgehen der Ausständigen als gerechtfertigt anerkannt und denselben die materielle und moralische Unterstützung der Kollegen in vollstem Maße zugesagt wurde. Alsdann erstattete Millarg Bericht über die Thätigkeit des Gewerbegerichts. Im Anschluß hieran wurden als Kandidaten bezw. Ersatzmänner zu den bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahlen nominirt: Klinger, Koblenzer, Markmann, Stusche, Köppen (Drechsler), Voigt (Korbmacher), Lehmann (Einsetzer), Lohbach, Ostburg, Mann, Martin und Brust. Weiter gelangt eine Resolution zur Annahme, in welcher die Holzarbeiter der verschiedenen Branchen sich verpflichten, den Arbeitsnachweis der Pianoforte-Fabrikanten zunächst so lange zu meiden, bis eine Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter endgiltig zu demselben Stellung genommen hat. Zum Schluß ersucht Klinger alle diejenigen, welche am Wahltage Zeit haben, sich der Partei zur Verfügung zu stellen. Im übrigen mögen alle ihre Schuldigkeit thun, damit das Wahlresultat so ausfällt, wie es im Interesse der bedrohten Volksrechte nothwendig ist.

Eine sehr stark besuchte Versammlung der Maurer, die von der lokalen Richtung einberufen war, tagte am Donnerstag bei Keller, Koppenstraße, um die Abrechnung von öffentlichen Fonds entgegenzunehmen. Nach dem Bericht des Kassirers Matull betrugen die Einnahmen inkl. des Bestandes von 21 803,31 M. am 1. Januar 1898, bis zum 12. Mai insgesammt 33 803,51 M. Die Ausgaben, darunter: für Bausperren 8941 M., für Maßregelungsunterstützung 2031 M., für Prozeßkosten und Unterstützung der Familien inhaftirter Kollegen 2814,65 M., für Lohnentschädigung der Lohnkommission 2130,60 M., betrugen insgesammt 18 143,40 M., so daß ein Bestand von 15 660,11 M. am 29. Mai, bis zu dieser Zeit sind die Ausgaben verrechnet, vorhanden war. Dem Bericht folgte eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen dem Revisor der zentralen Richtung, der an der Revision nicht theilgenommen und gegen diese Abrechnung protestirte, während der Revisor der lokalen Richtung die Richtigkeit derselben bestätigte und die Decharge-Ertheilung beantragte. Nach einer langen Diskussion, in der das Vorgehen der zentralen Richtung in herber Weise kritisirt und das Verhalten der Lohnkommissions-Mitglieder der lokalen Richtung gut geheißen worden war, wurde dem Kassirer von der Versammlung, die von den Verbandsmitgliedern nicht besucht war, einstimmig Decharge ertheilt. Außerdem gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung mit der Abrechnung voll und ganz einverstanden erklärt, hingegen das Verhalten des Revisors Winzler verurtheilt und im weiteren ihre Mißbilligung über die Handlungsweise des Kollegen Fritzsch ausspricht, weil er sich weigerte seine Unterschrift zu geben, um die Gelder erheben zu können, welche zur Unterstützung der Gemaßregelten resp. für die Familien inhaftirter Kollegen verwandt werden sollen. Ueber einen Antrag, die Familien von den inhaftirten Kollegen, soweit dieselben nicht Verbandsmitglieder sind, aus dem Fonds der Berliner Maurer (lokaler Richtung) zu unterstützen und den freiwilligen Beitrag auf 50 Pf. pro Woche zu erhöhen, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Auf dieselbe Weise wurde eine Anregung erledigt, nach der die an der Sperre von dem Bau am Schiffbauerdamm betheiligten Maurer nachträglich noch aus dem gemeinschaftlichen Fonds unterstützt werden sollen und damit der in einer früheren Versammlung gefaßte Beschluß aufgehoben wäre. Nachdem noch diejenigen Maurer, welche außerhalb wohnen, aufgefordert wurden, wenn möglich in ihrem Heimathsorte an der Wahl theilzunehmen und für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, wurde gegen wenige Stimmen ein Antrag angenommen, der sozialdemokratischen Partei 1000 M. zur Wahlagitation aus dem gemeinschaftlichen Fonds der Berliner Maurer zu überweisen. Beschlossen wurde noch, daß das Bureau der Lohnkommission am Wahltage von Mittag ab geschlossen wird.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Mantelstr. 50, v. 2 Tr. **Sonnabend,** abends 9—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Lyrania", Göbel, Landsberger Allee 156. — „Sanges-Echo", Schalz, Raumstr. 6. — „Immergrün", Tegel, Rentner, Spandauerstr 13. — „Glück zu", Lorisch, Pankstr. 32d. — „Hand in Hand II", Friedrichsberg, Heinecke, Friedrich Karlstr. 11. — „Frisch auf I", Friedrichsberg, Lange, Wartenbergstr. 69. — „Weiße Rose II", Weißensee, Sorrer, Straßburgerstr. 56. — „Eintracht 3", Teltow, Dertz, Zehlendorferstr. 6. — „Sängerlust", Luckenwalde, Schulze, Berlitzerstr. 34. — „Einigkeit 2", Lange, Weberstr. 42. — „Arbeiter-Gesang" (gem. Chor), Luckenwalde, Bäcker, Bussestr. 20.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2 Hof. **Sonnabend:** „Angler I", Ruppert, Zimmerstr. 59. — „Havana II", Nowawes-Neuendorf, Simon, Priesterstraße. — „Glück Auf", Rüdersdorf-Kalkberge, Greve, Heinitzstr. 19. — „Kuba", Pönitz, Brandenburgstraße 54. — „Pappel", Dahnke, Buchholzerstr. 5. — „Frisch gewagt", Häusler, Memelerstr. 61. — „Arbeiterfreunde", Dietrich, Birkenstr. 23.

Arbeiter-Turnerbund. Sonnabend: Turnv. „Fichte", Berlin, abds. 8—10 Uhr: 1. Männer-Abth. Friedenstr. 37. — 3. Männer-Abth. Boeckhstr. 21. — 2. Lehrlings-Abth. Skalitzerstr. 55—56. — 4. Lehrlings-Abth. Stephanstr. 3. — „Freie Turnerschaft Johannisthal" abds. 9—10 Uhr Senftleben. — Turnerschaft d. V. „Nereus", Lehrlings-Abth. 8—10 Uhr abds. Reichenbergerstr. 131—132. — „Arb.-Turnv." im Adlershof, Herrguth, Oppenstraße 8½—10½ Uhr abds.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonnabend: Theaterv. „Bohemia", Schulz, Beteranenstr. 18. — Theaterv. „Normania" jeden letzten Sonnabend im Monat, Leichnitz, Fruchtstr. 30a. — Vergnügungsv. „Helgoland II", jeden Sonnabend nach dem 1. im Monat, Lehmann, Lübbenerstr. 9. — Skatklub „Fortuna", Kratzat, Huttenstr. 1. — Rauchklub „Dornröschen", Krüger, Fennstr. 3. — Theaterv. „Nordstern", Schulz, Dunckerstr. 90. — Theaterv. „Alpenrose", Badstr. 35—36. — „Vereinigung der Turnfreunde", 8½—10½ Uhr abds. Demminerstr. 56—57. — Turnv. „Osten", Turnhalle Blumenstr. 63a, 8½—10 Uhr abds. Männer-Abth. — Zitherklub „Erika", Müller, Hessische und Hannoverschestr.-Ecke. — Theaterv. „Othello 1", Nowack, Manteuffelstr. 9. — Skatklub „Hurrah", Schneider, Lübbenerstr. 23. — Theaterv. „Thalia", Pauls, Küstrinerplatz 9. — Kegelklub „Kalte Neune", Holzmarktstr. 72. — Humorist.-V. „Einigkeit", Werner, Hussitenstr. 31.

Bildungsverein „Mehr Licht." Bibliothekstunde 9—10 Uhr abds., Gärtner, Mollstr. 12.

Dansk Forening Freja, nar Mödeakten hver Lördag Kl. 9, Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72.

Böhmisch-slavischer Bildungsv. „Hawlischek", Restaur. Zur neuen Post, Beuthstr. 21.

Verein Vorwärts, Johannisburg (Transvaal). Vereinslokal Progreß-Bierhalle, Corner of Marshall and Small Street.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. Juni, vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr ebendaselbst: Vortrag des Herrn E. Vogtherr: „Die gute alte Zeit." Gäste willkommen.

Tischler-Verein. Heute Abend 8½ Uhr, Melchiorstraße 15: Ausgabe der Billets zu der am 3. Juli stattfindenden Dampferpartie.

Verein deutscher Schuhmacher (Schäftebranche). Heute Abend 8½ Uhr, Rosenthalerstr 57 bei Schiller: Große öffentliche Versammlung. Vortrag des Kollegen Hamacher.

Verein der Buchdrucker und Schriftgießer für Rixdorf-Britz. Sonntag, den 12. Juni, Nachmittag 1 Uhr: Versammlung in der Vereinsbrauerei.

Berliner Arbeitervertreter-Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Buske, Grenadierstr 35, abends 8½ Uhr. Unentgeltlicher Rath wird ertheilt:

Im Norden Berlins: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung abends von 7—9 Uhr: A. Daehne, Demminerstr. 36, v. 3 Tr. R. Gutheil, Wiesenstr. 29a, von 8—9 Uhr abends. F. Pieschel, Gartenstr. 55, v. 2 Tr. E. Simanowski, Gartenstr. 78, Portal 2, 2 Tr. M. Stuhlmann, Oderbergerstr. 37, 4 Tr., von 6—9 Uhr abends. R. Tamm, Hussitenstr. 6, von 8—9 Uhr abends. A. Voigt, Wiesenstraße 41/42. E. Warnst, Kolbergerstr 7, von 6—7 Uhr abends. P. Reimann, Bellermannstr. 83. J. Krause, Gartenstr. 13, 2. Eing. part. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Blume, Strelitzerstr. 58. F. Tropp, Schulstr. 59, von 7 bis 8 Uhr abends. W. Mohs, Swinemünderstr. 64, vorn linker Aufgang.

Im Osten: Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: E. Bader, Gr. Frankfurterstr. 34, v. 4 Tr. — Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: A. Schütz, Holzmarktstr. 60 I.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schalthoff, Michaelkirchstr. 18. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: W. Kühne, Pfuelstr. 1.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Stügelmaier, Grimmstr. 39. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: P. Keller, Rixdorf, Pannierstr 58, Hof part. C. Guse, Caupphausenstr 4.

Im Süd-Westen: Nur für Unfallversicherung: G. Hänel, Solmsstr. 44.

Im Nord-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: M. Stephan, Cuxhavenerstr. 2. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: A. Rehbein, Rostockerstr. 43.

Im Nord-Osten: Nur für Unfallversicherung: E. Löffler, Wadzeckstr. 15, vorn part. (abends 8 Uhr). G. Günther, Greifswalderstraße 8, II links.

Im Zentrum: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: A. Sattler, Kl. Hamburgerstr. 2.

Bei sämmtlichen vorgenannten Personen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7—9 Uhr.

Unter grossen Vorzugsbedingungen

und um meine bedeutenden Läger zu **verkleinern,** verkaufe

zu noch nie dagewesenen billigen Preisen

wollene Damen-Kleiderstoffe

Cower-Coats — Beiges — Wip Cords — Serges — Foulés — Cheviots,

halbseidene Damen-Kleiderstoffe,

Kleiderstoffe für Reise und Sport

Gebirgs-Loden — Lastings — Coatings — Beiges — Crêpes.

Hervorragende Auswahl, entzückende Muster

in

Wasch-Stoffen.

Kaufhaus **M. Schneider** Berlin O., Alexanderstr. 14a, vis-à-vis Blumenstrasse.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 11. Juni.

Opernhaus. Die beiden Schützen. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Im Dienst. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Gebildete Menschen. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
Neues. Villa Gabriele. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Amelia, oder: Ein Maskenball. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Thielemanns. Anfang 8 Uhr.
Zentral. Das Signal. Heinrich Heine. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Fegefeuer. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Auf Sumatra, oder: Die Holländer in Atschin. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Wein, Weib, Gesang. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Passage-Panopticum. Theater Variété. Alpenglühen.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Sonnabend:
Thielemanns.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Anzengruber-Cyclus, 6. Vorstellung:
Doppelselbstmord.
Abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Gr. Ausstattung! Gr. Ballets!
Auf Sumatra
oder
Die Holländer in Atschin.
Gr. Ausstattungsstück mit Gesang und Ballets in 12 Bildern v. Ch. Cassmann. Musik von F. Krause. Ballets, einstudirt von der 1. Solotänzerin Carola Rinka, vom Hof-Theater in Altenburg.
Anfang 8 Uhr.
Sommer-Preise: Parquet 1 Mark. Vorzugs-Billets haben Giltigkeit.
Im Garten von 5½ Uhr ab: Konzert und Spezialitäten-Vorstellung. Passepartouts haben Giltigkeit.
Sonnabend: 1. gr. Sommernachtsfest. Prachtvolle Illumination.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
I. Gastspiel Carl Pander.
Zum 2. Male:
Das Signal.
Dramatische Episode von Ed. Goldbeck.
Zum 257. Male in Berlin:
Heinrich Heine.
Original-Lustspiel in drei Aufzügen von A. Mels.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.

Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson, Musik von Wilh. Rosenzweig, in Szene gesetzt v. Direktor Glück.
Ferner:
12 hervorrag. Spezialitäten.
Vor der Vorstellung:
Grosses Garten-Konzert.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Pahlmann's Vaudeville-Theater

Inhaber F. Lehmann,
Schönh. Allee 148, Lothring. Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung
mit stets neuem Programm.

Prater-Theater,

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **„Friede auf Erden".** Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Abth. von Hugo Schulz. Musik v. A. Kersten. **Eugenie Formes,** Kostümsoubrette. **Gebr. Milardo,** Groteske-Duett. **Osrani Troupe,** musik. Excentr. **The 3 Wartons,** Parterre-Akrobaten. **Mr. Barna** mit f. dress. Ratten. **Ballet. Pantomime. Konzert** und **Ball.**
Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., reserv. Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Urania

Taubenstr. 48/49.

Naturkundliche Ausstellung.
Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab. **Eintritt 50 Pf.**
Abends 8 Uhr: **Vom Matterhorn zur Jungfrau.**
Invalidenstrasse 57-62.
Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon.
Eintritt **20** Pf. (Gutsch. ungiltig.)

Passage-Panopticum.

Heute
25 Pfg.
Entrée.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Salambo
die schöne Schlangenbändigerin.

Actien-Brauerei Friedrichshain

früher Lips.
Am Königsthor.
Heute Sonnabend:
Gr. Extra-Militair-Konzert
des 1. Garde-Reg. zu Fuß (Potsdam).
Anfang 7 Uhr.

Reichshallen

Leipzigerstraße 77.
Größtes und schönstes Garten-Theater.
(Bei ungünstiger Witterung im oberen großen Theatersaal.)
Haben Sie
Wilhelm-Kalnberg-Agoston-Ensemble
gesehen? — Um 10 Uhr:
Hella Collier!
Außerdem:
20 erste Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Heute sowie täglich:
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Im Vorverkauf 40 Pf. u. Familien-Billets (für drei Personen giltig) 1 Mark.
Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**

W. Noack's Theater

Krunnen-Strasse 16.
Im schönen Garten täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Irren ist menschlich.
Lustspiel in 1 Akt von Tannenhofer.
Orpheus auf der Oberwelt.
Possen-Burleske in 1 Akt von Sanftleben u. Thalburg. Musik v. Michaelis.
Neu! Japanliebchen oder **Die kleinen Geishas.** Neu!
Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz von Walter Gericke. Musik von Wappaus.
Im Saale: **Grosser Ball.**

Ostbahn-Park,

Am Küstriner Platz.
Grösstes Vergnügungs-Etablissement des Osten, mit neuerbauten prachtvollen **Festsälen.**
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts:
Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Entree: Wochent. à Person 10 Pf. Sonnt. 20 Pf. Kind. 10 Pf.

C. Joël's Victoria-Garten

SO., Köpnicker Landstraße Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park.
Telephon: Amt 4, No. 2724.
Grosser Saal, Konzert-Garten, geschützte Veranden für Vereine u. Festlichkeiten 6000 Pers. fassend, **11 Kegelbahnen, Kaffeeküche** und allerlei Volksbelustigungen. 46612*
Haltestelle der Elektrischen Eisenbahnen (Siemens u. Halske): von der großen Berliner Pferdebahn und der Stadt- und Ringbahnstation Treptow 2 Minuten entfernt.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
BAHNSTATION — SAVIGNYPLATZ
Carl Hagenbeck's INDIEN
Vorstellungen in der Arena: an Wochent. **6** u. **8** Uhr, an Sonn- u. Festtagen **4, 6** u. **8** Uhr,
im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab **4** Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Buske's Gesellschaftshaus und Garten,

Grenadierstr. 33 und Kaiser Wilhelmstr. 18 M.
Täglich: **Gr. Künstler-Konzert** im großen schattigen Natur-Garten. **Entree frei.**

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. — Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Schweizer Garten.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saale **Ball.** **Entree 30 Pf.**
An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeeküche von 3–6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4½ Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.
Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser Etablissement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Restaurant zum Wilhelmsgarten

Beusselstraße Nr. 12 **ERKNER** Ecke Friedrichstraße
5 Minuten vom Bahnhof.
Schöner schattiger Garten mit Kegelbahn. Logirzimmer täglich sowie monatlich. Empfehle für jede Art Festlichkeiten meine diversen Räume. Saal zu 120 Personen sowie Vereinszimmer, 20–60 Personen fassend. Mein Saal ist auch Sonnabends und Sonntags an Vereine zu soliden Bedingungen zu vergeben. 5324Q*
Ausschank von hellem Lagerbier, Münchener Spatenbräu sowie einer guten alten Weiße. **Otto Wartenberg.**

Max Kliem's Sommer-Theater,

Hasenheide 14/15. — Artistischer Leiter: **Paul Millbitz.**
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Barsikow-Troupe — Rossini-Trio — Little Elfrida. Georg Fischer, Liedersänger; **Franz. Wunsch,** Soubrette; **Karl Gursch,** Tanz-Parodist; **Martha Reinshagen; Tutti Belmonte.**
Neu! **Das Blumenmädchen vom Moritzplatz.** Volksstück mit Gesang in 2 Bildern von J. Eißner. **Neu!**
„Hohe Gäste." Kostüm-Lustspiel in 1 Akt von Belly.
Vor und nach der Vorstellung: **Grosses Doppel-Konzert.**
In den **beiden Sälen: Grosser Ball.**
Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr. Sonntags 5 „
Max Kliem.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.

Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und **Donnerstag: Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Riesensaale: **Grosser Ball.**
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen.
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
53612* **Karl Mittag,** Oekonom.

Zu Ausflügen. Sommerfesten u. s. w. empfiehlt sich **Brauerei Pichelsdorf.**
Oekonom: **Otto Starck.**

Restaurant Jägerhäuschen, Saalwinkel,

33860
empfiehlt **alten schattigen Garten, gr. Saal** mit **Bühne, Kegelbahnen, Kaffeeküche** zu Landpartien für Vereine u. Gesellschaften. **L. Liesen.**

Begründung des Geschäfts 1878.
M. Schulmeister
Schneidermeister,
Dresdenerstr. 4, Kottbuser Thor. — **Hauptstrasse 143,** Schöneberg.
empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen:

Sommerpaletots	in guten Diagon.-, Kammg.-, Satin- und Cheviot-Stoffen	von M. 13⁵⁰-33
Jaquet-Anzüge	in guten, halbb. Zwirnstoffen, glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- und Cheviotstoffen, 1- und 2reihig	„ 16–35
Sacco-Anzüge	modernster Farben in Satin- u. Cheviot-Stoff., eleg. Ausführung	„ 20–36
Rock-Anzüge	i. guten, wollen., schwarzen Kammg.- u. Satinstoffen, moderne Façons	„ 25–38
Gehrock-Anzüge	von feinen Satin-, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2reihig	„ 30–45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge	in nur guten haltbaren Loden-, Cheviot- und Zwirnstoffen.	
Jünglings-Anzüge	in Satin-, Diagonal, Kammgarn u. Cheviot, 1 u. 2reihig, von Mk.	10–20
Havelocks, Staub- u. Reisemäntel	zu den billigsten Preisen.	
Wasch-Anzüge, Lustre- und Cachemir- **Jaquets**	in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen.	
Maschinisten-Anzüge	in allen Größen . . von 3 Mk. an.	
Beinkleider	in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot, von Mk.	5–10
Knaben-Paletots, Anzüge.	kleidsame Façons in großer Auswahl.	
Schul-Anzüge	in Cheviot, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig . von	5 Mk. an.

Bestellungen **nach Maaß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.**
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.
Streng reelle Bedienung.
Telephon Amt IV 447. — Telephon Amt IV 447.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.

Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Eine Marinevorlage.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.

Lehe's Sommergarten,

Weissensee, Berlinerstr. 143.
(Endstation der Pferdebahn.)
Morgen, Sonntag: 53792*
Großes Garten-Freikonzert.
3 verdeckte Kegelbahnen. Schönster Garten im Orte. Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet. Nach dem Konzert im Ballsaal pächter **Freitanz.**
Restaurant zu verp. in Friedrichsberg, Blumenthalstr. 45. Pr. 1200 M.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal,
2 große Vereinszimmer zu 100 Pers. m. Pianino für Vereine, kleine Versammlungen u. Festlichkeiten. 50779*
W. Lorenz, Boltastr. 43.

Empfehle meine **drei Restaurants: Rübezahl,** am Müggelsee, **Teufelssee,** Müggelberge, **Marienlust,** a. d. Dahme, zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Fußpartien über die Müggelberge. 47249*

C. Streichhan,

Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.

Nonnenberg's Restaur.,

Treptow, Parkstrasse.
Großer Saal. — Großer Garten.
Jeden Sonntag: **Ball.**
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten.

Gasthof zu den drei Linden

Cöpenick, Grünauerstr. 16.
Garten, Kaffeeküche, Ausspannung
46642* **Hermann Göricke.**

Restaurant zur Erholung.
Köpenick, Kaulsdorferstrasse.
Gr. Frühstückstisch. Ford. Pole.

Rest. Pferdebucht b. Cöpenick, mitt. i. Laubwald, gr. Spielpl., Turngeräthe. W. Magdeburg.

Restaurant Klugmann,

Zur neuen Scheune [5161L*
früher **Wagner's Ruh'.**
Rummelsburg, Chausseehaus.
Gr. Saal, schatt. Garten, Naturwald, 5000 Pers. faß. Kegelbahnen, Kaffeeküche.

Edisonstr. 5. — **Oberschöneweide.** — Edisonstr. 5.
Empf. Freund. u. Genossen mein **Restaurant, Garten u. Kegelbahn.**
Gust. Wagner, früher Gellmann.

Bruchmühle bei Alt-Landsberg

Bahnstation Fredersdorf, Ostbahn.
Gasthof A. Nagel.
Großer **Saal u. Garten,** schönster Sommer-Aufenthalt, am Walde gelegen, nahe der Strausberger Chaussee, zu Versammlungen und Landpartien empfohlen. 52312*

Für 36 Mark

fertige feine Anzüge nach Maaß, für 30 M. ff. Sommerpaletots nach Maaß, für 8–12 M. feine Hosen nach Maaß.
Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Geschäfts-Eröffnung!

Theile allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten mit, daß ich
Pallisadenstrasse No. 9
eine 5341L*
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal
eröffnet habe.
Große Räumlichkeiten den Gewerkschaften und Krankenkassen bestens empfohlen. Große Vereinszimmer mit Piano. Angenehm. Familienaufenthalt. Achtungsvoll
Otto Franke, Pallisadenstr. 9.

Benge vor der Noth!

Allgemeine Volks-Krankenkasse

E. H. 126.
Staatlich genehmigt für ganz Deutschl.
Hauptkassenlokal:
Berlin N., Müllerstr. 174 I.
Telephon-Amt II. 2436.
Bureaustunden 8–4 Uhr.
Kleine Beiträge! — Hohes Krankengeld!
Auch für Sonn- und Festtage wird Krankengeld gezahlt. **Aufnahme erfolgt ohne ärztliche Untersuchung für Männer u. Frauen.**
Agenten
für alle Orte Deutschlands jederzeit gesucht. 53720*

Für Landpartien und Sommerfeste

empfehlen wir in großer Auswahl: **Stocklaternen, Lampions, Fahnen, Papiermützen u. s. w.,** sowie **Verloosungs-Gegenstände.** Händler u. Vereine erhalten die billigsten Engrospreise. 53152*
S. & G. Saulsohn, Berlin C.,
Kaiser Wilhelmstraße 19a.

Bad Monbijou

Poliklinik (ärztl. Leitung)
für Kräuter- und Wasserkur.
Nerven-, Magen-, Lungen-, Haut-, Harn-, Rückenmarks-, Beinleiden, Hämorrhoiden, Rheuma, Ischias.
Poliklinik 10–12. Klinik 4–6.
Gr. Hamburgerstr. 20

Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** Spr. 9–1, 4–8.
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7–8.
Große Hamburgerstr. 20. I.

Specialärztl. Institut
Dr. B. Lasker
42 Alexanderstr. 42
(am Alexanderplatz).
Spec. operationsloses Heil-Verfahren ohne Berufsstörung für
Beinleiden.
Erprobte Methoden bei Flechten, Lupus und anderen
Hautleiden.
Tägl. 9–12, 3–6. Freitag und Sonntag 9–12.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke,** gegründet 1872, **Skalitzerstr. 13.** Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor.*

Herren-Hüte 65 Pf.

Bessere Hüte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 50769*
nur Barnim-Straße 4/5,
Sonntags geöffnet

Konkurs-

Ausverkauf der **Speler**'schen Masse, Bluetenplatz 5, bestehend aus Haus- und Küchengeräthen, Emaillewaaren, Werkzeugen, Bauartikeln 2c. werktäglich v. 9–1 u. 3–7 Uhr. 3864*

Sonnabend, den 11. Juni, abends 8 und 8½ Uhr:
Gr. Dampfer-Nachtfahrt mit Musik
auf festlich illuminirten und dekorirten Dampfern 53709*
nach **Friedrichshagen (Müggelschloß).**
Abfahrt: An der Stralauer Brücke 5, zwischen der städtischen u. Bochhammer'schen Badeanstalt. Rückfahrt **12** Uhr nachts. Im Garten: **Gr. Frei-Konzert.** Im Saal: **Tanz.** Fahrpreis hin und zurück nur **50** Pf. **Kahnt & Hertzer.**

Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt. 4039L*
Otto Gerholdt,
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.